

Die PDS in der Berliner Koalition –
Erfahrungen und strategische
Schlussfolgerungen

Prof. Dr. Rolf Reißig
Brandenburg-Berliner Institut
für Sozialwissenschaftliche Studien
(BISS e. V.)

Berlin, Dezember 2004

VORWORT	3
1. DER WEG IN DIE REGIERUNGSKOALITION. DIE AUSGANGSSITUATION	5
1.1. Der Weg in die Regierungskoalition	5
1.2. Akteurspotenziale und Akteursdefizite	8
1.3. Ein Resümee: Vier Thesen	9
2. DAS AGIEREN DER PDS IN DER BERLINER KOALITION. GESTALTUNGSZIELE, GESTALTUNGSANSÄTZE, GESTALTUNGSEFFEKTE	10
2.1. Gestaltungsmöglichkeiten und Gestaltungsblockaden	10
2.2. Rot-Rot als Kurs- und Politikwechsel?	12
2.3. Gestaltungsziele und Gestaltungseffekte	13
2.3.1. Haushalt: konsolidieren und gestalten	13
2.3.2. Wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung	17
2.3.3. Berlin - Soziale Stadt	21
2.3.4. Zukunftspotenziale Wissenschaft, Forschung, Kultur	23
2.3.5. Toleranz, Demokratie und Bürgerrechte	27
2.4. Die Bilanz: Gestaltungseffekte und strategische Schlussfolgerungen für die zweite Halbzeit	29
3. DIE FOLGEN DER REGIERUNGSBETEILIGUNG	32
3.1. Die Frage der „Messbarkeit“	32
3.2. Die Folgen für das Land und seine BürgerInnen	33
3.3. Die Folgen für die Gesellschaft und die zivilen Akteure	34
3.4. Die Folgen für die rot-rote Koalition und ihre Träger	37
3.5. Die Folgen für die PDS	40
4. LINKSSOZIALISTISCHE POLITIK IN REGIERUNGSVERANTWORTUNG: ERFAHRUNGSWERTE UND ANREGUNGSPOTENZIALE	47
5. ANHANG	54

Vorwort

Linkssozialistische Parteien und Politik in Regierungsverantwortung sind für die Bundesrepublik Deutschland eine neue Erscheinung und ein einmaliger gesellschaftlicher Test. Sie erfahren damit im hohen Maße öffentliche Aufmerksamkeit und öffentliche Kritik. Die mit Rot-Rot im allgemeinen und der PDS-Regierungsbeteiligung im besonderen verbundenen Probleme und Erfahrungen stellen auch der wissenschaftlichen Beobachtung und Forschung neue Aufgaben. Im Gegensatz zur Betrachtung der PDS als „Ganzem“ ist das Handeln rot-roter Landesregierungen und das Agieren der PDS in Koalitionsregierungen bislang nicht systematisch untersucht worden. Anknüpfungspunkte ergaben sich jedoch aus der von Frank Berg und Thomas Koch 2000/2001 erarbeiteten wissenschaftlichen Begleitstudie zur SPD-PDS-Koalition in Mecklenburg-Vorpommern.

Gegenstand der vorliegenden Studie sollte die *Problematisierung von Erfahrungen* der PDS als Regierungspartei in Berlin sein.

Es zeigte sich, dass dies eine knappe *Rekonstruktion des Weges der Berliner PDS in die Koalition* (Kapitel 1) und vor allem eine *Analyse des Handelns innerhalb dieser* voraus setzte (Kapitel 2). Es konnte bei den Handlungsanalysen nicht um eine adäquate Evaluierung der verschiedenen Politikfelder, nicht um spezielle Policy Analysen gehen. Im Mittelpunkt jener Betrachtungen stand vielmehr die forschungsleitende Frage, welche spezifischen Gestaltungsziele die PDS formuliert, welche Handlungsräume sowie -möglichkeiten sie in der Koalition hat bzw. sich schafft und welche Effekte dieses politische Handeln erzeugt. Ein solches Vorgehen ist schon deshalb gerechtfertigt, da die Berliner PDS mit dem alternativ-reformerischen Anspruch antrat, den Regierungswechsel in einen Kurs- und Politikwechsel zu transformieren.

Eine sozialwissenschaftliche Analyse sollte dennoch nicht bei der Betrachtung des Handelns der Akteure in Regierungsverantwortung und ihrer unmittelbaren Ergebnisse stehen bleiben. Sie hat vor allem die *intendierten und nichtintendierten Folgewirkungen der Regierungsbeteiligung* in den Blick zu nehmen (Kapitel 3). Die Frage war, wie sich diese Folgewirkungen objektivieren, messen lassen. Dafür wurden vier Ebenen – Folgen für das Land, für die Gesellschaft, für die rot-rote Koalition, für die PDS – mit jeweils spezifischen Indikatoren eingeführt.

Aus einer solchen Beobachtung und Analyse der Politik der Berliner PDS in Regierungsverantwortung konnten dann – unter Berücksichtigung des ehemaligen Tolerierungsmodells in Sachsen-Anhalt und der rot-roten Koalition in Mecklenburg-Vorpommern, aber auch der Regierungsbeteiligung linkssozialistischer Parteien in West- und Nordeuropa – einige Erfahrungen abgeleitet und problematisiert sowie einige strategische Schlussfolgerungen formuliert werden. Diese spezifischen Erfahrungen und Anregungspotenziale können zugleich in den Rang grundlegender *Erfahrungswerte* „*Linkssozialistischer Politik in Regierungsverantwortung*“ gehoben und zur Diskussion gestellt werden (Kapitel 4).

Die Studie ist damit nicht zuerst der traditionellen Parteienforschung zuzuordnen, sondern versteht sich eher als eine politikwissenschaftliche Handlungs-, Akteurs- und Erfahrungsanalyse, bezogen auf die PDS in der Berliner Koalition.

Die Studie basiert auf vier Bausteinen:

- Dokumentenanalyse und kritische Auswertung vorhandener Texte, Informationen, Publikationen zur Politik der PDS und zum SPD-PDS-Senat seit 2001;
- Qualitative Interviews und Expertengespräche mit Akteuren der PDS, der SPD, Vertretern sozialer Bewegungen und Interessenverbänden sowie unabhängigen Beobachtern;
- Teilnehmende Beobachtung;

- Systematisierung und theoretisch-konzeptionelle Verarbeitung der Untersuchungsergebnisse.

In Anbetracht der eingeschränkten Ressourcen, des begrenzten Zeitrahmens konnten eine ganze Reihe relevanter Fragen, auf die der Verfasser der Studie bei seinen Untersuchungen stieß, hier nicht oder nicht explizit behandelt werden.

An dieser Stelle sei allen Interview- und Gesprächspartnern gedankt, die durch ihre Kooperationsbereitschaft, ihre Offenheit, ihr Interesse an diesem Anliegen die Erarbeitung der Studie ermöglichten. Ich kann nur hoffen, mit vorliegenden Ergebnissen ein wenig dazu beitragen zu können, die kontroverse Diskussion um dieses Neuland beschreitende politische Projekt, das zugleich ein Projekt strategischen Lernens ist, und die kritische Selbstreflexion seitens der verschiedenen landes- und bundespolitischen Akteure zu qualifizieren.

1. Der Weg in die Regierungskoalition. Die Ausgangssituation

Eine knappe Rekonstruktion des Weges der PDS in die Berliner Regierungskoalition 2001 gibt zugleich Auskünfte über Fragen, die von grundlegender Bedeutung für eine Regierungsbeteiligung sind und kontrovers diskutiert werden:

Gab es mit Bildung der rot-roten Koalition die Chance eines politischen Aufbruchs und Neubeginns in Berlin? Wie war die PDS auf diese Regierungsbeteiligung konzeptionell und praktisch vorbereitet? Wurde in der PDS über Chancen und Risiken dieser Regierungsbeteiligung diskutiert? Und nicht zuletzt – war dieser Eintritt in die Koalition mit der Berliner SPD mehrheitlich von der PDS, ihrem Umfeld, ihren Wählern gewollt und waren die Verfahren demokratisch legitimiert?

1.1. Der Weg in die Regierungskoalition

Die Bildung der SPD-PDS-Koalition in Berlin im Jahre 2001 kam überraschend, aber nicht voraussetzungslos.

Seit 1991 dominierte die Große Koalition von CDU und SPD das politisch-parlamentarische Bild Berlins. Obgleich ihre Brüchigkeit Ende der 90er Jahre immer offensichtlicher wurde, schienen andere Regierungskonstellationen nicht in Sicht. Das Rot-Grüne Experiment war nach kurzer Zeit gescheitert. Auf eine eigene Mehrheit konnte Rot-Grün nicht hoffen. Die PDS galt den „etablierten“ Parteien nicht als koalitions- und regierungsfähig. Die Berliner CDU verharrte in dieser Beziehung in ihrem noch durch das Frontstadt-Denken geprägten Konfrontationskurs. Die Landesverbände der SPD und der Grünen verhielten sich über Jahre hinweg mehr als reserviert zu einer Zusammenarbeit mit der PDS. Noch 1999 verteidigte die SPD strikt den Unvereinbarkeitsbeschluss. Momper als Spitzenkandidat äußerte sich im Wahlkampf eindeutig: „Es wird keine Koalition, keine Duldung, keine Zusammenarbeit mit der PDS geben.“¹ Doch bereits gut zwei Jahre später bilden SPD und PDS den ersten rot-roten Senat in Berlin.

Wie war das möglich geworden? Welche gesellschaftlichen und partei-politischen Veränderungen lagen dem zugrunde?

Die Große Koalition hatte das Land in eine tiefe Krise geführt. Filz und Korruption wucherten. Die einzigartige Mischung der Berliner Politik aus Größenwahn und Provinzialismus blockierte die Entwicklung. Der Schuldenberg der Stadt wuchs mehr und mehr. Das alles führte auch beim „Rest“ der Republik zu Fassungslosigkeit und Zorn. Die entscheidende Frage, wie die Stadt wieder auf eigene Füße gestellt werden sollte, blieb ungeklärt. Eine öffentliche Debatte über die Zukunftsfähigkeit der Hauptstadt fand nicht statt. Angesichts dieser Umstände beobachteten einige Berliner PDS-Politiker in der zweiten Hälfte der 90er Jahre erste Absetzbewegungen in der SPD vom Politikmodell der Großen Koalition.

Im Landesverband der PDS fand bereits seit Mitte der 90er Jahre eine konzeptionelle und pragmatisch-politische Debatte statt, die als der „lange Weg zur rot-roten Koalition“ beschrieben, hier aber nicht nachgezeichnet werden kann. Im Mittelpunkt, faktisch als strategisches Leitmotiv, stand zunächst die Frage, wie die „konservative Hegemonie“ zu brechen, wie die „Profilierung der PDS als Teil des gesellschaftlichen Protests“ zu erreichen und wie ein „neues gesellschaftliches Bündnis“ zu formieren sei.² In diesen Kontext wurde die Zusammenarbeit mit SPD und Grünen in den Blick genommen, die Frage der Regierungsbeteiligung aber nicht explizit gestellt. Jedoch wurde ein Tolerierungsmodell in Erwägung gezogen.³ Die PDS definierte sich dabei als ein „linkes Korrektiv für eine mögliche rosa-grüne Koalition, um neben dem Regierungswechsel auf einen Politikwechsel zu

drängen.“⁴ Parallel dazu entwickelte man an den spezifischen Problemen der Hauptstadt ausgerichtete Wahlprogramme.⁵

Mit dem von Carola Freundl und Harald Wolf zum Jahreswechsel 2000/2001 verfassten Arbeitspapier „Vor der Kür kommt die Pflicht“⁶ wurden die politischen Aufgaben der PDS-Fraktion bis 2004 entwickelt. Erstmals seit ihrer Bildung – so die Überzeugung der Autoren – schien die Ablösung der Großen Koalition zu einer realisierbaren politischen Perspektive zu werden. Das Haupthindernis für einen Regierungswechsel in Berlin – die Ausgrenzung der PDS durch die anderen Parteien – sei nicht überwunden, beginne jedoch zu zerbröseln. Die Akzeptanz der PDS in Berlin steige deutlich. Eine Tendenz der Normalisierung der politischen Haltung der anderen Parteien zur PDS sei unverkennbar (u. a. Wahl einer Verfassungsrichterin auf Vorschlag der PDS mit Stimmen aus allen Parteien; Mehrparteianträge unter Einschluss der PDS; Wahl einer PDS-Bezirksbürgermeisterin im Ost-West-Bezirk Friedrichshain/Kreuzberg; Vereinbarungen zwischen SPD und PDS im neuen Großbezirk Pankow). „Die Chancen für die Bildung einer Regierungsmehrheit links von der CDU und unter Einschluss der PDS stehen also so gut wie noch nie.“⁷ Damit aber gewinnt die Frage nach dem politischen Inhalt, dem politischen Projekt einer solchen Regierungsalternative an Bedeutung. Die PDS Berlin, so die Autoren, habe zu Einzelthemen immer wieder Reformvorschläge entwickelt, Alternativen zur Regierungspolitik vorgestellt, ein tragfähiges Gesamtkonzept einer Reformpolitik für die ganze Stadt bislang aber nicht formuliert. Die drei Jahre bis zur nächsten Wahl (2004) sollten deshalb genutzt werden, um die politische Substanz für den Wechsel zu erarbeiten. Völlig zu Recht wird festgestellt: „Die politische Kunst wird darin bestehen, trotz extrem schlechter, objektiver wirtschaftlicher und finanzieller Rahmenbedingungen Projekte gesellschaftlicher Veränderung zu entwickeln und nicht nur – wie die gegenwärtige Koalition – die Misere zu verwalten. Wir müssen jetzt – und nicht erst 2004 – beginnen daran zu arbeiten. Die PDS steht vor der Herausforderung in relativ kurzer Zeit einen relevanten Beitrag zu einem Reformkonzept für Berlin zu erarbeiten.“⁸

Die Reformpolitik für Berlin musste Antworten geben auf die grundlegenden Probleme der Stadt: soziale Gerechtigkeit; wirtschaftliche Perspektiven; Entwicklung der Zukunftspotenziale in Wissenschaft, Kultur und Bildung; innere Liberalität und Bürgerrechte; von der Ost-West-geteilten zur gemeinsamen Stadtgesellschaft. Haushaltskonsolidierung wird auch aus der damaligen Oppositionssicht als wichtiges Thema formuliert. Aber sie sollte für die PDS „Instrument zur Umsetzung politischer Ziele, kein Selbstzweck sein“.⁹

Die Probleme einer möglichen Regierungskooperation mit der SPD wurden nicht tabuisiert. Das Risiko, durch Regierungsbeteiligung an politischem Profil als sozialistische Partei zu verlieren, wird als real bezeichnet. Aber: „Wir haben nicht ernsthaft die Möglichkeit, mit dem Verweis auf Gefahren und Probleme uns einem Regierungswechsel zu verweigern.“¹⁰

Binnen Jahresfrist veränderten sich die politischen Verhältnisse in Berlin gründlich. Die „Kür“ – mögliche Regierungsbeteiligung anno 2004 – gewann plötzlich Aktualität; die „Pflicht“, die dafür erforderlichen konzeptionellen und politischen Defizite zu beheben, war noch nicht geleistet. Auch das gehört zur Ausgangslage der PDS 2001/2002. Die Ereignisse in Berlin des Jahres 2001 überschlugen sich. Der PDS Berlin wurden statt der längeren Wege zur Koalition nun schnelle Entscheidungen abverlangt.

Im Februar 2001 wird der in der Geschichte der Bundesrepublik wohl einmalige Bankenskandal öffentlich. Er ist zugleich mit einer Spendenaffäre der Berliner CDU verbunden. Klaus-Rüdiger Landowsky muss als CDU-Fraktionschef zurück treten. Immer neue Enthüllungen lösten eine eigene Dynamik aus. Harald Wolf, PDS-Fraktionsvorsitzender, schlägt Neuwahlen vor. Der Unmut in der Bevölkerung wächst beständig und mündet in ein Volksbegehren für Neuwahlen, das von der PDS angeregt und gemeinsam von ihr, Bündnis 90/Die Grünen und FDP organisiert wird. Die SPD, maßgeblich am Bankenskandal

mitbeteiligt, lavierte bis zuletzt, ehe sie auf Distanz zur CDU ging. Das Berliner Abgeordnetenhaus löste nun die CDU-SPD-Koalition im Juni 2001 auf. Nach einem Misstrauensvotum gegen den Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen übernimmt ein rot-grüner Übergangssenat die laufenden Geschäfte.

Die Berliner PDS eröffnet ihren Wahlkampf am 15. Juni 2001. Der Parteitag beschloss eine Resolution „Für einen politischen Neuanfang in Berlin!“. Dafür, so die Überzeugung, bedürfe es neuer politischer Konstellationen und anderer Prioritäten in der Landespolitik. Die PDS bewarb sich in der Hauptstadt um ein Regierungsmandat und Gregor Gysi erklärte seine Bereitschaft, Regierender Bürgermeister zu werden.

Im Programm für die Wahlen im Oktober 2001 und im Wahlkampf selbst entwickelte die PDS Botschaften, an die sie sich nach der Wahl messen lassen wollte.¹¹

- Berlin: Eine soziale Stadt. Politik sozialer Gerechtigkeit, sozialer Balance.
- Prioritäten neu setzen: Bildung, Wissenschaft, Kultur besonders fördern.
- Innere Liberalität stärken, Bürgerrechte entwickeln, neue Formen demokratischer Teilhabe der Bürger.
- Die wirtschaftlichen Potenziale Berlins entfalten, Zukunftsbranchen fördern, die Arbeitslosigkeit drastisch reduzieren.
- Aufräumen mit Filz und Korruption, Beendigung des überkommenen Politikmodells „West-Berlin“.
- „Brücken bauen“ (Gregor Gysi) in der Ost-West-Stadt, Wege zur einheitlichen Stadtgesellschaft.

Das verlange einen Politikwechsel und dafür stehe die PDS als Partner bereit.

Die formulierten politischen Ziele sind anspruchsvoll. Doch die Haushaltslage wurde auch im Wahlprogramm nicht ausgeklammert. Gleich in der Präambel hieß es: „Wer die Stärken Berlins voranbringen will, muss seine Schwächen überwinden. Eine Stadt, die über 70 Milliarden DM Schulden hat, kann keine großen Sprünge machen. Sie muss sich politische und finanzielle Spielräume zurückerobern. Deshalb gibt es zur Konsolidierung des Landeshaushalts keine Alternative.“¹² Von einer Haushaltsnotlage, wie sie in einem PDS-Hintergrundmaterial¹³ bereits damals diagnostiziert wurde, war nicht die Rede. Im Wahlkampf selbst standen mehr die politischen Ziele, weniger die Konsequenzen der Haushaltskonsolidierung für die Stadt und ihre BürgerInnen im Mittelpunkt. Das konnte bei einer Regierungsbeteiligung nicht ohne Folgen bleiben.

Die Umfragen bescherten der PDS wachsenden Zuspruch. Mit den Ereignissen in den USA vom 11. September 2001 überlagerte jedoch eine zunehmende Unsicherheit die bis dahin dominierende Wechselstimmung, insbesondere im Westteil der Stadt. Die Zustimmung zur PDS schien wieder zu sinken.

Doch das Wahlergebnis vom 22. Oktober sprach für einen politischen Wechsel. Die CDU sackte von fast 40 Prozent bei den vorhergehenden Wahlen auf unter 24 Prozent ab. Die SPD gewann mit knapp 30 Prozent hinzu, blieb aber damit unter ihren Erwartungen. Die PDS konnte sich mit 22,6 Prozent deutlich verbessern. In den Ost-Bezirken erhielt sie durchschnittlich 47,6 Prozent und im Westteil 6,9 Prozent der Stimmen. Bundesweit wurde das Wahlergebnis als „Durchbruch der PDS“ kommentiert.

Im November 2001 sondierten SPD, Grüne und FDP einerseits sowie SPD und PDS andererseits ihre inhaltlichen Schnittmengen. Die SPD verhandelte danach mit Bündnis 90/Die Grünen und der FDP über eine Ampel-Koalition. Auch auf Drängen der Bundespartei und insbesondere des Kanzlers und SPD-Vorsitzenden Gerhard Schröder, die die PDS gerade nach dem 11. September 2001 nicht als Regierungspartner im Berliner Senat wollten. In den Ampel-Verhandlungen erwiesen sich die Differenzen als zu beträchtlich, vor allem zwischen FDP und Grünen. Sie platzten, sie wurden – wie Insider berichten – aber auch von Strieder

und Wowereit zum Platzen gebracht. Das Angebot der SPD an die PDS, gemeinsame Koalitionsverhandlungen aufzunehmen, fand dort Zustimmung. Denn die Neuaufgabe einer Großen Koalition, so die Überlegung bei der PDS, konnte nicht ernsthaft in Erwägung gezogen werden. Die Chance für einen möglichen Politikwechsel sollte ergriffen werden. Im Dezember 2001 begannen die offiziellen Koalitionsverhandlungen. Anfang Januar 2002 lag bereits die gemeinsame, 84 Seiten (ohne Anhang) umfassende Koalitionsvereinbarung vor.

Das rasche und nach außen reibungslose Zustandekommen des Koalitionsvertrages zwischen SPD und PDS stand in einem eigentümlichen Kontrast zu den Schwierigkeiten der Ampelgespräche. Vermutungen, die PDS habe allein wegen der greifbaren Nähe zur Regierungsmacht alle „Kröten“ geschluckt und auf eigene politische Ziele und Positionen verzichtet, sind nicht zutreffend. Das gilt weder für die offizielle Koalitionsrunde noch für die Sondierungsgespräche, an denen von der SPD Peter Strieder, Klaus Wowereit und Michael Müller sowie von der PDS Stefan Liebich, Harald Wolf und Gregor Gysi teilnahmen.¹⁴

Der Koalitionsvertrag ist ein gemeinsam ausgehandelter Kompromiss zweier unterschiedlicher Parteien, mit dem man – so die verantwortlichen Akteure – eine annehmbare Grundlage für das gemeinsame Regierungshandeln habe.

Die gemeinsame Schnittmenge in der Beurteilung der prekären Lage Berlins sowie der Notwendigkeit eines Politik- und Mentalitätswechsels hatte in dem Maße zugenommen wie sich beide Seiten den Gegenwarts- und Zukunftsfragen zuwandten. Dass gerade in Berlin dafür eine Voraussetzung war, zu Eckpunkten der gemeinsamen und getrennten Vergangenheit eine historisch tragfähige und für beide Seiten politisch tragbare Position zu finden, konnte nur die überraschen, die die wechselvolle Geschichte dieser geteilten Stadt und ihre Widerspiegelung im Bewusstsein der Westberliner und Westdeutschen negieren oder verdrängen. Das kann freilich nicht bedeuten, dass eine Koalitionsvereinbarung die ausgewogene, wissenschaftlich-distanzierende Aufarbeitung der deutsch-deutschen Geschichte ersetzen könnte.

Der Zwischenstand der Koalitionsvereinbarung wurde im Dezember auf einer PDS-Basiskonferenz erörtert. Der PDS-interne Widerspruch und Widerstand gegen den Koalitionsvertrag war trotz kontroverser Diskussion eher gering. Er bezog sich vorwiegend auf die Präambel und die dort enthaltenen Thesen zur Vereinigung von SPD und KPD, zum Mauerbau und seinen Folgen und zum Charakter der DDR. Die für das künftige Regierungshandeln der PDS entscheidenden Passagen im Koalitionsvertrag – u. a. die zur Haushaltskonsolidierung und den damit einher gehenden „tiefen Einschnitten“ – wurden dagegen in der Partei kaum debattiert.

Die Außerordentliche Tagung des 8. Landesparteitages der PDS Berlin im Januar 2002 gab mit 83,3 Prozent der Stimmen dem gemeinsamen Koalitionsvertrag mit der SPD ihre Zustimmung. Die Bundespartei, die über die Verhandlungen ständig informiert war, hatte ebenso zugestimmt.

Auch der SPD-Parteitag stimmte der Regierungsvereinbarung mit der PDS mit großer Mehrheit zu. Kurz darauf wählte das Abgeordnetenhaus, nicht ohne Turbulenzen, die rot-rote Regierung und Heidi Knake-Werner (Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz), Thomas Flierl (Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur) und Gregor Gysi (Bürgermeister und Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen) zu Senatoren.

1.2. Akteurspotenziale und Akteursdefizite

Die neue Regierungskoalition hatte eine klare parlamentarische Mehrheit. Mit der Koalitionsvereinbarung gab es alles in allem eine Regierungsgrundlage, die auf politischen Neuanfang setzte. Das Bewusstsein von der Krise der Stadt und dem notwendigen Neubeginn prägte die Haltung *beider* Koalitionspartner. Die PDS hatte einige klare Botschaften und

Maßstäbe für einen Kurs- und Politikwechsel formuliert. Obgleich konzeptionell auf die neue Rolle als Regierungspartei kaum vorbereitet, ging der Landesverband selbstbewusst in die Koalition.

Dies zusammen schuf *günstige Voraussetzungen* für die SPD-PDS-Koalition am Beginn ihrer Tätigkeit. Andererseits – so meine These – trat die neue Koalition ihre Arbeit mit erheblichen *Akteursdefiziten* an, bei denen abzusehen war, dass sie entweder in mühseligen Arbeits- und Lernprozessen abgebaut werden oder zur Quelle von vielfältigen Spannungen und Konflikten würden:

- So lag der entstandenen Mehrheit noch keine langfristige politisch-strukturelle und kulturelle Mehrheit in der Bevölkerung zugrunde. In der Bevölkerung, v. a. West-Berlins, gab es nach wie vor erhebliche Vorbehalte gegenüber einer SPD-PDS-Koalition. Zudem war die Stadt weiterhin kulturell und mental gespalten.
- Beide Koalitionsparteien hatten dem rot-roten Senat zwar zugestimmt, die Gegner und Zweifler gegenüber dieser Koalition waren in beiden Parteien aber weiterhin vorhanden. Hinzu kam, dass nur im Kreis der engen Führungsspitze von SPD und PDS über Für und Wider einer solchen Koalition und ihren möglichen Folgen diskutiert wurde, nicht aber genügend in beiden Parteien und ihren Gliederungen selbst.
- Die inhaltliche und personelle Vorbereitung auf die Regierungsübernahme war trotz aller Bemühungen nicht ausreichend. Die SPD hatte über ein Jahrzehnt und faktisch bis zum bitteren Ende mit der CDU koalitiert und die Berliner Krise mit zu verantworten. Die PDS verfügte über keine Regierungserfahrung und das für 2004 vorgesehene Reformkonzept war noch nicht ausgearbeitet. Die Erfahrungen der PDS Sachsen-Anhalts mit der Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung und der PDS Mecklenburg-Vorpommerns aus dem Regierungsbündnis mit der SPD waren in der Berliner PDS kaum ausgewertet worden.
- Der Koalitionsvertrag besaß zugleich einige evidente Schwächen. Ihm fehlten eine tragende Idee für die Senatspolitik sowie ein klares Leitbild für die Hauptstadt; die Bündelung guter Einzelvorschläge (z. B. Stadtentwicklung, Soziales, Bildung, Verwaltungsmodernisierung, bürgerschaftliches Engagement) zu einem gesamtstädtischen, konsistenten Reformprojekt; die Hervorhebung grundlegender Strukturreformen und die inhaltliche Begründung des „Neubeginns“ als „gesellschaftliches Umsteuern“.

1.3. Ein Resümee: Vier Thesen

1. Der Eintritt der PDS in die Regierung, die Übernahme von Regierungsverantwortung war die Antwort auf eine spezifische Konflikt- und Krisensituation in Berlin. In einer solchen Situation gibt es – wie immer – nicht nur eine Alternative, sondern Wahlmöglichkeiten, verschiedene Alternativen. Ende des Jahres 2001 spitzte sich die Situation jedoch auf die eine Alternative zu: Neuauflage der abgewirtschafteten, das Land in eine tiefe Krise gestürzten großen Koalition oder eine rot-rote Koalition. Die PDS hat sich dieser neuen Situation gestellt, obgleich sie ursprünglich erst für 2004 eine Regierungsbeteiligung anvisierte. Für die Berliner SPD hieß das die Revision des Unvereinbarkeitsbeschlusses, der Zusammenarbeit und Koalitionen mit der PDS ausschloss.

2. Für die Beteiligung der PDS am Senat sprach nicht zuerst ihr sehr gutes Wahlergebnis, sondern die Chance, mit dem Regierungswechsel einen Kurs- und Politikwechsel einzuleiten. Nach den Erfahrungen von Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern war die PDS-Regierungsbeteiligung in Berlin kein „Wert an sich“ mehr, aber u. U. ein Baustein dafür, dass

sich ein linkssozialistisches Projekt in der Bundesrepublik dauerhaft etablieren könnte, was nicht ohne nachhaltige Wirkungen auf die politische Kultur des Landes bleiben würde.

3. Die Übernahme von Regierungsverantwortung und die ausgehandelte Koalitionsvereinbarung mit der SPD fanden in der PDS eine mehrheitliche Zustimmung
Ausdrückliche Unterstützung signalisierte die Bundespartei.

Der Widerspruch gegen eine Regierungsbeteiligung war in der PDS eher gering. Die Diskussion bezog sich fast ausschließlich auf die Präambel, kaum auf die Inhalte des Koalitionsvertrages als Grundlage der künftigen Koalitionspolitik.

4. Die Regierungsbeteiligung in Berlin bot der PDS neue Chancen, beinhaltete aber auch neue Risiken.

Es war das Beschreiten von Neuland ohne entsprechenden konzeptionellen Vorlauf und ohne die Möglichkeit, auf tragfähige Instrumente zur sozialen und politischen Gestaltung zurück greifen zu können. Eine Garantie des Gelingens gab es nicht, kurzfristige Ergebnisse waren ausgeschlossen. Andererseits waren die Erwartungen an Rot-Rot hoch, auch weil die Thematisierung der schwierigen Lage der Hauptstadt (u. a. Haushaltsnotlage) im Wahlkampf aller Parteien eine zu geringe Rolle gespielt hatte.

Nur der Wille beider Partner, gemeinsam zu handeln und einen neuen Anfang zu suchen, konnte die Chancen nutzen und die Defizite schrittweise kompensieren. Von Beginn an musste klar sein, dass komplexe Lernprozesse zu durchlaufen waren, damit die Koalitionsparteien Handlungsfähigkeit erlangen und bevor positive landespolitische Wirkungen sich entfalten konnten.

2. Das Agieren der PDS in der Berliner Koalition. Gestaltungsziele, Gestaltungsansätze, Gestaltungseffekte

2.1. Gestaltungsmöglichkeiten und Gestaltungsblockaden

Die neue Koalition in Berlin, und namentlich die PDS traten mit dem Anspruch an, einen politischen Neuanfang, einen Kurs- und Politikwechsel zu wagen. Das verheißt mehr als einen Regierungswechsel. Wer einen solchen Anspruch erhebt, drückt damit einen politischen Gestaltungswillen aus sowie das Vertrauen, beträchtliche Gestaltungsmöglichkeiten auszuschöpfen zu können.

Die Frage nach den realen Gestaltungsmöglichkeiten ist im wissenschaftlichen Diskurs umstritten. Seit langem wurde in der soziologischen und politikwissenschaftlichen Diskussion die Frage gestellt, in wieweit Gesellschaften westlichen Typs steuerbar sind, wo hierfür die Grenzen liegen und wie sich das Verhältnis von politischer Steuerung und gesellschaftlicher Selbstregulierung darstellt. Dem „Steuerungsoptimismus“ der 60er und 70er Jahre folgte sukzessive eine Revision der ihm zugrunde liegenden Annahmen und eine eher skeptische Betrachtungsweise. Sichtweisen, die auf die Nichtlinearität, Nicht-Determiniertheit gesellschaftlicher Prozesse, auf die Gleichzeitigkeit, Parallelität und Reflexivität von Politikformulierung und Implementation politischer Prozesse abhoben¹⁵, verbreiteten sich. Der politische Prozess wurde stärker in Abhängigkeit von den sich wandelnden objektiven (nationalen, europäischen, globalen) Rahmenbedingungen, Akteursnetzwerken und -koalitionen gesehen. Politikgestaltung vollziehe sich im Rahmen von Politikverflechtung, über horizontale Politiknetzwerke und Austauschbeziehungen¹⁶ statt über hierarchische und staatszentrierte Steuerung. Handlungen der Akteure, ihre Interaktion, eigendynamische

endogene Entwicklungstendenzen gesellschaftlicher Teilsysteme rückten stärker ins Blickfeld soziologischer und politikwissenschaftlicher Forschung. Auf diese Weise suchte man den „Schlüssel“, der aus der These von der „Nicht-Steuerbarkeit eigendynamischer gesellschaftlicher Teilsysteme und ihre gegenseitigen Blockierungen“ heraus führen sollte. Der Diskurs über Möglichkeiten und Grenzen der Steuerung fand seine Fortführung und Spezifizierung in Debatten über die Handlungsräume des Nationalstaates¹⁷, über Entwicklung und Perspektiven des deutschen Föderalismus und die Gestaltungsmöglichkeiten subnationaler Einheiten¹⁸ in einem „Europa der Regionen“. So vielgestaltig die Diskussionspositionen auch sind, lassen sich doch drei übergreifende Einsichten identifizieren, die auch den Möglichkeitsraum für Politikwechsel, noch dazu auf Landesebene absteckt. „Die Hoffnung, die ‚gute Gesellschaft‘ auf einem Schlag und aus einem Guss herstellen zu können, ist nachhaltig zerstört. Die Delegation aller Aufgaben an die etatistische Steuerung ist als genereller Problemlösungsmechanismus weder denkbar noch wünschenswert. Damit ist auch der Weg, die ‚Machtfrage zu stellen‘ und durch die Übernahme der Macht im Staat die Gesellschaft entscheidend verändern zu wollen und zu können, eine Illusion geworden.“¹⁹

Wissenschaft und Politik sind gut beraten, wenn sie die tatsächlichen politischen Gestaltungsmöglichkeiten realistisch betrachten.

In der Bevölkerung werden die Gestaltungsmöglichkeiten in der Regel höher bewertet als sie real sind. Daraus kann sich schnell Ernüchterung oder auch Enttäuschung speisen, wenn nicht eintritt, was man erwartet.

Es ist nicht zu übersehen, dass die eigenständigen Handlungsgrundlagen der Länder im Verlauf der Geschichte der Bundesrepublik arg beschnitten, die Stellung des Bundes und die Zusammenarbeit der Länder gewichtiger wurden. Mehr noch: Die Landespolitik ist heute stärker denn je in die rechtlich und finanziell gesetzten Rahmenbedingungen der Europäischen Union eingebunden. Und mit der Dominanz des neoliberalen Projekts in der bundesdeutschen Politik sind die Möglichkeiten für einen Kurs- und Politikwechsel auf Landesebene begrenzt.

Dennoch ist davon auszugehen, dass Parteien auf Landesebene durchaus Gestaltungsräume im Sinne der Auswahl von Alternativen, somit auch Gestaltungsmöglichkeiten für eine „andere Politik“ haben. Die Spielräume für die Landespolitik liegen zunächst darin, unterschiedliche Koalitionsmodelle und damit unterschiedliche Politikgestaltungsoptionen auswählen zu können. „Rot-Rot“ oder „Schwarz“ oder „Schwarz-Gelb“ sollten schon einen Unterschied ausmachen. Die konkreten Gestaltungsräume der Landespolitik beziehen sich auf folgende Bereiche:²⁰

- die Länder verfügen über einen relativ eigenständigen Handlungsspielraum in bestimmten Politikfeldern, so bei Schule, Hochschule, Kommunen, Staatsbeschäftigung, innere Sicherheit, Medien;
- sie sind in der Lage, politische und soziale Innovationen hervor zu bringen oder die anderer zu übernehmen;
- sie organisieren und kontrollieren die Verwaltung;
- sie gestalten Bundespolitik über den Bundesrat mit;
- sie sind gefordert, EU-Richtlinien, Bundesrahmengesetze und Gemeinschaftsaufgaben auszugestalten und zu ergänzen;
- sie vertreten Länderinteressen gegenüber der Europäischen Union bzw. im Ausland.

Der Anspruch auf politische Gestaltung ist also keineswegs ungedeckt. Die realen Gestaltungsoptionen sind jedoch beträchtlich eingegrenzt, die Anforderungen an die Akteure komplexer und komplizierter geworden. Steuerung kann heute nicht allein bzw. primär eine staatliche Steuerung sein, sondern sie erfordert stärker als in der Vergangenheit horizontale Politik-Netzwerke und das Engagement zivilgesellschaftlicher Akteure.

Mit der jeweiligen Antwort auf die Frage, welche Gestaltungsräume Parteien und Regierungen in der (Landes-)Politik heute noch haben wird ein *theoretischer Analyserahmen* gesetzt, ohne den die empirischen Befunde weder in ihrer Bedeutung erschlossen, noch interpretiert und objektiviert werden können. Dass wir diesem theoretischen Analyserahmen folgen, haben wir begründet.

2.2. Rot-Rot als Kurs- und Politikwechsel?

Der Anspruch, mit der Ablösung der Großen Koalition einen Kurs- und Politikwechsel einzuleiten, war nachdrücklich erhoben worden. Nur – was heißt Kurs- und Politikwechsel auf Landesebene. Es sind hierbei *zwei Vergleichsebenen* zu unterscheiden:

Von einem „politischen Neuanfang“, von einem „Kurs- und Politikwechsel“ kann nur dann gesprochen werden, wenn landespolitische Akteure in Regierungsverantwortung im Vergleich zur voran gegangenen Periode und Regierungskoalition auf einer Reihe typischer Handlungsfelder der Landespolitik wesentlich andere Orientierungen und Methoden verfolgen.²¹ Für die PDS – an ihren Ansprüchen gemessen – müsste das eine andere Politik im Sinne einer „sozialeren“, „demokratischeren“, „zivileren“ und „partizipatorischeren“ beinhalten. Damit ein solch neuer Politikansatz sich nicht in Schlagworten oder schöne Versprechungen auflöst, muss er sich in Politik- und Handlungsfelder manifestieren, in konkrete Schritte des Regierungshandelns umgesetzt und für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar und erlebbar werden. Hierbei geht es heute um konkrete Forderungen für eine dynamischere wirtschaftliche Entwicklung und mehr Beschäftigung, für mehr Chancengleichheit in der Gesellschaft und spezielle Maßnahmen zu Gunsten der sozial Schwachen und Ausgegrenzten, für eine Verbesserung des Bildungswesens, für die gezielte Förderung der Zukunftsfelder Forschung, Wissenschaft und Kultur, für eine Stärkung der demokratischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger. Angesichts der Dominanz des neo-liberalen Projekts und der damit einhergehenden Einschränkungen der materiellen, sozialen, kulturellen Lebensverhältnisse besonders der abhängig Beschäftigten ist bereits die Sicherung sozialer und kultureller Standards ein wesentlicher Bestandteil eines Kurs- und Politikwechsels. In Anbetracht der in der Bevölkerung verbreiteten sozialen Verunsicherung gewinnt gerade eine Politik sozialer Sicherung neue Bedeutung. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger misst zuerst daran einen Kurs- und Politikwechsel. Schon ein solcher Kurswechsel verlangt neue Antworten auf neue Fragen. Er verbliebe im Prinzip im bisherigen Entwicklungspfad und wäre doch von prinzipieller Bedeutung, weil er dem gegenwärtigen hegemonialen Gesellschaftsmodell widerspricht.

Kurs- und Politikwechsel erfordert jedoch mehr – die Formulierung von Alternativen, von Einstiegsprojekten, mit denen ein gesellschaftliches Umsteuern hin zu einer neuen Entwicklungslogik, zu einem neuen Entwicklungspfad geöffnet werden soll. Die Schlüsselbegriffe eines solchen Entwicklungspfades sind „soziale Gestaltung“, „nachhaltige Entwicklung“, „Zukunftsfähigkeit“. Es geht also mehr denn je darum, neue Antworten auf die neuen Herausforderungen zu finden. Hier ist die Vergleichsebene nicht einfach die Vorgängerregierung, sondern die gesellschaftliche Umbruchsituation mit ihren neuen Anforderungen und die Suche nach einem neuen Entwicklungspfad. Linkssozialistische Antworten müssten deshalb den Stempel einer modernen, alternativen Reformpolitik tragen, die freilich erst noch zu entwickeln ist.

Politische Steuerung und Reformpolitik sind heute in eine Reihe neuer Bedingungen, Kriterien, Anforderungen gestellt. Dazu zählen:

- Reformpolitik als Kurs- und Politikwechsel kann heute nicht mehr nur Verteilungspolitik, sondern muss vor allem *Gestaltungspolitik* sein: Gestaltung von Wachstum, Beschäftigung, sozialer Gerechtigkeit, Teilhabe. Das erfordert praktikable

Alternativen und Projekte als Antwort auf die neuen Herausforderungen und die Krise des fordistisch-kapitalistischen Wirtschaftssystems.

- Reformpolitik verlangt die Herstellung einer *neuen demokratischen Öffentlichkeit*. Darunter ist zu verstehen die öffentliche Debatte der politischen Vorhaben; der Versuch, den gesellschaftlichen Mentalitäts- und Wertewandel zu fördern; neue Formen der Demokratie und der Bürgergesellschaft zu unterstützen.
- Reformpolitik als Kurs- und Politikwechsel hat mit dem *Ansatz des Regionalen* heute die vielleicht entscheidende, weil offenere Ebene, um den Einstieg bzw. die Erprobung von Reformen zu ermöglichen. Dies bedingt die Herausbildung regionaler Entwicklungscoalitionen, die oft quer zu den tradierten Institutionen entstehen.
- Reformpolitik als Kurs- und Politikwechsel erfordert nicht zuletzt einen *neuen Politikstil*, der auch in der Öffentlichkeit Akzeptanz findet. Hier müssen sich die jeweiligen Politikentwürfe, wenn sie eine Durchsetzungschance haben wollen, einbringen und einen Platz gewinnen.

Wenn rot-rote Koalitionen und namentlich die PDS in der Regierung also von einem Kurs- und Politikwechsel sprechen, ist dieser jeweils genauer zu bestimmen und sind zwei Vergleichsebenen zu unterscheiden. Heute geht es angesichts der gesamtgesellschaftlichen und regionalen Ausgangssituation, der Hegemonie des neo-liberalen Gesellschaftsprojekts und der strukturellen Schwäche der Linken vor allem um einen Kurs- und Politikwechsel auf der ersten Ebene. Doch sind die Übergänge zwischen „Verteidigung“, „Verbesserung“ und „Öffnung“ für neue gesellschaftliche Entwicklungslogiken in Umbruchsituationen flexibler geworden. Das gilt für neoliberale wie für moderne, progressive Lösungsansätze. Linkssozialistische Politik müsste sich gerade dadurch auszeichnen, dass sie eine neue Politik der Übergänge, des transformatorischen sozialen und politischen Wandels konzipiert. Regierungsbeteiligungen bilden dafür eine wichtige Handlungsebene und einen Raum strategischen Lernens.

Untersuchen wir unter diesem Blickwinkel das Agieren der PDS in der Berliner Koalition.

2.3. Gestaltungsziele und Gestaltungseffekte

Unserem spezifischen, handlungs- und akteursorientiertem Ansatz folgend, lautet die entscheidende Frage der (Zwischen)Bilanz der PDS-Regierungsbeteiligung: In wiefern hat die PDS in der Berliner Koalition Gestaltungsziele formuliert, alternative Gestaltungsansätze entwickelt und die Handlungsräume genutzt?* Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die PDS Partner in einer Koalition ist, deren Grundlage der gemeinsame Koalitionsvertrag darstellt. Vor allem jedoch ist zu bedenken, dass Gestaltungspolitik sich in Berlin unter Bedingungen einer einmaligen, extremen Haushaltsnotlage vollzieht.

2.3.1. Haushalt: konsolidieren und gestalten

Politikwechsel und Reformpolitik haben zweifelsohne mit Finanzen zu tun. Die PDS Berlin hat sich schon in der Opposition seit Mitte der 90er Jahre mit dieser Thematik beschäftigt. Im Wahlprogramm 2001 unterstrich sie, dass die „Flucht in die Verschuldung unsozial ist“, da sie nur den Banken nutzt und die „Handlungsfähigkeit des Landes untergräbt“. Und: „Schmerzhafte Einschnitte werden unvermeidlich sein, vieles wird sich ändern.“²²

* Diese Untersuchung soll anhand solcher Politikfelder erfolgen, für die sich die PDS bereits vor der Koalition stark machte und für die sie jetzt im Senat unmittelbar mit Verantwortung trägt. Es sind zugleich Politikbereiche, die wesentlich über Erfolg oder Misserfolg der Koalition entscheiden werden.

Ohne Haushaltskonsolidierung sind ein Politikwechsel und eine langfristig angelegte Reformpolitik unmöglich. Das gilt um so mehr für ein Land in Haushaltsnotstand. Der Berliner Haushalt umfasst im Jahr 2004 etwas über 20 Mrd. Euro, der Schuldenberg liegt bei ca. 58 Mrd. Euro. Allein die jährlich zu zahlenden Zinsen betragen 2,4 Mrd. Euro. Im Jahre 2005 wird der Senat voraussichtlich rund 4 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen. Zu den *finanziellen* Grenzen für Handlungsspielräume kamen die durch das Urteil des Berliner Verfassungsgerichts gesetzten *rechtlichen* Grenzen, die dem Senat ein Sanierungsprogramm und ein „Eigenanstrengungsprogramm“ vorschreiben.

Diese angespannte Situation Berlins könnte zum Einfallstor für einen „Durchmarsch“ neoliberaler Landespolitik werden. Das ist, bei aller öffentlichen Kritik an der Konsolidierungspolitik des Senats, in Berlin so nicht der Fall. Dafür steht auch die PDS in Berlin.

Eine solche finanzielle und rechtliche Haushaltssituation darf nicht Vorwand sein, politische Gestaltung auf Sparen zu reduzieren. Andererseits ist ohne Haushaltskonsolidierung keine politische Handlungsfähigkeit zu erreichen und kein Politikwechsel zu realisieren. Gestaltung ist unter diesen Bedingungen von besonderer Brisanz und erfordert komplizierte Entscheidungen. Die bloße Kritik an einer Politik der Konsolidierung des Haushaltes geht deshalb an den Realitäten vorbei. Die entscheidende Frage ist, *wie* Gestaltungs- bzw. Reformpolitik angesichts von Haushaltskonsolidierung möglich ist und welche alternativen Ansätze zu einem rein technokratischen Sparansatz gefunden werden.

Die SPD-PDS-Koalition hat in der Haushalts- und Finanzpolitik einige spezifische *Gestaltungssakzente gesetzt und Strukturveränderungen* in Gang gebracht:

- Der von der PDS schon seit 1995 geforderte *Kassensturz* wurde mit dem Ende der CDU-SPD-Ära vollzogen.

Der Schuldenberg Berlins war noch höher als erwartet. Er hat viele Quellen: Die beiden Teilstädte Ost und West wurden vor der Vereinigung hoch subventioniert – Berlin Ost als Hauptstadt der DDR und Berlin West als Schaufenster des Westens. So wurden 50 Prozent des Westberliner Haushaltes durch die Bundesrepublik finanziert. Die besondere Förderung Berlins jedoch wurde Anfang der 90er Jahre radikal gekürzt, die Wirtschaftssubventionen ersatzlos gestrichen, die Haushaltszuschüsse um mehr als die Hälfte reduziert. Die Wirtschaftsstruktur Berlins ist im Bundesvergleich prekär, verbunden mit niedrigen Steuereinnahmen und hohen Sozialausgaben. Durch die Zusammenführung der beiden Stadthälften gibt es zahlreiche Doppelstrukturen und einen überdimensionierten Verwaltungsapparat. Notwendige Strukturreformen wurden nach der Wende durch CDU und SPD blockiert. Mehr noch – Filz und Korruption wurden beibehalten und erweitert. Die Konstruktion eines einzigartigen Banken-Geflechts mit ihren kriminellen Machenschaften schuf neue, riesige Verluste, für die das Land per Vertrag die Haftung übernommen hatte. Schließlich leidet auch Berlin unter der Steuerpolitik des Bundes. Durch die vergangene Steuerreform verlor Berlin ca. 400 Millionen Euro, während allein die Einführung der Vermögenssteuer Berlin 300 Millionen Euro zusätzliche Einnahmen bringen würde. Auch ohne Haushaltsnotlage braucht Berlin tiefgreifende Strukturreformen, um sich von den Alt-Lasten zu befreien und einen Modernisierungsschub zu bewirken. Doch ebenso steht fest: Die Hauptstadt ist ein Sanierungsfall und kann allein, aus eigener Kraft ihren Haushalt nicht sanieren. Der Senat hat zunächst auf Drängen der PDS die extreme „Haushaltsnotlage“ erklärt und Klage vor dem Bundesverfassungsgericht eingereicht. Berlin will, anknüpfend an die Verfahren im Falle Bremens und Saarlands, vom Bund eine Entschuldungshilfe in Höhe von 35 Mrd. Euro. Schon deshalb, so der Senat, muss das Land selbst den Einstieg in die Konsolidierung beschreiten und einen Sanierungsplan vorlegen. Für den Doppelhaushalt 2004/2005 betrug die Einsparsumme 2,5 Mrd. Euro. Ohne eigene Anstrengungen kann Berlin nicht auf die Hilfe des Bundes und der Länder setzen. Um so mehr als die anderen Länder auf

die tatsächlichen oder angeblichen sozialen und kulturellen „Ausstattungsversprünge“ Berlins verweisen.

- Die Koalition hat eine Reihe umstrittener *Strukturentscheidungen* und *Reformen* ergriffen.

Mit der schmerzlichen, wohl aber notwendigen *Risikoabschirmung der Bankgesellschaft* wurden die Voraussetzung ihrer Sanierung geschaffen und die Folgen für das Land und die Bürger begrenzt. Die Frage, so die PDS, sei nicht gewesen, ob das Land und damit die Berlinerinnen und Berliner für die Verluste in Haft genommen werden oder nicht. Denn für alle Verträge liegt die Haftung beim Land Berlin (Gewährträgerhaftung). „Die Frage war: Was kommt das Land billiger, ein Konkurs der Bankgesellschaft oder die Abschirmung seiner Risiken?“²³ Die PDS-Fraktion hat sich im Ergebnis von rund 30 Sitzungen in der Fraktion, in Arbeitskreisen, Ausschüssen, Anhörungen für die Risiko-Abschirmung entschieden. Auch im Nachhinein meinten die meisten der befragten PDS-Akteure aus der Fraktion und dem Senat, dass es eine schwer wiegende Entscheidung, aber doch die „einzig vernünftige“ gewesen sei. Die Folgen der Risiko-Abschirmung seien hoch – jährlich rd. 300 Millionen Euro über 21 Jahre mit geschätzten Gesamtkosten von rd. 3-6 Mrd. Euro – aber geringer als ein Konkurs. Dieser hätte die sofortige Haftung des Landes in Höhe von mehr als 20 Mrd. Euro gefordert, die Arbeitsplätze der 16.000 Beschäftigten der Bank gefährdet und dazu geführt, dass auch die Kunden der Bank (u. a. 50 Prozent der Wirtschaftsunternehmen Berlins und der Region, das Berliner Krankenhausunternehmen Vivantes, die zahlreichen Privatkunden) in den Abwärtsstrudel gerissen worden wären.

- Anfang 2003 entschied die Koalition den *Ausstieg aus der Anschlussförderung des sozialen Wohnungsbaus*.

Milliarden schwere Subventionen aus dem Landeshaushalt wurden seit den 60er Jahren eingesetzt, um die Kreditkosten und Renditeerwartungen der Westberliner Immobilienbesitzer zu finanzieren, die sich als Bauherren dafür verpflichteten, die Mieten relativ niedrig zu halten. Nach 15-jähriger Laufzeit dieser Verträge schloss das Land in der Vergangenheit Anschlussverträge über weitere 15 Jahre ab. Diese Anschlussfinanzierung wurde jetzt durch Rot-Rot beendet, was zu einer Einsparung von jährlich etwa einer Milliarde Euro führt und bis zu ca. 25 Mrd. Euro in den nächsten 15 bis 20 Jahren. Senat und PDS betonen, dass Maßnahmen zum Schutz der Mieter und für eine Mieterförderung getroffen worden seien. Die Immobilienwirtschaft hat inzwischen Klage gegen das Land Berlin eingereicht.

- Im Sommer 2003 wurde nach mehrmonatigen Verhandlungen ein *neuer Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst* in Berlin zwischen dem Senat und der Tarifgemeinschaft der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes abgeschlossen.

Das Land Berlin übernahm rückwirkend zum 1.1.2003 den bundesweiten Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst. Zugleich wurde aber die Arbeitszeit von 38,5 Stunden (West) bzw. 40 (Ost) auf 37 Stunden verringert (Kita und Hort 38 Stunden) und damit auch das Bruttoentgelt, sozial gestaffelt, zwischen 8 und 12 Prozent. Mit der Verringerung des Einkommens ist ein geringeres Weihnachtsgeld verbunden. Nicht gekürzt wurden das Urlaubsgeld, Jubiläumsgeld, Wechselschicht- und Schichtzulagen, Zulagen für Nachtarbeit, vermögenswirksame Leistungen, Stundenvergütungen u. ä. Der Kündigungsschutz für die Beschäftigten wurde bis zum 31.12.2009 verlängert, neu eingestellt werden 388 Erzieherinnen und Erzieher sowie jeweils 500 Auszubildende in 2004 und 2005. Die PDS-Fraktion begrüßte den Tarifabschluss und sieht darin wesentliche Vorschläge des von ihr geforderten Solidarpakts berücksichtigt. Dieser schien ihr auf dem Hintergrund, dass Berlin ca. 8 Mrd. Euro Steuereinnahmen erhält und davon rd. 7 Mrd. Euro an Personalkosten im öffentlichen Dienst ausgibt, geboten. Da beides – Solidarpakt bzw. Öffnungsklausel –

nicht zustande kamen, trat der Senat im Januar 2003 aus dem bundesweit geltenden Tarifvertragssystem aus. Ein Akt, der ihm in den Gewerkschaften viel Kritik eingebracht hat. Inzwischen erscheint dieser nicht unproblematische Tarifvertrag im Rückblick, auch bei Gewerkschaftern²⁴, in manch anderem Licht: Arbeitszeitverkürzung, Beschäftigungsgarantie, Einstellungskorridor – bei sozial gestaffeltem Gehaltsverzicht. Mit dem Tarifabschluss vom 30.6.2003 ist Berlin zwar wieder Teil des Flächentarifvertrages, nicht aber der Arbeitgeberverbände. Die mit dem Tarifvertrag vereinbarten Einsparungen belaufen sich auf jährlich rund 500 Millionen Euro.

- Zu den neuen Akzenten der Haushaltspolitik gehören auch einige entsprechende *Initiativen auf Bundesebene*.

So hat die rot-rote Koalition beschlossen, im Bundesrat die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine novellierte Erbschaftssteuer zu fordern. Die damit für das Land verbundenen Einnahmen könnten in Höhe von 300 Millionen Euro liegen. Das Land hat auch seine Zustimmung zur Steuerreform des Bundes (u. a. Senkung des Spitzensteuersatzes) verweigert. Die PDS hat sich in Berlin zudem für eine Verbesserung der Gemeindefinanzen eingesetzt. Dem dienten Vorschläge, die Gewerbesteuer auf alle Selbstständigen im Sinne von § 18 der EstG auszuhandeln und die Bemessungsgrundlage zu erweitern. Um die Kleinen nicht zu belasten sollte ein entsprechender Steuerfreibetrag von 25.000 Euro gelten.

- Auch bei den *konsumtiven Ausgaben* hat der Senat, immer mit Zustimmung der PDS, *tiefe Einschnitte* vorgenommen, um die besagte Lücke zwischen Ausgaben und Einnahmen zu reduzieren.

Das betrifft u. a. die Kita-Gebühren, das Sozialticket, das Blindengeld, die Lernmittelfreiheit, aber auch die Kürzung der Mittel für Wissenschaft, Forschung und Kultur. Dennoch bildete die Wahrung „sozialer Balance“ im Haushaltsnotstand ein Anliegen der PDS. Sie konnte in den Haushaltsberatungen das ihr präsentierte Sparpaket aufschnüren, mit Erfolgen und Niederlagen (s. u.). Die Entscheidungen des Senats und der PDS-Fraktion decken sich nicht mit den verbreiteten Stimmungen in der Stadt. Einschnitte gerade im konsumtiven Bereich haben zu heftigen Protesten bei den Betroffenen und zu viel Kritik in der Öffentlichkeit geführt. Vor allem gegen die Risikoabschirmung der Bankgesellschaft regte und regt sich Widerspruch in der Stadt. Eine Bankeninitiative initiierte ein Volksbegehren, das auch in der PDS-Basis auf Zuspruch stieß. Noch mehr Unmut regte sich, als das Volksbegehren aus rechtlichen Gründen durch den Senat nicht zugelassen wurde.

Für die PDS in Regierungsverantwortung ist es eine neue und erst noch zu verarbeitende Erfahrung, dass sie sich als Teil des „Oben“ der Kritik von „Unten“ ausgesetzt sieht. In Regierungsverantwortung kann es durchaus Entscheidungen geben, die nicht die Zustimmung wichtiger gesellschaftlicher Akteure finden. Um so notwendiger ist es, die Kritik, den Protest ernst zu nehmen und beides kritisch abzuwägen und im Dialog ernsthaft zu erörtern. Hier gab es in der ersten Hälfte der Legislaturperiode Versäumnisse.

Die Alternative zum technokratischen Sparkonzept heißt nicht „Nicht Sparen“ und weitere Anhäufung des Schuldenbergs.

Der wesentliche strategische Fehler lag eher darin, dass ein klar strukturiertes Konzept der Konsolidierung *und* Gestaltung nicht deutlich wurde. Die Koalition erschien deshalb primär als „Spar- und Streichkoalition“ (Harald Wolf), die heute hier und morgen da schmerzhafte Einschnitte vornimmt und sich – bezogen auf die PDS – in Bereichen wie der Bildung und Kultur sogar von ihrem Wahlkampfversprechen („Drauflegen“) verabschiedet. Das Tor für zunehmende Kritik wurde so weit geöffnet.

Inzwischen mehren sich im Landesverband, der Fraktion und unter den Senatoren die Stimmen, die in der Haushaltskonsolidierung nicht den „Schlüssel zum Erfolg“²⁵ und in der Haushaltskonsolidierung an sich noch nicht den Politikwechsel sehen. Haushaltskonsolidierung ist eine *Voraussetzung* für den Politikwechsel. Dieser aber besteht in der Realisierung neuer übergreifender sozialer, demokratischer, ökologischer Zielsetzungen und Strukturreformen. Dieser Zusammenhang wurde in den ersten Jahren der Regierungstätigkeit nicht immer kritisch verarbeitet und überzeugend vermittelt. Schwerpunkte und neue Prioritätensetzungen in der Haushaltskonsolidierung wurden zu selten deutlich, Wahlalternativen kaum diskutiert und die Öffentlichkeit zu wenig einbezogen. Zum anderen erforderte eine Alternative zum technokratischen Sparansatz neue Ressourcen bei den Einnahmen zu erschließen (z. B. beim Abbau der Bürokratie und bei der Modernisierung der Verwaltung) und Umstrukturierungen bei den Ausgaben vorzunehmen, so dass sich weitere Gestaltungsräume öffnen und Innovationen ermöglichen. Denn die Stadt kann sich nicht aus der Krise herausparen. Berlin ist nicht nur ein Sanierungsfall, sondern vor allem eine Zukunftsstadt und muss in diese Richtung entwickelt werden. Gerade eine linke Landesregierung kann nicht der Vollstrecker einer dysfunktionalen Wirtschafts- und Finanzpolitik im Bund sein. Hier stehen alle Akteure aller Parteien noch am Anfang. Für die PDS ist dies ein schwieriges Politikfeld, aber eines, dem sie sich verstärkt wird stellen und eigene Akzente wird setzen müssen. Berlin bietet hier bereits heute ein wichtiges, neues Erfahrungsfeld.

2.3.2. Wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung

Die Gestaltungsziele der neuen Koalition für die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik sind anspruchsvoll. Bereits im Wahlprogramm forderte die PDS die gezielte Stärkung der wirtschaftlichen Potenziale Berlins, insbesondere den „Auf- und Ausbau einer wissensbasierten Wirtschaft“ als „Zukunftspfad für die Stadt“. An erster Stelle stünde für Berlin jedoch die „drastische Reduzierung der Arbeitslosigkeit“²⁶. Und in der Koalitionsvereinbarung von SPD und PDS heißt es: „Der Wirtschaftspolitik kommt in Berlin die Schlüsselrolle zu, Gestaltungsräume im Haushalt durch die Stärkung selbsttragender Wachstumskräfte wieder zu gewinnen...Oberstes Ziel der Wirtschaftspolitik ist die Mobilisierung von Wachstumskräften in der Stadt zur Sicherung bestehender und zur Schaffung zukunftsfähiger neuer Arbeitsplätze.“²⁷

Die Koalition sah sich bei ihren Gestaltungszielen mit einer sehr angespannten wirtschaftlichen Lage Berlins konfrontiert: Berlin ist Politik- und Kulturmetropole, aber ökonomisch eher Provinz. Berlins Wirtschaftsleistungen lagen seit langem unter denen des Bundesdurchschnitts. Besonders die Wirtschaftstätigkeit im produzierenden Gewerbe ist gering. Die Erschließung der Zukunftsfelder in den wissensbasierten Wirtschaftszweigen befindet sich erst am Anfang. Die Arbeitslosenzahl lag bei der Regierungsübernahme durch Rot-Rot im Jahre 2001 bei 272.000 (rd. 16 Prozent) bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, bei über 18 Prozent bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen. Diese Gegebenheiten begrenzen den wirtschaftspolitischen Gestaltungs- und Veränderungsspielraum der neuen Koalition und des von der PDS geleiteten Wirtschaftsressorts erheblich. Dennoch ist ein solcher Gestaltungsraum vorhanden, und in „mancher Hinsicht größer als erwartet“ wie der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen Harald Wolf (PDS) konstatiert.

Unter widrigen bundespolitischen und Berlin spezifischen Voraussetzungen wurden in den vergangenen zwei ein halb/drei Jahren einige *neue Akzente in der wirtschaftlichen Förderpolitik* gesetzt und *einzelne Strukturreformen* zur Belebung der wirtschaftlichen Dynamik in Angriff genommen:

- Es gelang, was über zehn Jahre für unmöglich gehalten wurde, *eine Zentrale Anlauf- und Koordinierungsstelle für Unternehmen (ZAK)* einzurichten.

Damit werden die bisherigen Parallel- und Doppelzuständigkeiten im Bereich der Wirtschaftsberatung und -förderung im Land Berlin abgebaut, die Verwaltungsabläufe entbürokratisiert und so ihre Kompetenzen erhöht. Damit können Investoren bei der Ansiedlung wirksamer und effektiver unterstützt werden, haben sie doch nun von vorn herein einen kompetenten Ansprechpartner in der Wirtschaftsverwaltung. ZAK hat inzwischen 370 Investitionsvorhaben begleitet, in 90 Prozent der Fälle erfolgreich.

- Im Frühjahr 2004 wurden die nächsten Schritte eingeleitet, um durch *Zusammenführung bisheriger Institutionen der Wirtschaftsförderung* „Berlin International“ sowie „Partner für Berlin“ eine schlagkräftige Wirtschaftsförderorganisation zu schaffen.

Sie ist in dieser Art – sowohl hinsichtlich des Umfangs als auch ihres Charakters mit Public-Private-Partnership – in der Bundesrepublik einzigartig und kann sich auch international sehen lassen.²⁸

Auch die verschiedenen Institutionen, die sich bislang mit dem Standortmarketing auf internationaler Ebene beschäftigten, wurden neu strukturiert, fusioniert und in die Wirtschaftsförder- und Marketingpolitik Berlins integriert.

- Die *Investitionsbank Berlin (IBB)* wird im Herbst 2004 endgültig aus der Landesbank Berlin ausgegliedert und sich *als zentrale Förderinstitution* des Landes etablieren.

Dabei soll nicht mehr wie bislang die (alte West-Berliner) Immobilien- und Wohnungsbauförderung, sondern die Wirtschaftsförderung im Mittelpunkt stehen. Bisher lagen die Mittel der Wirtschaftsförderung in Berlin noch unter dem Bundesdurchschnitt. Dies soll sich jetzt schrittweise ändern. Die IBB soll sich zugleich zur Hausbank für die kleinen und mittleren Unternehmen Berlins entwickeln. Das Land will dabei die Mittel der Refinanzierung übernehmen. Ihr Fördervolumen soll von derzeit jährlich 143 Millionen auf 500 Millionen Euro gesteigert werden.

- Durch Initiative der PDS-Fraktion und der von ihr gestellten Senatoren wurde nach langen Jahren des Stillstands und des Missmanagements ein schwieriger Prozess der Umstrukturierung in den *öffentlichen Unternehmen* (Messe, BSR, BVG, Vivantes, Wohnungsbaugesellschaften) eingeleitet.

Ihre Kompetenz und Innovationsfähigkeit sind für den Wirtschaftsstandort Berlin wichtig. Oft geht es erst einmal um solche Veränderungen, die ihr Überleben sichern und ihre Wettbewerbsfähigkeit unter Bedingungen der Einführung des europäischen Wettbewerbsrechts garantieren. Denn viele öffentliche Unternehmen arbeiten defizitär, sind hoch verschuldet und belasten den Haushalt der Stadt und damit das Gemeinwesen. Der Staat sollte deshalb nach Ansicht der PDS allein solche Unternehmen besitzen und betreiben, die der Daseinsvorsorge der Bürger und / oder der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben dienen.²⁹

Wichtige Schritte wurden eingeleitet, um die Transparenz der Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist, zu erhöhen und die Kontrollmöglichkeiten zu verbessern.

Dabei setzt der Senat, wie es im Koalitionsvertrag heißt, auch auf „privatwirtschaftliches Engagement“. Die Ergebnisse entsprechender Privatisierungen sind nach Ansicht der PDS unterschiedlich zu bewerten. So wird der Verkauf der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GSW für 2 Mrd. Euro bei einem Schuldenstand von 1,6 Mrd. angesichts der Notlage des Landes als gerechtfertigt angesehen. Zumal der Erwerber der GSW auf eine sozial-orientierte Geschäftspolitik bei der Bewirtschaftung des Wohnungsbestandes verpflichtet worden sei.³⁰

- Einen spezifisch neuen Akzent für Berlin setzte die PDS mit ihrer Forderung nach Gründung von „*Stadtteil- und Produktivgenossenschaften*“.

Der Punkt „Genossenschaften“ war im Teil „Arbeit“ der Koalitionsverhandlungen der umstrittenste. Er wurde nach langen Diskussionen als eigenständiger Punkt in die Koalitionsvereinbarungen übernommen. Inzwischen sind verschiedene Anstrengungen „pro Genossenschaft“ unternommen worden und die zuständige Senatsverwaltung will ein entsprechendes Projekt ins Leben rufen.

- Im Zuge der EU-Ost-Erweiterung wurde das *Berlin-Konzept* „vom Kopf auf die Füße gestellt“³¹.

Statt der ausschließlichen Orientierung des früheren CDU-SPD-Senats auf Städtepartnerschaften mit den Metropolen des Ostens heißt die heutige Orientierung, die historische Wirtschafts- und Kulturregion auf beiden Seiten der Oder zwischen Berlin, Szczecin, Poznan und Wroclaw neu zu gestalten. In Brüssel konnten dafür inzwischen einige grenzüberschreitende EU-Projekte gewonnen werden. Das Ziel ist, unter dem Dach „Oder-Region“ einen grenzüberschreitenden Verbund zu schaffen, der sich zu einer wettbewerbsfähigen *Euro-Region* entwickelt.

- Eine ganze Reihe Initiativen der PDS-SenatorInnen galt der *Einschränkung der Arbeitslosigkeit*.

Durch das Sozialressort gelang es, 2003 über 8.000 Sozialhilfe Empfangende in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu vermitteln. Das sind 32 Prozent mehr als im Jahr 2002. 30.000 nutzten unterschiedliche Programme der „Hilfe zur Arbeit“. Bereits zu Beginn der Legislaturperiode haben die Senatsverwaltung für Wirtschaft und Arbeit und das Landesarbeitsamt in einer Vereinbarung festgelegt, dass der Senat alle Berlin zur Verfügung gestellten ABM- und SAM-Maßnahmen im erforderlichen Umfang kofinanziert. Im Ergebnis waren das im Jahresdurchschnitt 2003 rd. 15.000 Stellen. Auch Qualifizierungsmaßnahmen wurden über den Landeshaushalt getragen. Mit der Berliner Wirtschaft wurde ein Ausbildungskonsens hergestellt. Zugleich werden aus dem Etat des Landeshaushaltes 5.200 zusätzliche Lehrstellen finanziert.

Welche wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen *Effekte* hatten nun die von der Koalition und insbesondere vom PDS-geführten Wirtschaftsressort gesetzten neuen Akzente und begonnenen Strukturreformen?

Die diesbezügliche Bilanz ist widerspruchsvoll.

Als die PDS 2002 erstmals ein Wirtschaftsressort übernahm (zunächst durch Gregor Gysi), prophezeiten konservative Politiker und Medien „Wirtschaftsflucht“, das „Fernbleiben ausländischer Investoren“, einen allgemeinen „Investitionsboykott“ und letztlich den „rasanten Niedergang der Berliner Wirtschaft“. Nichts von alledem ist eingetreten. Niemand in Berlin sieht heute mehr in der Tatsache, dass das Wirtschaftsressort von einem PDS-Politiker geleitet wird, einen Risikofaktor für Berlins Wirtschaft. Im Gegenteil. In Berlin hat sich das *wirtschaftspolitische Klima* durch ein engeres Zusammenwirken von Wirtschaftsverwaltung, IHK und den Unternehmerverbänden verbessert. Der Wirtschaftssenator hat daran maßgeblichen Anteil. Jüngstes Beispiel dafür ist die vom Wirtschaftssenator ausgehende gemeinsame Initiative mit der IHK, der Handelskammer und den Unternehmerverbänden in Berlin und Brandenburg „Berlin 2004-2014. Eine Wachstumsinitiative.“³²

So kam es in den letzten Jahren zu einer Reihe Ansiedlungen von Unternehmen, darunter eine Anzahl technologieorientierter Unternehmen und Unternehmen der Verkehrstechnologie. Die Stadt entwickelte sich mit Berlin-Buch zu einem wichtigen Standort der Biotechnologie, der Informations- und Kommunikationstechnologie in Adlershof. Im Standort Adlershof siedelten

sich 2003 41 neue Unternehmen an. Durch die Ansiedlung von Universal und MTV, Popcom und weiterer Unternehmen der Branche entwickelte sich Berlin zur Musikstadt Deutschlands. Positive Signale für den Standort waren auch der Umzug von Coca-Cola, des Ullstein-Verlags und der Entscheidung des Springer Konzerns, seine Zentrale in Berlin zu konzentrieren.

Eine nachhaltige Verbesserung der Wirtschaftsleistungen und der Wirtschaftsstruktur des Landes wurde aber bislang auch durch Rot-Rot noch nicht erreicht. Der Schrumpfungsprozess in der Wirtschaft setzte sich fort. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Berlin sank nach 2001 (-0,8 Prozent) auch 2002 (-0,1 Prozent) und 2003 (-0,6 Prozent) und lag damit noch unter dem schwachen Niveau in der gesamtdeutschen Bundesrepublik (2001: +0,6 Prozent, 2002: +0,2 Prozent, 2003: -0,1 Prozent). Die Berliner Wirtschaft wuchs erstmals nach drei Jahren im ersten Halbjahr 2004 um 0,8 Prozent und sie schaute wieder optimistischer in die Zukunft. Trotz geringen Wirtschaftswachstums ist dank einer größeren Nachfrage aus dem Ausland der Export gestiegen, wodurch vor allem das verarbeitende Gewerbe einen Zuwachs von 3,0 Prozent verzeichnen konnte.³³ Wichtig ist, dass Berlin bei überregionalen Dienstleistungen wie Werbung, IT-Beratung, Wirtschaftsorganisation sowie bei Film und Fernsehen, Medien und Kultur sowie Tourismus eine dynamische Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung zu verzeichnen hat.³⁴

Das oberste Ziel der Wirtschaftspolitik, durch Mobilisierung der Wachstumskräfte die Arbeitslosigkeit zu reduzieren, konnte bislang nur begrenzt erreicht werden. Doch verringerte sich in Berlin erstmals – entgegen den Bundestrend – die Arbeitslosigkeit geringfügig, von 17,7 Prozent im August 2003 auf 17,4 Prozent im September 2004 auf 16,7 Prozent im Oktober 2004 (Ostdeutschland: 17,7 Prozent) bezogen auf alle zivilen Beschäftigten. In der Hauptstadt waren damit 282.647 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet. Das waren 5.400 weniger als Ende Oktober und 8.200 weniger als vor einem Jahr. Auch deshalb beschloss wohl die PDS auf ihrer Fraktionsklausur im September 2004 in Szczecin „Eckpunkte“ kommunaler Beschäftigungspolitik, um insbesondere ALG II-EmpfängerInnen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu bringen. Dazu soll die Beschäftigungspolitik auf Landes- und kommunaler Ebene neu konzipiert werden.³⁵

Wie sich auch in Berlin zeigt, kann länderspezifisches Handeln nur begrenzt die vom Bund oder von der EU bestimmten wirtschafts- und speziell arbeitsmarktpolitischen Entwicklungen beeinflussen. Selbst auf Länderebene gibt es nur über längere Zeiträume einen Zusammenhang zwischen der Politik, politischer Regelungen und den wirtschaftlichen Effekten. Das es einen solchen Zusammenhang aber gibt, zeigt nicht zuletzt ein Vergleich aller Bundesländer mit ihren unterschiedlichen Eckdaten und Entwicklungstrends.³⁶ Erschwerend für Berlin kommt hinzu, dass durch die Haushaltsnotlage sowohl im investiven wie konsumtiven Bereich Ausgaben reduziert und damit die Nachfrage weiter eingeschränkt wurde.

Eine unter den gegebenen Bedingungen praktizierte Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik müsste vor allem an vorhandene Stärken Berlins anknüpfen, die Zukunftspotenziale ausbauen und zumindest punktuell – außerhalb des neo-liberalen Mainstreams – neue Instrumente der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung ausprobieren. Hier liegen neue Herausforderungen für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik des Senats. Hier sollten gerade die von der PDS geleiteten drei Ressorts Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur sowie Soziales gemeinsame Initiativen unternehmen. Denn neue Zukunftsfelder für die Stadt liegen vor allem in der engeren Verbindung von Wissenschaft und Wirtschaft. Nimmt Berlin bei einem Vergleich der Wirtschaftskraft der Bundesländer einen hinteren Platz ein, liegt das Land bei Forschung und Entwicklung mit an der Spitze. Bei einem Vergleich der Innovationskraft von mehr als 70 Regionen der Europäischen Union liegt Berlin hinter Baden-Württemberg auf Platz Zwei, noch vor Bayern, Schweden und Paris. In Berlin arbeiten 47 Prozent der Beschäftigten in

wissenschaftlich-technischen Berufen (bundesweit 37 Prozent, in der EU 31 Prozent). Berlin gibt 4,2 Prozent des BIP für Forschung und Entwicklung aus (EU 1,9 Prozent) und hat eine überdurchschnittliche Zahl von Patentanmeldungen (jährlich 199 pro 1 Million Einwohner, EU 134).³⁷

Gemeinsame Zielsetzung sollte die Förderung von Wertschöpfungsketten sein, die von der Forschung bis zur Produktion reichen. Auch die Existenzgründungen aus den Universitäten heraus bedürfen vielfältigerer Anreize und einer zielgerichteten Unterstützung. Ein besonderer Schwerpunkt liegt in der Herausbildung und Stärkung einer modernen Gesundheits- sowie Kulturwirtschaft, wo Berlin national und international gute Chancen besitzt.

Die Analyse zeigt also, dass Gestaltungsräume im Bereich der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik vorhanden sind. Sie wurden „gesucht“ und mit einigen neuen Initiativen ausgefüllt. Vor allem das institutionelle Gefüge der Wirtschaftsförderung wurde begonnen zu reformieren.

Es zeigt sich jedoch, dass gerade bei Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung die bundespolitischen und europäischen Trends dominieren und auf regionaler Ebene nur schwer umzukehren sind. Ein Zusammenhang zwischen Politik, Gestaltung und wirtschaftlichen Effekten auf Landesebene ist, wie andere Untersuchungen belegen, nur über längere Zeiträume zu konstatieren.

2.3.3. Berlin - Soziale Stadt

Mit der im Wahlprogramm dokumentierten Idee „Soziale Stadt“ hat die PDS ein relevantes Leitmotiv ihres Handelns formuliert und damit hohe Erwartungen gesetzt. Und auch in der Koalitionsvereinbarung hieß es gleich zu Beginn des Abschnittes „Soziales“: „Berlin ist dem Leitbild der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet.“³⁸ Mit der neuen Koalition übernahm die PDS dieses zweifelsohne bedeutsame Ressort.

Für den Bereich „Soziales“ (wie auch „Gesundheit“) sind drei Probleme besonders kennzeichnend: *Erstens* wird dieser Politikfeldbereich wie kaum ein anderer durch Vorgaben der Bundesgesetzgebung bestimmt, so dass die Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten des Landes begrenzt bleiben. *Zweitens* handelt es sich um einen Bereich, bei dem es eine besonders ausdifferenzierte Interessen- und Verbändestruktur gibt, die allesamt ihre spezifischen Vorstellungen und Forderungen einbringen, von vornherein besondere Konfliktlagen schaffen und umfangreiche Aushandlungsprozesse erfordern. *Drittens* sind im Feld „Soziales“ die Erwartungen der BürgerInnen, der Wähler und vor allem der PDS-Klientel besonders hoch; gerade in Berlin, wo historisch bedingt ein relativ hohes Niveau der sozialen Infrastruktur besteht.

Zu den Ausgangsbedingungen gehört jedoch, dass im Sozialressort rd. 95 Prozent durch „Pflichtaufgaben“ gebundene Mittel sind und nur 5 Prozent zur „freien Verfügung“ stehen. Der soziale Gestaltungsraum ist mithin eng und kann nur durch Umbau innerhalb der Strukturen und des Etats partiell erweitert werden, wie Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner begründet. Andererseits ist Gestaltung im sozialen Bereich besonders herausgefordert. Denn Berlin ist durch eine äußerst komplizierte Sozialstruktur gekennzeichnet: Seit Jahren über 16/17 Prozent Arbeitslose, überdurchschnittlich viele Sozialhilfeberechtigte (2004: 260.535; 7,7 Prozent) und einen hohen Anteil von MigrantInnen. Insgesamt gelten 500.000 Menschen in Berlin als arm, d. h. sie verfügen über weniger als 50 Prozent des Durchschnittseinkommens der Region (für einen Single bedeutet das 606 Euro). Die Armutsquote liegt über den Bundesdurchschnitt und ist weiter gestiegen. Auch zwischen den Bezirken und innerhalb dieser geht die soziale Schere weiter auseinander. Während der Zeit

der großen Koalition hat sich dieser Trend zur sozialen Polarisierung und Ausgrenzung noch verstärkt.

Wie bei allen Ressorts wurde auch bei „Soziales“ und „Gesundheit“ durch den Finanzsenator alles auf den Prüfstand der rigorosen Sparpolitik gestellt. Trotzdem gelang es, einige *neue Gestaltungsakzente* zu setzen:

- „Gestaltung“ hieß unter den konkreten Bedingungen Berlins, zuerst genau zu prüfen, wo Einsparungen möglich sind, ohne die soziale Infrastruktur der Stadt ernsthaft zu gefährden. Das ausgegebene Handlungsmotiv lautete „*Soziale Balance*“ *bewahren*.

Alles in allem gelang es der Sozialverwaltung, die vorgesehenen harten Einschnitte der Finanzverwaltung zu begrenzen. Gut 95 Prozent der sozialen Zuwendungen für Bedürftige, Arme und Schwache wurden vor den Begehrlichkeiten der Haushaltstechnokraten gerettet. Per Vertrag mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband gelang eine flächendeckende Absicherung der Stadtteilzentren bis 2007.

- Durch Initiative der PDS und der Sozialsenatorin gelang es, die *soziale Frage* im Senat wieder zu thematisieren und auf die Agenda zu bringen.

Ein wichtiger Schritt in diese Richtung und zur Umsetzung des Konzepts „Soziale Stadt“ ist der im Frühjahr 2004 erschienene Sozialstrukturatlas. Er enthält eine Fülle kleinteiliger sozialräumlicher Daten, auf deren Basis die Dynamik der Sozialstrukturveränderungen ablesbar ist und eine bessere Sozialplanung möglich wird. Die zunehmende Brisanz sozialer Ungleichheit, die der Sozialstrukturatlas offenbart, verlangt, so die Sozialverwaltung, einen zielgerichteteren Einsatz der Mittel in den sozialen Brennpunkten. Das bedeute zugleich ein Abgehen vom „Gießkannenprinzip“.³⁹ Neu ist, dass jetzt auch ressortübergreifend gehandelt wird und ein Staatssekretärsausschuss „Soziale Stadt“ gebildet wurde.

Der Ansatz, Schulen wieder zu sozialen Begegnungszentren zu machen, entspricht dem Erfordernis eines verstärkten bürgerschaftlichen Engagements.

Künftig soll der Armutsbericht zu einem „Lebenslagenbericht“ weiter entwickelt werden.

Dem Konzept „Soziale Stadt“ folgend, ist die Leitung der Sozialverwaltung um einen *neuen Politikstil* bemüht. So wurden seit 2002 in die Diskussions- und Entscheidungsprozesse wesentlich umfassender als zuvor die Verbände, Vereine und Organisationen, aber auch die unmittelbar Betroffenen selbst einbezogen. Das trifft u. a. zu auf die Wohlfahrts- und Behindertenverbände, eine Vielzahl sozialer Initiativen, aber auch auf Vertreter der Gesundheits- und Krankenkassenverbände sowie der Kassenärztlichen Vereinigung.

- Mit der PDS in der Koalition zeigt sich ein *stärkeres soziales Engagement auf Bundesebene*.

Das äußerte sich u. a. in einer kritischen Haltung zu den Reformen der Bundesregierung im Sozial- und Gesundheitsbereich (u. a. bei der Renten-, Gesundheitsreform und den Hartz IV-Gesetzen).

Auch wenn diese Gesetze am Ende von der Senatsverwaltung umgesetzt werden müssen, wurde die kritische Stimme zu Reformen der Bundesregierung, die die „soziale Balance“ mehr als ins Wanken bringen, öffentlich wahrgenommen und je nach politischen Standort vermerkt.

Dennoch - die Einschnitte im sozialen Bereich riefen den besonderen Protest der Betroffenen und scharfe Kritik in der Öffentlichkeit hervor. Das galt vor allem für den Wegfall des Sozialtickets und die Kürzung des Blindengeldes. Die Streichung des Senatszuschusses von 17,4 Millionen Euro an die BVG (bei einem Gesamtzuschuss von 500 Millionen jährlich) beantwortete die BVG mit der Streichung des Sozialtickets und zugleich weiterer ermäßigter Sonderangebote. Die Annahme der PDS, die den Sozialhilfeempfängern zustehende

Mobilitätshilfe könnte dies ausgleichen, wurde inzwischen als Fehler eingeräumt. Ebenso, nicht konsequent und bis zu Ende mit der BVG verhandelt zu haben, um für die Betroffenen eine akzeptable Lösung zu finden.

Um Schadensbegrenzung bemüht, wurde seit längerem um ein neues soziales Angebot für alle bedürftigen Menschen im öffentlichen Nahverkehr verhandelt. Ab 2005 wird das neue Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr zum Preis von 32 Euro (bis 2003: 20,40 Euro) wieder erhältlich sein. Der Bezieherkreis ist erweitert worden und betrifft u. a. aller Bezieher von ALG II.

Trotz der schmerzhaften Kürzung beim Blindengeld liegt dieses weiterhin über dem Bundesdurchschnitt. Doch für die Betroffenen zählt nicht der Bundesdurchschnitt, sondern dass ihnen etwas genommen wird und sich ihre persönliche Situation verschlechtert.

Die praktische Sozialpolitik in Berlin bestätigt die Annahme, dass die Spiel- und Gestaltungsräume im Bereich „Soziales“ auf Landesebene besonders eng gezogen sind. Wenn die PDS ihre Chance als Regierungspartei wahrnehmen will, dann vor allem als „Partei der soziale Frage“, die freilich auf neue Weise Verteilung mit Gestaltung verbinden muss. Durch Umbau innerhalb des sozialen Feldes konnten die Gestaltungsräume und -potenziale besser genutzt und erweitert werden.

„Soziale Stadt“ ist eine tragfähige Leitidee, wird jedoch nur Gestalt annehmen, wenn diese als politisches Projekt konkretisiert und stärker öffentlich kommuniziert wird. Vor allem im Bereich „Soziales“ sieht sich die PDS veranlasst, originäre und Ressort übergreifende Entwicklungsprojekte in der Koalition zu konzipieren. Dazu gehörte die Herausbildung und Stärkung einer leistungsfähigen Gesundheitswirtschaft, die für Berlin den Charakter einer Wachstumsbranche trägt. Berlin als „Gesundheitshauptstadt“ Deutschlands wird inzwischen als ehrgeiziges Ziel gesetzt. Der Senat bildete eine Steuerungsgruppe, in der die politisch Verantwortlichen für Wirtschaft, Gesundheit, Soziales, aber auch für Wissenschaft zusammen arbeiten sollen. Es sind damit jene Ressorts, die in den Zuständigkeitsbereich der PDS fallen. Bis zum Jahre 2010 sollen in Krankenhäusern, bei der Forschung und im Pflegebereich zusätzlich 50.000 Arbeitsplätze zu den jetzt vorhandenen 180.000 entstehen. So notwendig es ist, die Wertschöpfungspotenzen eines Projekts „Gesundheitshauptstadt“ voll zu nutzen, so notwendig ist es, dass sie zur Verbesserung des Gesundheitsstandes in allen Bevölkerungsgruppen der Stadt beiträgt. Letzteres bedeutet, in neue soziale Formen der Gesundheitsvorsorge und Prävention zu investieren.

Mit ihrem Beschluss „Gesundheit für Berlin“ auf der Klausurtagung vom September 2004 hat die PDS-Fraktion dafür neue Leitsätze, Handlungsfelder und Lösungsansätze zur Diskussion gestellt.

Im November 2004 fand die erste hauptstädtische Gesundheitskonferenz statt, die eine Plattform schaffen soll, auf der sich Kassen, Ärztevertreter, Wohlfahrtsverbände, Wissenschaftler und weitere Akteure regelmäßig zu Problemen der Gesundheitspolitik verständigen können. Im Mittelpunkt soll dabei die Gesundheitsförderung stehen.

2.3.4. Zukunftspotenziale Wissenschaft, Forschung, Kultur

Auch in diesem Politikfeld interessiert uns vorrangig die Frage, ob es außer der Haushaltskonsolidierung hier eigene politische Gestaltungsziele und -möglichkeiten gibt und wenn ja, wie diese formuliert und mit welchen Effekten die Handlungsräume genutzt werden. Das Wahlprogramm der PDS aus dem Jahre 2001 maß „Kultur“ und „Wissenschaft“ zentrale Bedeutung bei. Das zeigt schon ihre Platzierung an zweiter Stelle nach dem Abschnitt „Filz beseitigen. Haushalt sanieren: Der Stadt eine Zukunft geben.“ Der Abschnitt „Kulturstadt Berlin: Stadt des Wissens“ wird zu Recht mit dem Satz eingeleitet: „Kultur und Wissen gehören zu den strategischen Potenzialen Berlins.“ Berlin werde wie alle großen Städte nur

eine Chance haben, wenn es in der Lage sei, „Wissensvorsprünge zu organisieren“. Die Aufgabe der kommenden Jahre werde es sein, die Grundlagen von Bildung, Kultur und Wissenschaft in Berlin zu erhalten und durch strukturelle Veränderungen ihre Effektivität zu steigern. Die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an Bildung, Kultur und Wissen müsse ermöglicht werden. Deshalb forderte man: „In der neuen Legislaturperiode wird es keine weiteren Kürzungen der Berliner Kulturausgaben geben.“ Um dies zu garantieren müsse der Bund sich stärker engagieren.⁴⁰

Die Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und PDS zu Wissenschaft/Forschung/Kultur formuliert einige wichtige Reformvorschläge und benennt zahlreiche Einzelforderungen, stellt aber kein strategisches Konzept der Wissenschafts- und Kulturentwicklung der Stadt vor. Notwendig seien die Fortführung der Hochschulverträge, die Modernisierung der Hochschulgesetze und die Beibehaltung der Studiengebührenfreiheit, die Umstrukturierung der Hochschulmedizin, der Ausbau der Fachhochschulen, die Stärkung der Kulturmetropole Berlin. Der Kulturretat bleibe in der bisherigen Höhe, abgesenkt um 8 Millionen Euro struktureller Einsparungen, erhalten.⁴¹

Die Ausgangssituation für eine neue politische Gestaltung in den Bereichen Wissenschaft/Forschung/Kultur war widersprüchlich. Wissen und Kultur gehören zu den bedeutenden Potenzialen Berlins. Das Land verfügt über drei Universitäten, sieben Fachhochschulen, drei künstlerische Hochschulen und über 100 außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. In diesen Institutionen arbeiten mehr als 50.000 Menschen. Auf 85.000 ausfinanzierte personalbezogene Studienplätze studieren im Schnitt 130.000 Studierende. In Berlin gibt es drei Opern, zahlreiche Theater, eine Vielzahl von Konzertbühnen, eine breit gefächerte Museenlandschaft und eine historisch gewachsene Off-Kultur. Berlin als Stadt der Kultur und des Wissens prägt nachhaltig die Anziehungskraft dieser Stadt. Ein konsistentes Konzept, wie diese Potenziale in Wissenschaft und Kultur weiter zu erschließen sind, wie sich Berlin als ein Zentrum des Wissens und der Kultur in Deutschland und in Europa etabliert und vor allem wie es auf ein solides und zukunftsfähiges Fundament gestellt wird, war in der Vorgängerkoalition nicht vorhanden. Der Etat wurde gekürzt. Die Kultursenatoren wechselten zuhauf.

Keine Frage – der Umgang mit diesem enormen Entwicklungspotenzial und mit dem hoch sensiblen und zugleich finanziell defizitären Kultur- und Wissenschaftsbereich ist ein schwieriges Unterfangen und stellt hohe Anforderungen an die politische Gestaltungsfähigkeit der betreffenden Akteure.

In der Beratung des Abgeordnetenhauses zum Doppelhaushalt 2004/2005 bemerkte der Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Thomas Flierl, zu seinen Gestaltungsvorstellungen: „Wissenschaft und Kultur sind und bleiben die wichtigsten Zukunftspotenziale Berlins. Ich habe im Juni 2002 an dieser Stelle bei der Vorstellung des Doppelhaushalts 2002/2003 gesagt, dass ich meine Aufgabe als Kultur- und Wissenschaftssenator nicht darin sehe, als Lobbyist des Status quo aufzutreten. Die Substanz zu erhalten, die Institutionen zu modernisieren und dennoch Gestaltungsspielräume für neues zu schaffen, das bleiben die Ziele meiner Politik, selbst oder gerade in Zeiten des Haushaltsnotstandes.“⁴² Die Betonung liegt im konzeptionellen Denken wie in der praktischen Politik auf „Gestaltungsräume für Neues“, die an Bewahrenswertem anknüpfen und es weiterentwickeln.

Auch im Bereich Wissenschaft, Forschung und Kultur musste dies mit Haushaltskonsolidierung verbunden werden.

Die Berliner Universitäten erbringen 2004/2005 einen einmaligen Konsolidierungsbeitrag von 54 Millionen Euro und die vereinbarte Absenkung des Etats 2006 bis 2009 um 75 Millionen Euro (Sarrazins Vorschlag: 200 Millionen). Die Fachhochschulen sind von den Kürzungen nicht betroffen. Und die einzige neu begonnene Investition in diesem Landeshaushalt ist der Ausbau der Fachhochschule Technik und Wirtschaft (FHTW) in Oberschöneweide mit

veranschlagten 5 Millionen im Jahr 2004/2005. Berlin gibt für Wissenschaft und Forschung rd. 1,2 Mrd. Euro aus. Mehr als die meisten anderen Bundesländer. Für eine Stadt in Haushaltsnot nicht wenig. Für eine zukunftsfähige Stadt des Wissens, die darin ihr bedeutendes Zukunftspotenzial sieht, keineswegs zuviel.

Gerade auf den Gebieten Wissenschaft, Forschung und Kultur wurden wichtige *Strukturveränderungen und Reformen* eingeleitet, die Gestaltungswillen und -effekte zeigen:

- Die *Hochschulverträge* mit allen drei Universitäten wurden fortgeschrieben, was nicht von Anfang an gesichert war.

Erstmals wurden die drei Kunsthochschulen im Ostteil der Stadt, die vor der Abwicklung standen, darin integriert. Universitäten und Hochschulen erhielten damit langfristige Planungssicherheit. Die Hochschulverträge führten an allen drei Universitäten Berlins zu schmerzhaften Einschnitten.* Andererseits sahen sich die drei Universitäten erstmals veranlasst, ihre historisch gewachsenen Strukturen in der Jahrzehnte lang geteilten Ost-West-Stadt gemeinsam abzustimmen. Dies war lange überfällig – auch ohne Spardruck. Wichtig, dass die Universitäten diesen Strukturprozess eigenständig leiteten und der Wissenschaftssenator „nur“ moderierte.

Konzentration, Profilierung, Forschung in wichtigen Zukunftsfeldern und stärkere Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses sind der Weg und die Chance für die Berliner Universitäten. Der Reformbedarf ist nach wie vor enorm. Dabei geht es nicht nur um Universitäten als wichtige ökonomische Standortfaktoren, sondern auch um ihre Rolle als Institutionen, in der die Gesellschaft frei von jedem Verwertungszwang „sich selbst denkt“ (Thomas Flierl).

Das Modell von Studienkonten, das der Wissenschaftssenator präferierte und eine knappe Mehrheit der PDS-Fraktion unterstützte, wurde nach heftigen Debatten auf einem PDS-Landesparteitag mehrheitlich abgelehnt. Bis 2006 gilt in Berlin die Festlegung des Koalitionsvertrages, die Studiengebührenfreiheit vorsieht. Die Debatte um Studiengebühren in der Bundesrepublik geht indes unvermindert weiter.

- Die *Reform der Berliner Hochschulmedizin* wurde – von der großen Koalition jahrelang verschleppt – eingeleitet.

Unter dem traditionsreichen Namen Charite wurden die verschiedenen Standorte fusioniert, ohne einen aufzugeben. Im Ergebnis der Reform soll ein leistungsfähiges und modernes Klinikum entstehen.

- Nach langen und schwierigen Debatten um die Zukunft der drei Opern wurde gemeinsam mit der Kulturstaatsministerin die *Stiftung „Oper in Berlin“* ausgehandelt.

Die Opernstiftung ist ein originärer Beitrag der PDS-Kulturpolitik und zielt auf Erhalt und Modernisierung der Berliner Opernlandschaft. Jede Vorgängerregierung ist an diesem Unterfangen gescheitert. Auch hier dominierte beim PDS-Kultursenator die Gesamtberliner Sicht, gepaart mit dem Bemühen um innovative Lösungen.

- Der mit dem Bund ausgehandelte *Hauptstadtkulturvertrag* galt auch für nicht wenige Insider als Erfolg Berliner Kulturpolitik.

Die einzigartige und reichhaltige Berliner Bühnenlandschaft wurde trotz Mittelkürzung gesichert. Der Bund wurde stärker in die finanzielle Verantwortung für die Hauptstadtkultur eingebunden und verhindert, dass Berlin mit der Schließung einer Oper oder eines Theaters

* Das von den Universitäten gemeinsam ausgearbeitete Strukturkonzept sieht u. a. die Streichung von 230 Professorenstellen bis 2009 vor.

ein bundesweit verhängnisvolles kulturpolitisches Zeichen setzt. „Auch die Förderung der Privattheater sowie der freien Szene konnte weitestgehend aufrecht erhalten werden. Berlin als Museums- und Ausstellungsstadt wurde weiter ausgebaut.“⁴³

Wie bei den anderen Politikfeldern wurde in der Öffentlichkeit jedoch zuerst die vom Senat vorgesehenen Einschnitte und Kürzungen diskutiert: Die geplante „Abwicklung“ des Benjamin-Franklin-Klinikums in Steglitz, die Einsparungen an den Universitäten, der Wegfall der Zuschüsse für die Berliner Symphoniker. Gegen all dies regte sich Protest und Widerstand, wie es Berlin seit langem nicht kannte. Er erfasste Betroffene, aber auch breite Teile der Öffentlichkeit. Besonders der Streik der Berliner Studierenden im Herbst 2002 und Fröhsommer 2003, ihre Besetzung öffentlicher Räume, darunter die des Wissenschaftssenators und der PDS-Zentrale, sorgte für beachtliche Aufmerksamkeit und Zustimmung in der Stadt. Fast zwei Jahre hielt in der Öffentlichkeit die Diskussion an, welche Oper oder welches Theater geschlossen werden soll.

Trotz der Zumutungen des Finanzsenators, der Widerstände beim Koalitionspartner, konzeptioneller Versäumnisse in der Startphase hat der Kultursenator dann doch „für die Kultur und Wissenschaft in Berlin mehr geleistet als seine Vorgänger“, schreibt die Kulturredakteurin der Berliner Zeitung in einem Kommentar zur Halbzeitbilanz des Senats.⁴⁴

Das „Versprechen“ im Abgeordnetenhaus, auch in Zeiten des Haushaltnotstandes Gestaltungsziele zu bestimmen und Gestaltungsräume zu suchen, ist im Politikfeld Wissenschaft, Forschung, Kultur deutlich spürbar. Dabei kann auf eine Reihe Ergebnisse verwiesen werden, die auch dort Anerkennung finden, wo Rot-Rot in aller Regel eher kritisch begutachtet wird.⁴⁵

Notwendig sind ferner klar definierte und weiterführende Zukunftsprojekte. Das betreffe z. B. ein integriertes „Wissenschafts-Wirtschafts-Projekt“ oder das Projekt einer langfristig zu entwickelnden innovativen Kulturwirtschaft. Wie die Interviews mit den PDS-Senatoren zeigten, werden sie in der zweiten Halbzeit der Legislaturperiode diesbezüglich neue Initiativen entwickeln. So haben Thomas Flierl (Kultur) und Harald Wolf (Wirtschaft) Vorschläge unterbreitet, um die Kulturwirtschaft in der Stadt weiter voran zu bringen. In einem Kulturwirtschaftsbericht soll die Struktur der Branche analysiert werden. Kultur wird nicht mehr länger nur als Ausgaben- und Kostenproblem betrachtet, sondern als wichtiges Investitionsfeld, als ökonomische Zukunftsgestaltung und als Zukunftschance der Stadt.*

Politikgestaltung und Politikwechsel verlangen die Definition gesellschaftlicher Leitbilder und -linien. Daran mangelt es noch immer. Um so bedeutsamer, dass der Kultursenator am 13. August 2004 als erster ein solches Diskussionspapier zu Leitlinien der Kultur in Berlin der Öffentlichkeit vorstellte.⁴⁶ Kultur müsse so gedacht werden, wie sie bislang in Berlin nicht gedacht wurde, von unten nach oben. Das Bürgergesellschaftliche gelte es in der Berliner Kultur zu stärken, nicht aber Metropoleneuphorie. Entstaatlichung und Vergesellschaftung im Sinne einer „Selbstermächtigung“ der beteiligten Bürger soll ein wichtiges Leitmotiv werden. Auf diesem konzeptionellen Hintergrund formuliert Flierl vor allem Vorschläge für die Entwicklung der „städtischen Seite metropolitaner Kultur“.

Gegenwärtig wird an Leitlinien zur Wissenschaft in Berlin gearbeitet. Damit nehmen PDS-Politiker auf diesen für Berlin wichtigen Zukunftsfeldern Wissenschaft und Kultur die Rolle von Ideengebern wahr. Wenngleich dies im Senat nicht immer gebührende Anerkennung findet, es bleibt für eine Politikgestaltung, die nicht allein auf Durchwursteln zielt, unverzichtbar. Wenn auch nur allmählich, so wird doch deutlich, dass Gestaltung die Alternative zu (Nur)Verwaltung ist. Dann ergeben sich, so der Wissenschaftssenator, auch

* Immerhin erzielen bereits heute die 21.000 Unternehmen der Berliner Kulturwirtschaft einen Umsatz von knapp 10 Mrd. Euro und erreichen damit einen Anteil von 13,6 Prozent an der Wertschöpfung der gesamten Berliner Wirtschaft.

neue Räume und Möglichkeiten für veränderte gesellschaftliche Entwicklungslogiken: Entstaatlichung als Vergesellschaftung im Sinne der Teilhabe und Selbstermächtigung der Bürgerinnen und Bürger.

2.3.5. Toleranz, Demokratie und Bürgerrechte

Ein politischer Neuanfang und ein Richtungswechsel erfordern vor allem ein neues politisches Klima im Land, die Herausbildung einer demokratischen Öffentlichkeit, die Erweiterung der Mitwirkungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten der Bürger – also mehr Demokratie, mehr Bürgerrechte, mehr zivile Gesellschaft. Das galt besonders für Berlin, wo die Innenpolitik des Landes lange Zeit von Scharfmacherei und Repression geprägt war.⁴⁷ Und statt die Bezirke sowie die Selbstverwaltung zu stärken, nahm der Zentralismus zu, wurden neue Hierarchien aufgebaut. Das bürgergesellschaftliche Engagement in der Stadt ließ weiter nach.

Die PDS plädierte deshalb in ihrem Wahlprogramm dafür, die „Demokratie zu demokratisieren“ und die „Verwaltung zu modernisieren“.⁴⁸ Sie forderte mehr direkte Demokratie in Berlin, eine grundlegende Verwaltungsreform, eine zivile und bürgernahe Polizei und eine offensive Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus. Die Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und PDS wurden Ende 2001/Anfang 2002, d. h. nach den Anschlägen vom 11. September in New York, geführt. Konservative Politiker, aber auch SPD-Innenminister Otto Schily, überboten sich in sicherheitspolitischen Vorschlägen. Verweise auf Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte galten wenig.

Trotzdem gelang es beiden Koalitionspartnern in Berlin, eine Koalitionsvereinbarung zu verabschieden, die sich nicht von dieser Hektik anstecken ließ und auf Rechtsstaatlichkeit und bürgerrechtliche Akzente setzte. Die konservative Seite bezeichnete Rot-Rot als ein „Sicherheitsrisiko“. Die Koalitionsvereinbarung benannte das gemeinsame Ziel, „Berlin als weltoffene, liberale und sichere Metropole zu erhalten und auszubauen“.⁴⁹

Inzwischen wurden Schritte eingeleitet und einige *Reformen* auf den Weg gebracht, die einen *Richtungswechsel* andeuten:

Innere Sicherheit

Die Schleierfahndung, gegen deren Einführung die PDS und die Grünen Ende der 90er Jahre auftraten, wurde nun in Berlin abgeschafft. Die Rasterfahndung eingegrenzt.

In Berlin gab es auch nicht, wie in den meisten anderen Bundesländern, eine groß angelegte Erweiterung der Befugnisse des Verfassungsschutzes auf neue Bereiche. Die bundesgesetzlichen Befugnisserweiterungen wurden durch Einführung der Voraussetzung „Gefahr für Leib und Leben“ nur eingeschränkt umgesetzt.

Polizei

Auch im Bereich der polizeilichen Befugnisse wurde die bürgerrechtliche Handschrift der Koalitionsparteien sichtbar.

Eine Videoüberwachung öffentlicher Plätze gibt es in Berlin nicht, jedoch (als Kompromiss) die Möglichkeit der Videoüberwachung besonders gefährdeter Objekte wie Synagogen oder jüdischer Friedhöfe in eng gezogenen Grenzen.

Eine Polizeistrukturreform, die einen deutlichen Abbau der Hierarchieebenen und die Dezentralisierung von Aufgaben im Sinne von Bürgernähe bewirken soll, wurde begonnen. Die jahrelang kritisierte und latent rechtsradikale Freiwillige Polizeireserve wurde aufgelöst, die Reiterstaffel an den Bundesgrenzschutz „abgegeben“ und die Finanzierung des Polizeiorchesters eingestellt. Die Kennzeichnungspflicht von Polizisten wird seit Sommer 2003 umgesetzt. Die von der PDS seit langem geforderte Deeskalationsstrategie gewinnt

Konturen und ist nicht zuletzt bei den Demonstrationen am 1. Mai in Berlin (Kreuzberg) zu spüren.

Demokratie und bürgerschaftliches Engagement

Die seit langem von der PDS erhobene Forderung nach Abschaffung der 5-Prozent-Sperrklausel bei den Abgeordnetenhauswahlen und der 3-Prozent-Hürde bei den Wahlen zu Bezirksverordnetenversammlungen wurde in den Koalitionsverhandlungen von der SPD abgelehnt und somit nicht in die gemeinsame Koalitionsvereinbarung aufgenommen. Die Verbesserung der demokratischen Mitwirkungsrechte der BürgerInnen auf Landesebene nimmt im Koalitionsvertrag dennoch einen gewichtigen Platz ein: Vereinfachung der formalen Voraussetzungen für Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheide; Prüfung der Absenkung der Quoren und der Erweiterung der Möglichkeiten für Volksbegehren. Hier ist der Umsetzungsgrad allerdings noch unbefriedigend. Hingegen sind die Gesetzesentwürfe zur Einführung von bezirklichen Bürgerentscheiden (Beteiligungsquorum von 10 Prozent der Wahlberechtigten) fertig gestellt und der Opposition zur Mitarbeit übergeben (weil hier eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit erforderlich ist). Berlin war bislang das einzige Bundesland, das Bürgerentscheide auf der unteren lokalen Ebene nicht kannte. Inzwischen sind 60 Bürgerämter eingeführt, die bereits im Wahlprogramm der PDS gefordert wurden. Durch das „Mobile Bürgeramt“ kann künftig auch „das Amt zum Bürger“ kommen. Ein neuer Ansatz für Berlin ist das auf Drängen der PDS entwickelte Konzept „Bürgerhaushalt“. In zwei Bezirken – Lichtenberg und Marzahn/Hellersdorf – wird ab 2006 der Bezirkshaushalt unter enger Beteiligung der Bevölkerung aufgestellt, durchgeführt und kontrolliert.

Würde das Konzept „Der Bezirk als Bürgerkommune“ in der zweiten Halbzeit der Legislaturperiode konkretisiert und zielgerichtet umgesetzt, könnte sich hier ein Referenzprojekt herausbilden, das auf Berlin und andere Bundesländer ausstrahlt. An den Universitäten wurde das politische Mandat qualifiziert. Die Möglichkeiten der Verfassten Studierendenschaften, sich zu allgemeinpolitischen Themen zu artikulieren, konnten damit verbessert werden.

Der Senat ergriff eine Reihe von Maßnahmen im Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus und zur Mobilisierung ziviler Gegenkräfte. In den Bezirken wurden Analysen zu rechtsextremistischen und rassistischen Potenzialen gefördert. Eine Reihe von antifaschistischen und antirassistischen Initiativen sowie Vereinen werden finanziell unterstützt. Erstmals werden mobile Beratungsteams aus Landesmitteln gefördert.

Im April 2003 hat der Senat einen unabhängigen Landesbeirat für Integration und Migration eingerichtet. Er wird auf Seiten der PDS verstanden als Schritt gegen eine repressiv ausgerichtete Migrationspolitik hin zu einem Konzept der Integration, an der alle gesellschaftlichen Kräfte sich beteiligen können. Wie sich jedoch auch am Beispiel Berliner Landespolitik zeigt, sind die Möglichkeiten in der Migrations- und Flüchtlingspolitik aufgrund der restriktiven bundesgesetzlichen Regelungen begrenzt. Die Erfolge sind bescheiden, obgleich einige neue Maßnahmen ergriffen wurden (s. o.).

In der Landespolitik wird seit Bildung der Rot-roten Koalition das politische Ziel der Geschlechtergerechtigkeit in zeitgemäßer Form verfolgt.

Verwaltungsreform

Demokratisierung und Modernisierung der Verwaltung bilden ein wichtiges Ziel der SPD-PDS-Koalitionsvereinbarung. Im Mai 2002 hat sich der Senat als Gremium zur Verwaltungsreform als übergreifender und gemeinsamer Querschnittsaufgabe bekannt und einen Staatssekretärsausschuss gebildet, der die Entscheidungen des Senats vorbereitet. Ein Lenkungsgremium, dem außer dem Senat auch Gewerkschaften und Personalvertretungen

angehören, berät in Grundsatzfragen und begleitet diesen Prozess. Im Mai 2003 wurde eine entsprechende Reformagenda „Verwaltungsreform“ mit konkretisierenden und untersetzenden Maßnahmen und Aufgaben verabschiedet.

Die Weichen wurden damit in die richtige Richtung gestellt, die Umsetzung jedoch ist noch unzureichend, die erzielten Effekte schwach.

In den Feldern „Inneres“, „Demokratie und Bürgerrechte“ wurde mithin eine andere Richtung in der Politik eingeleitet. Vor allem wenn man es in Vergleich setzt zur Begrenzung und Einschränkung von Bürgerrechten in der Bundesrepublik infolge der von Otto Schily vorgelegten Gesetze nach dem 11. September 2001. Trotz Sicherheitspanik und Terrorangst vollzieht sich in diesem Bereich in der Berliner Politik ein gewisser Mentalitätswandel. Diese Ansätze eines Richtungswechsels kamen nicht zuletzt auf Drängen und Initiative der PDS zu Stande. Akzeptanzgewinn zieht sie daraus jedoch kaum, da ihr die Markenzeichen „Innere Sicherheit“, „Liberalität“, „Bürgerrechte“ in der Öffentlichkeit noch weitgehend fehlen. Hohen Anteil an diesem Richtungswechsel hat Innensenator Körting von der SPD, mit dem seit langem wieder ein liberaler Innensenator in Berlin fungiert. Die Zusammenarbeit zwischen ihm und der PDS-Fraktion bzw. den PDS-Senatoren funktioniert offensichtlich gut. Auch hat sich der Wechsel des Polizeipräsidenten zu Beginn der Legislaturperiode positiv auf die politische Atmosphäre ausgewirkt.

Unter Rot-Rot hat sich das politische Klima in Berlin und das Bild des Auslands von Berlin spürbar gewandelt.

Doch die grundlegend neuen Herausforderungen auf dem Weg zu einem „kooperativen Staat“, einer starken „zivilen Gesellschaft“ und einer „demokratischen Bürgerkommune“ sind bislang nur ansatzweise in Angriff genommen. Auch hier stehen dem Senat entscheidende Aufgaben erst noch bevor.

2.4. Die Bilanz: Gestaltungseffekte und strategische Schlussfolgerungen für die zweite Halbzeit

Die Annahme, dass die Gestaltungsräume heute auf Landesebene weiter eingeschränkt, aber noch immer vorhanden sind, wurde durch unsere Analyse bestätigt.

Das Bemühen der PDS, Gestaltung auch unter den komplizierten Bedingungen einer Haushaltsnotlage zu betreiben, ist inzwischen unverkennbar:

Erstens ist es gelungen, die *soziale Frage* im Senat wieder zu thematisieren und auf die Agenda zu bringen (u. a. Sozialstrukturatlas, Armutsbericht, Bildung des Ausschusses „Soziale Stadt“). Und trotz der Einschnitte in die soziale Infrastruktur ist das Bemühen, eine „*Soziale Balance*“ zu wahren, zu konstatieren. Wo Zustimmung nicht mehr materiell „erkauft“ werden kann, ist eine Politik sozialer Balance, sozialer Gerechtigkeit um so bedeutsamer. Entgegen den radikalen Sparvorschlägen der Finanzverwaltung ist es gelungen:

- 95 Prozent der sozialen Zuwendungen für Bedürftige zu sichern,
- die vorgesehene Regelsatzabsenkung für Sozialhilfeempfänger auf das viel niedrigere Brandenburger Niveau zu verhindern,
- das Landespflegegeldgesetz für Behinderte mit einem Niveau über den Bundesdurchschnitt zu erhalten,
- die Kita-Beiträge, die rund 11,7 Prozent der Kosten decken, nicht wie gefordert pauschal, sondern nach sozialen Kriterien zu erhöhen (für 50 Prozent der Familien mit Jahreseinkommen bis 26.339 Euro Brutto bis Ende 2006 keine Erhöhung, für Gut- und Besserverdienende zum Teil recht beträchtliche) und das qualitativ gute Versorgungsangebot zu bewahren,

- Asylbewerbern Bargeld statt Chipkarte, die Unterbringung in Wohnungen statt in Heimen anzubieten.

Die soziale, kulturelle, wissenschaftliche Infrastruktur konnte alles in allem erhalten und langfristig gesichert werden.

Auch der nicht unproblematische Tarifvertrag im öffentlichen Dienst erscheint im Rückblick, auch bei Gewerkschaftern, in manch anderem Licht: Arbeitszeitverkürzung, Beschäftigungsgarantie, Einstellungskorridor bei sozial gestaffeltem Gehaltsverzicht. Gearbeitet wird ferner an Eckpunkten kommunaler Beschäftigungspolitik.

Zweitens steht die Politik der Regierungsverantwortung der PDS in Berlin *gegen die neo-liberale Privatisierungseuphorie und -strategie*. Sie spricht sich für den Erhalt *der* öffentlichen Unternehmen aus, die für die öffentliche Daseinsvorsorge von besonderer Bedeutung sind. U. a. betrifft das Vivantes, den größten Krankenhauskonzern Europas, die BSR, die BVG, die Messe. Da es zumeist defizitär arbeitende Unternehmen sind, ist ihre Sanierung Voraussetzung. Sie entgegen dem Anliegen der Opposition zu erhalten, ihre Transparenz zu erhöhen und die Einflussnahme der öffentlichen Hand zu verstärken, ist wichtig für eine soziale Regulierungsfunktion der öffentlichen Hand. Noch freilich ist hier eine kohärente Strategie schwer erkennbar (z. B. Verkauf WSG, Sicherung der hohen Rendite der Aktionäre der Berliner Wasserbetriebe).

Hervorzuheben ist auch die PDS-Initiative für „Stadtteil- und Produktivgenossenschaften“.

Drittens wurden gerade in den PDS-geleiteten Ressorts erste *Strukturreformen* eingeleitet, um die *Zukunftspotenziale* der Stadt zu stärken:

- Reform des institutionellen Gefüges der Wirtschaftsförderung;
- Strukturveränderungen und Reformen im Bereich Kultur, Wissenschaft und Forschung: Hochschulverträge, incl. Erhalt der drei vor der Abwicklung stehenden Ostberliner Kunsthochschulen; Reform der Universitätsmedizin, ohne einen Standort aufzugeben; Stiftung „Oper in Berlin“; Hauptstadtkulturvertrag.

Viertens ist es in Berlin gelungen, dem für den Bund typischen Trend des Abbaus von *Demokratie und Bürgerrechten* zu begegnen, ihn einzuschränken und verschiedene Bürgerrechte auszubauen: die Schleierfahndung wurde in Berlin abgeschafft, die Rasterfahndung eingegrenzt; eine Polizei-Strukturreform und die De-Eskalationstrategie in Angriff genommen. Wichtiger scheint, dass im Koalitionsvertrag die Voraussetzungen für Volksbegehren und Volksentscheide verbessert wurden und mit dem Modell „Bürgerhaushalt“ in zwei Berliner Bezirken gearbeitet wird.

Berlin ist mit der PDS-Regierungsbeteiligung natürlich keine „sozialistische Insel“, noch nicht einmal ein sozialer Leuchtturm innerhalb einer ansonsten dominierenden neo-liberalen Offensive. Aber die PDS stellt sich hier gegen ein Durchschlagen des neo-liberalen Trends auf die Landespolitik. Sie hat dabei Fehler gemacht, Niederlagen hinnehmen müssen, oft nur Verschlechterungen abgemildert und auf wichtigen Feldern der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik den Bundestrend in Berlin nicht kippen können. Aber sie hat doch andere Ansätze in der Gestaltungspolitik und dabei auch einige alternative Akzente gesetzt. Die erste Halbzeit war trotzdem eher durch „Aufräumarbeit“ und Verteidigungen gegenüber den Zumutungen der Finanzverwaltung gekennzeichnet. Sie war noch nicht getragen durch ein konditioniertes Gesamtkonzept, durch Ressort übergreifende Strategien und Vorhaben. So erschien die Koalition in der Öffentlichkeit kaum als neue Gestaltungscoalition. Sie verlor, wie auch die PDS, gerade in der Anfangsphase die Deutungshoheit über die eigene Politik. Die Öffentlichkeit konnte zu wenig überzeugt werden, warum sich die PDS-Regierungsbeteiligung für die Stadt und die Bürger „auszahlt“ und worin der Nutzen für die Wähler der PDS, für ihre alten und neuen Milieus besteht.

Da aber trotz allem in dieser besonders schwierigen ersten Halbzeit der Boden für eine weiterführende Reformpolitik gelegt wurde, könnte nun der Übergang zu einer weiterentwickelten Strategie für die zweite Halbzeit vollzogen werden.

1. Erforderlich wäre eine *leitende Idee*, die der Politik der Koalition und der PDS zugrunde liegt und die eine *tragfähige Perspektive* bietet für die Stadt und ihre BürgerInnen.
Dabei bräuchte die PDS eigene sinn- und identitätsstiftende Symbole/Paradigmen, die in die Zukunft weisen und die sie öffentlich kommuniziert, wie z. B.: „Soziale Gestaltung“, „Sozialer Zusammenhalt der Stadt“, „Zukunftsfähiges Berlin“, „Tolerante Stadtgesellschaft“, „Partizipation und Bürgerbeteiligung“.
2. Erforderlich wäre insbesondere für den kleinen Koalitionspartner PDS die *Definition eigener, zentraler politischer Projekte*.
Wer nur „Schlimmeres verhindern“ oder mit mehr oder weniger Erfolg um soziale Korrekturen auf den verschiedenen Feldern der Senatspolitik ringt (was ganz wichtig ist), wird die Menschen, vor allem die Wähler und die eigene Klientel von der Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit des Mitregierens nur eingeschränkt überzeugen. Gerade für die zweite Legislaturperiode ginge es v. a. um die Inangriffnahme einiger vorzeigbarer, kommunizierbarer und abrechenbarer Projekte. Projekte, die man dann so präsentieren könnte, dass es sie ohne PDS in der Regierung nicht gegeben hätte oder die auch dem allgemeinen Sparzwang zum Opfer gefallen wären. Projekte, mit denen die PDS in der Öffentlichkeit und bei den Wählern identifiziert wird. Projekte, die sich um Berlin als „Soziale Stadt“, um die gezielte Förderung der „Kulturstadt Berlin“ und um eine engere Verzahnung von „Wissenschaft und Wirtschaft“ zur Erschließung neuer Wertschöpfungsketten gruppieren könnten. Eine bessere Kooperation der in PDS-Hand liegenden Ressorts wäre dafür unerlässlich. Gerade die PDS hätte mit ihren drei Schlüsselressorts nun die Chance, basierend auf den vorhandenen Potenzialen, sichtbare „Aufbauarbeit“ zu leisten und öffentlich wirksam dar- und herauszustellen. Hierbei könnte eine weitere Stärkung der in jüngster Zeit deutlicher sichtbar werdenden individuellen Emanzipation der PDS-SenatorInnen in der Koalition beitragen.
3. Erforderlich wäre ein *neuer Politikstil*, letztlich ein *neues Politikmodell*.
Als Reaktion auf Verunsicherung, Kritik und Protest in der Bevölkerung hilft nicht zuerst ein Nachdenken über eine bessere Vermittlung der „Oben“ beschlossenen Politik nach „Unten“. Erforderlich ist vielmehr ein demokratisches, transparentes, bürgernahes Politikmodell, das Politik von der Ideenfindung, über die Diskussion von Alternativen, die Beschlussfassung bis zur Implementation als dialogisches und selbstreflexives Projekt versteht und handhabt. Hier könnte die PDS in Regierungsverantwortung neue Akzente setzen, anknüpfend an ihre ersten Erfahrungen mit dem Leitsatz „Betroffene beteiligen“. Doch es geht noch um mehr, es geht um die Mobilisierung des gesellschaftlichen und intellektuellen Potenzials zur Kompetenzsteigerung. Bedenkenswert scheint ferner:
Die positiven Seiten der Regierungsbeteiligung sichtbar zu machen – wie beabsichtigt – ist aus PDS-Sicht ohne Zweifel notwendig. Jedoch sollte es nicht so sehr als Rechtfertigung des eigenen Handelns gegenüber öffentlicher und parteiinterner Kritik erscheinen, sondern als Nachweis, wie die PDS als sozial gestaltende Kraft agiert und was durch ihr Handeln (Projekte, Prioritäten) erreicht und was warum (noch) nicht erreicht wurde. Wichtig ist dabei zugleich, das Spannungsverhältnis zwischen den eigenen Zielen und Absichten sowie den

Rahmenbedingungen, den Grenzen und eigenen Defiziten sowie den widerspruchsvollen Ergebnissen der Politik in Regierungsverantwortung aufzuzeigen. Ein Spagat zwar, den zu vollziehen aber unerlässlich ist und der dem neuen, offensiven Kommunikationskonzept kaum widersprechen dürfte.

3. Die Folgen der Regierungsbeteiligung

Eine Analyse, zumal eine sozialwissenschaftliche, kann nicht bei der Betrachtung des Handelns der Akteure und ihrer unmittelbaren Ergebnisse stehen bleiben. Sie muss vor allem die **Folgewirkungen** der Regierungsbeteiligung in den Blick nehmen.

3.1. Die Frage der „Messbarkeit“

Die intendierten und nichtintendierten Folgen der Regierungsbeteiligung der PDS in Berlin sind umstritten, vor allem in der PDS und ihrem Umfeld. Die jeweiligen Wahrnehmungen folgen unterschiedlichen Maßstäben und Mustern. Gefragt wird: Wie trägt das Mitregieren der PDS dazu bei, die Dominanz des neoliberalen Projekts in der Bundesrepublik zu überwinden? Hilft es, einen Richtungswechsel in der Bundespolitik herbeizuführen? Kommt man dadurch dem demokratischen Sozialismus ein Stück näher? Welchen Nutzen zieht die PDS aus der Regierungsbeteiligung? Und wie entwickelt sich ihre Akzeptanz bei Mitgliedern und Wählern?

Die Frage ist, lassen sich die Folgen der Regierungsbeteiligung „objektivieren“? Gibt es Indikatoren, an denen man diese „messen“ kann. Die Formulierung von „Erfolgskriterien“ ist keineswegs einfach, denn Parteien wirken in einer komplexen Umwelt, die ständigen Veränderungen ausgesetzt ist. Parteienforscher Wiesendahl meint: Parteien sind dann erfolgreich, wenn sie ein Maximum an „Wählerstimmen“ („Votes“), an „Ämtern“ („Offices“) und an „politischen Einfluss“ („Policies“) erzielen.⁵⁰ Bezogen auf unsere Thematik reichen diese Kriterien nicht aus. Um Erfolg oder Nichterfolg der Regierungsbeteiligung einer linkssozialistischen Partei zu „messen“, schlage ich vorerst vier Ebenen und Kriterien vor, die dann durch spezifische Indikatoren zu untersetzen sind.

Erste Ebene: Folgen für das *Land* und seine BürgerInnen mit dem Kriterium:

Inwiefern gelingt ein *Kurs- und Richtungswechsel* in der Politik des jeweiligen Bundeslandes (Politikwechsel)?

Zweite Ebene: Folgen für die *Gesellschaft* mit dem Kriterium:

Kommt es zur Herausbildung einer neuen politischen *Öffentlichkeit*, zur Stärkung von *Bürgerpartizipation* und *Zivilgesellschaft*?

Dritte Ebene: Folgen für die *rot-rote Koalition* mit dem Kriterium:

Wie entwickelt sich die *Akzeptanz* der Koalition im Land und im Bund und bewirkt Rot-Rot neue politische und gesellschaftliche Akteurskonstellationen?

Vierte Ebene: Folgen für die *PDS* mit dem Kriterium:

Wie verändert die Regierungsbeteiligung die PDS – ihre *Handlungsfähigkeit*, ihr *Profil*, ihren politischen *Einfluss*, ihre *gesellschaftliche Verankerung* und nicht zuletzt ihre Mitglied- und Wählerschaft?

Die längerfristigen Folgen und Wirkungen einer solch neuen Akteurskoalition sind natürlich erst über größere Zeiträume hin genauer zu verifizieren. Dennoch – eine entsprechende Tendenz sollte am Beispiel der vier Indikatoren schon erhellt werden können.

3.2. Die Folgen für das Land und seine BürgerInnen

Gemessen und bewertet werden diese Folgen anhand des *Indikators „Kurs- und Richtungswechsel“* in der Politik.

Mit der Bildung einer SPD-PDS-Koalitionsregierung im Land Berlin im Jahre 2001 wurde ein *Paradigmenwechsel* in den Koalitionsvarianten der Hauptstadt eingeleitet. Zwar gab es von 1994-2002 bereits das Tolerierungsmodell in Sachsen-Anhalt und gibt es seit 1998 die rot-rote Koalition in Mecklenburg-Vorpommern, doch mit Rot-Rot im jahrzehntelang geteilten (Ost-West-)Berlin veränderte sich die politische Arena in der Hauptstadt gravierend. Bis dahin schien es im vorherrschenden politischen Denken Berlins, namentlich West-Berlins, undenkbar, dass die PDS an der Regierung in der deutschen Hauptstadt beteiligt werden könnte. Angesichts der „Vorgeschichte“ von Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern war dies offensichtlich kein „Wert an sich“ mehr, aber aus PDS-Sicht die Chance, damit der Partei zum Durchbruch in der Bundesrepublik zu verhelfen. Insofern ist Rot-Rot in Berlin mehr als eine neue Koalitionsvariante im parlamentarischen Spiel. Ob ein solcher Durchbruch tatsächlich gelingt, hing und hängt von vielen Faktoren ab.

Entscheidend für diesen Praxistest ist, ob mit der neuen Koalition tatsächlich ein Kurs- und Richtungswechsel in der Politik des Landes Berlin gelingt oder zumindest eingeleitet werden kann. Und: erweist sich die PDS in der Koalition dabei als innovative, kompetente und zuverlässige Kraft.

Auf der Grundlage unserer Handlungsanalysen (s. Kapitel 2.) lässt sich hierzu resümieren:

Mit Rot-Rot entstand in Berlin eine handlungsfähige, stabile Regierung. Sie fand zu einer sachorientierten, kooperativen, beiderseits kompromissbereiten Zusammenarbeit, die jedoch Konflikte zwischen den Koalitionspartnern einschließt. Dadurch sind neue Grundlagen für die landespolitische Gestaltungskraft von Regierungspolitik geschaffen worden. Das macht noch keinen Politikwechsel, keine Reformpolitik aus, ermöglicht aber politische Handlungsfähigkeit. Dies ist gerade in einer „Mediengesellschaft“, in der vor allem Fehler, Versäumnisse, Konflikte thematisiert und inszeniert werden, hoch zu bewerten. Daran hat – auch nach Sicht unterschiedlicher Interviewpartner – der Regierungs-Newcomer PDS in Berlin maßgeblichen Anteil. In diesem Sinne stellt die PDS in Berlin prinzipiell ihre Koalitions-, Regierungs- und Demokratiefähigkeit unter Beweis. Dies ist für die PDS eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung für einen erfolgreichen Praxistest. Denn den „Beweis“ von Koalitions- und Regierungsfähigkeit haben vordem bereits die PDS Sachsen-Anhalts und Mecklenburg-Vorpommerns erbracht, wie selbst Autoren der Konrad-Adenauer-Stiftung bestätigen.⁵¹

Es geht bei diesem Test von Regierungsbeteiligung in Berlin um den Nachweis, ob Rot-Rot zu einer anderen, sozialeren und partizipativeren Politik und zu einem anderen, transparenten und dialogischen Politikstil führt.

Daran gemessen hat Rot-Rot in Berlin einen ersten Kurswechsel eingeleitet. Die für Berlin des letzten Jahrzehnts typische Politik von Metropoleuphorie und rasanter Verschuldung, von Filz und Korruption wurde in Frage gestellt und begonnen, zu überwinden. Sie hat damit wieder einen realistischen Blick in die Zukunft ermöglicht. Es wurde ein langfristiger Haushaltssanierungskurs eingeleitet, der die Voraussetzung schaffen soll, dass das Land auch in Zukunft Handlungsfähigkeit bewahren kann. Auf wichtigen Politikfeldern sind eine Reihe neuer Ansätze und Schwerpunktbildungen feststellbar.

Das Bemühen um einen transparenteren und kommunikativeren Politikstil der Regierung und der sie tragenden Koalitionspartei ist spürbar.

Das von bestimmter Seite prognostizierte politische und wirtschaftliche Schreckensszenario infolge einer PDS-Regierungsbeteiligung ist nicht eingetreten. Berlin ist vielmehr auf dem

Weg zu einer weltoffenen, toleranten und liberalen Stadt. Gerade im Ausland gewinnt dieses Bild von Berlin zusehends an Einfluss.

Der „große“ Politikwechsel, den vor allem, aber nicht nur die Anhänger der PDS mit wirtschaftlichem Aufschwung, Rückgang der Arbeitslosigkeit und mehr sozialer Gerechtigkeit verbanden, ist bislang nicht eingetreten. Enttäuschung gerade in der PDS und ihren Umfeld machte und macht sich breit.

Noch kritischer würde das Urteil ausfallen, wenn man nicht nur die Frage nach einem Kurs- und Politikwechsel gegenüber der Vorgängerregierung, sondern nach einem Politikwechsel stellt, der auf die neuen Herausforderungen reagiert, Modernisierungs- und Reformprozesse für eine nachhaltige, zukunftsfähige wirtschaftliche, soziale, ökologische und demokratische Entwicklung auf den Weg zu bringen. Vor letzterer Aufgabe steht das Land Berlin ebenso wie die anderen Bundesländer. Ein gesellschaftliches Umsteuern, die Suche nach einem neuen, zukunftsfähigen und sozial gestalteten Entwicklungspfad ist (noch) nicht in Sicht. Angesichts der Dominanz des neo-liberalen Gesellschaftsmodells, der eingeengten Gestaltungsräume von Landespolitik und der strategisch-konzeptionellen Schwächen der PDS in Bund und Land hinsichtlich einer modernen linkssozialistischen Politik konnte dies nicht ernsthaft erwartet werden.

Dennoch – die Verteidigung von bestimmten sozialen Standards, kleine Verbesserungen für Benachteiligte, Schritte zu mehr Demokratie und Liberalität sind nicht gering zu schätzen. Die Bürger im Land Berlin interessiert zuerst, ob pragmatisch und nachvollziehbar Schritte bei der Bewältigung ihrer materiellen und sozialen Probleme eingeleitet wurden. Daran messen sie vor allem Erfolg oder Misserfolg der Koalition.

Dabei gibt es in der gesellschaftlichen Wirklichkeit keine chinesische Mauer zwischen „Verteidigung“ sozialer Interessen der Bürger, „kleinen Verbesserungen“ und „Öffnungen“ für partiell neue gesellschaftliche Entwicklungslogiken. Eine transformatorische Politik der Übergänge, die den neuen Gegebenheiten und Herausforderungen entspricht, ist erst noch zu konzipieren.

Beginnender Kurswechsel, aber noch keine neue Gesamtqualität der Politik auf Landesebene – so ließe sich die Antwort auf die Frage nach dem Politik- und Richtungswechsel in Berlin heute charakterisieren.

3.3. Die Folgen für die Gesellschaft und die zivilen Akteure

Gemessen und bewertet werden sollen diese Folgen anhand der *Indikatoren*

- *politische Öffentlichkeit,*
- *Bürgerbeteiligung.*

Politische Öffentlichkeit

Moderne, reformorientierte Politik hat – anders als strukturkonservative Politik – nur eine Chance, wenn sie auf öffentliche demokratische Debatten und öffentliche demokratische Lernprozesse setzt.

Die Herausbildung einer selbständigen, unabhängigen *politischen Öffentlichkeit* wird zur wichtigsten Herausforderung und Voraussetzung für progressive Reformprozesse. Eine solche Öffentlichkeit zu erzeugen ist keine leichte Aufgabe. Zum einen zerfällt Öffentlichkeit in verschiedene organisationsinterne Öffentlichkeiten von Parteien, Verbänden, Interessengruppen, ferner von Milieus und Szenen. Gleichzeitig ist sie eine durch die elektronischen und Printmedien vermittelte Öffentlichkeit. Insofern gibt es fragmentierte, zerstreute, von einander abgeschottete Öffentlichkeiten. Öffentlichkeit zu entwickeln heißt deshalb, zerstreute Öffentlichkeiten zu bündeln und Deutungshoheit über die eigene Politik zu erlangen. Zum anderen ist politische Öffentlichkeit Teil der politischen Kultur, d. h. der

Gesamtheit der vorherrschenden und verfestigten Meinungen, Einstellungen, Werten, Verhaltensmuster der Bevölkerung eines Raumes.⁵² Sie hat sich historisch heraus gebildet und sie verändert sich nicht automatisch mit einem Regierungswechsel. Die Forderung der neuen Koalitionäre in Berlin nach einem „Mentalitätswechsel“ in der Stadt reflektierte offensichtlich diesen Zusammenhang.

Der Wechsel von der Großen Koalition zur SPD-PDS-Regierung vollzog sich auf dem Hintergrund eines Wandels in den gesellschaftlichen Stimmungslagen der Stadt. Seit langem war erstmals wieder in Berlin eine Wechselstimmung feststellbar. Und mit der neuen Koalition verband sich in der Bevölkerung die Erwartung, dass sie Schluss macht mit dem allgegenwärtigen Filz in der Stadt, mit dem System der Korruption, dem Verdrängen und Verschweigen der Probleme des Landes und dass sie übergeht zu einer transparenten und glaubwürdigen Politik. Damit waren günstige Voraussetzungen entstanden, in der Stadt eine neue politische Öffentlichkeit zu entwickeln und das gesellschaftliche Bürgerengagement zu erhöhen.

Schritte in Richtung einer neuen politischen Öffentlichkeit bedeuten, bei den Bürgern des Landes überhaupt erst einmal öffentliche Aufmerksamkeit für die Landespolitik zu erlangen, landespolitische Vorstellungen an die Bürger zu vermitteln und diese für die politischen Ziele der Koalition zu gewinnen.

Die Regierungsarbeit der neuen Koalition steht heute stärker als in der Zeit der Vorgängerkoalition in einem diskursiven Umfeld. Wesentliche Regierungsvorhaben wurden bzw. werden in diskursive Politikprozesse mit Verbänden und anderen Organisationen behandelt und zu Entscheidungen geführt. Zweifelsohne lässt sich das vor allem auch für die Senatoren, die Fraktion und den Landesverband der PDS feststellen. „Betroffene zu Beteiligten machen!“ sollte ein Markenzeichen der PDS in der Regierung werden.

Bei allen Schwierigkeiten, einen neuen Politikprozess zu entwickeln, das Bemühen um einen Politikstil des Dialogs, der Moderation und der gemeinsamen Suche nach Lösungen ist unverkennbar. Das gilt für den Wirtschaftssenator in seinem Verhältnis zu den Industrie-, Handels-, Tourismus- und Unternehmerverbänden; für die Sozialsenatorin in ihrem Zusammenwirken mit den vielfältigen Interessenverbänden des Sozial- und Gesundheitswesens, aber auch mit den zahlreichen sozialen Organisationen und Vereinen der Stadt; und dies ist ein Kennzeichen der Politik des Kultur- und Wissenschaftssenators gegenüber den heterogenen und komplizierten Institutionen, Organisationen und Personen der Berliner Kultur- und Wissenschaftslandschaft. Hier könnte, wenn es denn zielgerichtet weiterentwickelt würde, im traditionellen „Politikgeschäft“ etwas Neues entstehen. Doch es beschränkt sich noch weitgehend auf den Diskurs mit den Interessenorganisationen.

Es gibt noch kaum einen öffentlichen Diskurs zu den Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung der Hauptstadt und des Landes Berlin. Die PDS hatte mit der Rede von Gregor Gysi als erste Partei eine Debatte über Sinn und Zukunft der Hauptstadt angeregt.⁵³ Der Landes- und Fraktionsvorsitzende Stefan Liebich griff diesen Impuls mit seinem Statement „Berlin beginnt“ auf.⁵⁴ Diese Diskussion konnte nicht zielgerichtet weitergeführt werden und die PDS hat ihre anfängliche Rolle als Ideengeber in einem Hauptstadtdiskurs vorerst verloren. Inzwischen gibt es neue Versuche, „zumindest“ auf den „eigenen“ Politikfeldern mit langfristigen Entwicklungskonzepten und Visionen die öffentliche Debatte in der Hauptstadt zu beleben. Dafür stehen das von Kultursenator Thomas Flierl am 13. August 2004 vorgestellte Papier „Berlin: Perspektiven durch Kultur“ (s. Kapitel 2.) und das vom Wirtschaftssenator Harald Wolf präsentierte Papier „Berlin 2004-2014. Eine Wachstumsinitiative.“ (s. Kapitel 2.).

Die Wechselstimmung vom Herbst 2001 konnte bislang nicht in eine neue politische Öffentlichkeit und gesellschaftliche Initiative zur Entwicklung der Hauptstadt umgewandelt werden. Die günstigeren Voraussetzungen in der Stadt – progressive sozio-kulturelle Milieus,

eine relativ starke politische Linke und links-liberale Mitte, keine konservative politische Hegemonie – konnten dafür nur unzureichend genutzt werden. Die Aufmerksamkeit für die Landespolitik ließ nach, der Dialog zwischen Senat und Bürgerschaft wurde brüchiger. Rückzugsmentalität und Lethargie haben in breiten Teilen der Bevölkerung wieder zugenommen. Der angekündigte Mentalitätswandel lässt auf sich warten. Von einer neuen geistigen und politischen Deutungshoheit durch die Koalition über die eigene Politik und die eigenen Vorhaben kann gegenwärtig noch nicht gesprochen werden. In den Medien werden die Themen der Koalition nur begrenzt reflektiert. Der PDS ist es nur vereinzelt gelungen, ihre spezifischen Themen medial wirkungsvoll zu besetzen.

Ohne klares strategisches Leitbild musste die Koalition permanent begründen, warum die Haushaltsnotlage heute diese und morgen jene Einschnitte erforderlich mache.

Unterschiedliche gesellschaftliche Akteure wandten sich ab und entwickelten eine „Gegenöffentlichkeit“ zum rot-roten Senat (u. a. Banken-Initiative, Gewerkschaftsproteste, Studentenstreiks, Abwahlverfahren gegen den Senat). Senat und PDS fällt es schwer, damit umzugehen. Vor allem für die PDS sind diese Formen gesellschaftlichen Protestes gegen eine von ihr mitgetragene Politik eine ungewohnte Situation, die neue Lernprozesse erfordert. Ihre Kommunikations- und Dialogfähigkeit wird einem neuen Test unterzogen. Sie ist gefordert, diese aus der Gesellschaft kommende Kritik und Gegenöffentlichkeit offen zu thematisieren und auch als Anregung zu nutzen. Generell ist feststellbar, dass ihr Politikstil in der Regierungskoalition und in der Öffentlichkeit zu wenig aufklärerischen Charakter trägt. Es kann für eine Regierungspartei weder darum gehen, sich im Gestus derjenigen zu präsentieren, die im Prinzip alles richtig machen, noch sich permanent dafür zu entschuldigen, dass man sich an der Regierung beteiligt und damit auch den Zwängen der Haushaltsnotlage ausgesetzt ist. Notwendig ist der richtige öffentliche Umgang mit dem Spannungsverhältnis zwischen den anvisierten Zielen, den Erwartungen der eigenen Wähler und den aufgrund der Kräfteverhältnisse sowie Handlungsbedingungen gegebenen Möglichkeiten ihrer Umsetzung.

Bürgerbeteiligung und -kommune

Die Folgen der neuen Koalition und ihrer Politik für die *demokratischen Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten* der Bürger und ihrer Zusammenschlüsse sind ambivalent.

Die Koalition hat, nicht zuletzt durch Initiativen der PDS, eine ganze Reihe Maßnahmen eingeleitet und Vorhaben ergriffen, um diese Partizipationsmöglichkeiten zu verbessern (s. Kapitel 2, bes. auch 2.3.5.). Diese würden in ihren Wirkungen durchaus Neuerungen der politischen Kultur in Berlin bedeuten. Ihre Nutzung durch die jeweiligen Adressaten ist so unterschiedlich wie ihre Wertschätzung. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im gesamten Bundesgebiet „Bürgerbeteiligung“ bei Umfragen einen hohen Zuspruch erfährt, in der Praxis aber vorhandene Möglichkeiten oft zu wenig genutzt werden. Dies erklärt sich aus einem generell schwindenden politischen Interesse und einem enormen Vertrauensverlust der politischen Institutionen und Parteien.

Die *demokratische Bürgergesellschaft*, die sich von unten her in die politischen Prozesse ein- und zugleich eigene Gestaltungspotenziale hervorbringt, ist auch in Berlin schwach entwickelt. Gerade deshalb könnte dies ein zentrales Projekt für Berlin sein, an dem sich die PDS als Ideengeber und praktisch-politisch beteiligt.

Eine Voraussetzung und Bedingung dafür ist die *demokratische Bürgerkommune*. Für Berlin heißt das vor allem auch neue Rechte und Gestaltungsräume für die Bezirke. Dieses Verhältnis zwischen *Senat und Bezirken* ist auch unter Rot-Rot kein konfliktfreies, zumal die Haushaltsnotlage zur weiteren Reduzierung der Mittel in den Bezirken und damit zu massiven Einschnitten in ihre soziale und kulturelle Infrastruktur geführt hat. Doch haben sich im Verhältnis zwischen Senat und Bezirksämtern einige positive Wandlungen vollzogen. So wurden die Bezirke stärker bei konzeptionellen Vorhaben einbezogen (z. B. Wirtschaftsportal, Tourismuskonzept, Gender Mainstreaming). Bezirkliche Probleme werden im Senat stärker

wahrgenommen und es ist eine größere Bereitschaft feststellbar, bezirkliche Argumente zu verarbeiten (z. B. Sonderprogramm Ost, gemeinsam erarbeitetes Zuweisungsmodell für Hilfen zur Erziehung). Doch nach wie vor wirken Zentralisierungsbestrebungen auf verschiedenen Politikfeldern und sind Dezentralisierungen und Selbstverwaltung keine bestimmende Tendenz in der Berliner Politik.

Gut entwickelt hat sich der bürgernahe Internetzugang der Berliner Verwaltung, der von immer mehr Menschen der Hauptstadt genutzt wird. Hier liegt Berlin im Vergleich der deutschen Großstädte an erster Stelle.

Auch wenn die Ambivalenzen bei der Herausbildung einer neuen politischen Öffentlichkeit, bei der Deutungshoheit der Koalition über die Landespolitik und bei der Bürgerbeteiligung dominieren, mit dem Koalitionswechsel sind ein positiver Wandel im politischen Klima der Stadt und neue Chancen der Bürgerbeteiligung unverkennbar. Es liegt jetzt bei der Koalition, nicht zuletzt bei der PDS, ob sie in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode wieder eine aufgeschlossene Grundstimmung gegenüber der Landespolitik herzustellen vermögen. Von der PDS erfordert das auch ein neues Verständnis von Regierungspartei und gesellschaftlichen Dialog.

3.4. Die Folgen für die rot-rote Koalition und ihre Träger

Gemessen und bewertet werden diese Folgen anhand der *Indikatoren*

- *Akzeptanz der rot-roten Koalition,*
- *neue Akteurskonstellationen.*

Wenn wir unter *Akzeptanz* die Chance verstehen, „für bestimmte Meinungen, Maßnahmen, Vorschläge und Entscheidungen bei einer identifizierbaren Personengruppe ausdrückliche oder stillschweigende Zustimmung zu finden und unter angebbaren Bedingungen aussichtsreich auf deren Einverständnis rechnen zu können“⁵⁵, so finden wir mit der Kategorie Akzeptanz durchaus eine relevante Bezugsebene zur Messung der bisherigen Wirkung der rot-roten Koalition.

Zwei ein halb/drei Jahre nach Bildung der rot-roten Koalition in der Hauptstadt ist im Land Berlin eine allgemeine *Grundakzeptanz* gegenüber einer SPD-PDS-Koalition zu verzeichnen. Die rot-rote Regierung gilt im Lande, in der Bevölkerung und in der Regel auch in den Verbänden inzwischen als etwas Normales. Das betrifft die koalitionsnahen wie auch die koalitionsfernen Akteure. Das ist in dieser Form für die Hauptstadt etwas Neues. Heute wird nicht zuerst darüber gestritten, *ob* eine solche rot-rote Regierung in der Hauptstadt überhaupt eine Berechtigung habe, sondern *wie* sie Politik betreibt, wie sie den Erwartungen der Interessengruppen, der politischen Bezugsgruppen, der Wähler und nicht zuletzt der Medien gerecht wird. Diese allgemeine Grundakzeptanz der Koalition ergibt sich daraus, dass die rot-rote Koalition selbstverständlicher Adressat und Verhandlungspartner der verschiedenen Interessengruppen und Verbände geworden ist. Sie ergibt sich zugleich daraus, dass die Koalition eine pragmatische Sacharbeit leistet und ernsthafte Regierungs- bzw. Koalitionskrisen ausblieben und die Medien nur selten „Skandalnachrichten“ über die Koalition verbreiten konnten. Die vor allem von konservativer Seite vorgebrachten gegenteiligen Erwartungen einer kollektiven Nichtakzeptanz von Rot-Rot in der Hauptstadt haben sich nicht bestätigt. Auch auf Bundesebene sind Ablehnungen, Vorbehalte und Kritik gegenüber Rot-Rot in Berlin wenngleich nicht verschwunden, so doch kaum noch auf der politischen Agenda. Die mit den öffentlichen Protesten der PDS gegen Hartz IV aufgekommene Kritik („linker Populismus“, „Verantwortungslosigkeit“) an der PDS-Regierungsbeteiligung besonders in Berlin ebte schnell wieder ab. Wohl auch weil die Berliner SPD nach anfänglicher „Zurechtweisung“ ihres Koalitionspartners sich wieder auf

die „Tugenden“ ihres Regierungspartners besann und das „gute Funktionieren“ der Koalition betonte.

Dies alles gehört zur Haben-Bilanz der Berliner Koalition.

Eine solche Grundakzeptanz der Koalition bedeutet aber nicht, dass auch ihre Vorhaben, Maßnahmen, Entscheidungen im Einzelnen akzeptiert werden. Hier stoßen wir im Land Berlin auf einen bemerkenswerten Dissens: Während die unmittelbaren Akteure Senat, Regierungsfractionen, Koalitionsparteien die bisherige Arbeit – bei allen Einschränkungen und Verweisen auf bestimmte Defizite und einzelne Fehler – insgesamt positiv bewerten, ist die Zufriedenheit in der Bevölkerung mit der Arbeit der Koalition von 2001 bis zum Sommer 2004 eher rückläufig.

In einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid erhält die rot-rote Regierung im Juli 2004 die Note 3,9. Die Skala reichte von 1 für „Sehr gut“ bis 6 für „Sehr schlecht“. Selbst die eigenen Anhänger urteilen über ihre jeweilige Partei nur mit einem „Befriedigend“.⁵⁶ Das nicht so erfreuliche Stimmungsbild für die rot-rote Koalition spiegelt sich auch bei der Bewertung der politischen Verantwortlichen in der Stadt wider, die Forsa regelmäßig ermittelt. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit nimmt zwar nach wie vor den ersten Platz ein (November 2004), erhält jedoch auf der Skala zwischen plus 5 (sehr gut) und minus 5 (sehr schlecht) nur die Note plus 0,7. Auch die anderen Senatoren von SPD und PDS erhalten im Prinzip durchwachsene Noten.⁵⁷

Rot-Rot bekäme im November 2004 bei Abgeordnetenhauswahlen 43 Prozent (28 Prozent SPD, 15 Prozent PDS) und damit rund 10 Prozent weniger als 2001 (52,2 Prozent 2001).⁵⁸ Die Tatsache, dass das alles Momentaufnahmen sind und in Berlin die Oppositionsarbeit kaum besser bewertet wird (CDU 3,9; Grüne 3,5) und Schwarz-Gelb in Berlin über keine eigene Mehrheit verfügt, kann die quantitativen und qualitativen Akzeptanzverluste von Rot-Rot in Berlin nicht verdrängen.

Die Ursachen des Vertrauensverlustes werden durch den Senat nicht erforscht und nicht ernsthaft thematisiert. Der Senat gibt – anders als die Regierungen z. B. in Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen – noch nicht einmal eigene Umfrageuntersuchungen über die Entwicklung seiner Akzeptanzwerte, die Wirkungen seiner Politik, die Vorstellungen und Erwartungen der Bürger, der verschiedenen Interessengruppen usw. in Auftrag.

Die Ursachen von Akzeptanzverlusten sind auch nicht allein auf äußere Faktoren (z. B. Bundestrends) zurück zu führen. Es handelt sich auch nicht allein um ein Vermittlungsproblem, wie es teilweise von SPD und PDS erklärt wird. Ohne eine entsprechende ernsthafte Untersuchung ersetzen zu können, sei für die rückläufige Stimmung und Zufriedenheit mit der Koalition hier auf folgende allgemeine Gründe verwiesen:

Die Akteure (Senat, Fraktion, Parteien) einerseits und die verschiedenen Interessengruppen andererseits folgen zum Teil gegensätzlichen Logiken und stellen oft unterschiedliche Bewertungsmaßstäbe für Erfolge, Defizite, Misserfolge auf. Unterschiedliche Sichtweisen und Bewertungen spezifischer Vorhaben sind deshalb keine Ausnahme. Was z. B. ein Senator als Erfolg ansieht, weil er die Kürzungsvorschläge des Finanzsenators beträchtlich herunter gehandelt hat, sehen Betroffene, für die Leistungskürzungen entstehen, natürlich als Verlust und Misserfolg. Letztere interessiert denn auch wenig, wenn die Leistungen (wie häufig in Berlin) weiterhin über den Bundesdurchschnitt liegen. Nicht alle Institutionen und Interessengruppen werden also immer gleichzeitig mit der Koalition und ihren Vorhaben zufrieden sein können. Hier stoßen wir mithin auf *strukturelle* Gründe für Differenzen in der Bewertung der Koalition.

Gleichzeitig fallen *politisch-kulturelle* Gründe ins Gewicht. West- und Ostberlin waren zu Zeiten der Spaltung und Blockkonfrontation jeweils privilegierte Städte, die den Nährboden für eine spezifische Wohlstandsmentalität bildeten. Da heute Zustimmung kaum noch materiell „erkaufte“ werden kann, hat sich gerade für und in Berlin diesbezüglich eine neue Situation herausgebildet. Staatsorientierte Erwartungen aber wurden in ganz Berlin kultiviert.

Wenn diese nicht erfüllt werden, zumal von einer sozialdemokratisch-sozialistischen Regierungskoalition, kann sich schnell Enttäuschung breit machen. Vor allem wenn vor den Wahlen klare Bilanzen und realistische Alternativen zu wenig öffentlich thematisiert werden. Bürger schließlich nehmen ihre Existenzbedingungen als relative Einheit wahr und unterscheiden nicht trennscharf, welche Effekte der Landesregierung, der Bundesregierung oder eben den wirtschaftlichen Mächten zuzurechnen sind.

Ein *politisch-strategischer* Grund für die rückläufige Stimmung und Zufriedenheit mit der Koalition ist zudem darin zu sehen, dass die Koalition objektiv nicht die geistig-moralische Führerschaft im Lande besitzt und nur über eine begrenzte Definitionsmacht verfügt. Die Koalitionäre in Berlin – und namentlich die PDS – werden es lernen müssen, ein „Akzeptanzmanagement“ auch zu praktizieren und zugleich um Vertrauen und Zustimmung in der Bevölkerung und bei den verschiedenen Interessengruppen zu werben.

Die genannten Gründe zur Problematisierung von Akzeptanz einer Koalition können nicht darüber hinweg täuschen, dass das Hauptproblem für linke Parteien in einer Koalition ist, wie glaubwürdig ihre Politik ist. *Glaubwürdigkeit* erlangt man dadurch, dass sich die Politik durch Stetigkeit statt opportunistischer Anpassung an wechselnde Gegebenheiten und Stimmungen, durch klar umrissene Ziele statt Beliebigkeit, durch Kompetenz, Gerechtigkeit und Offenheit auszeichnet. Hier hat es gerade in der ersten Hälfte der Legislaturperiode Defizite in der Politik der rot-roten Koalition und der PDS gegeben.

Koalitionsnahe Akteure wie Gewerkschaften, Sozialverbände, soziale Bewegungen sahen ihre Erwartungen in die Koalition bislang nicht oder nur in geringem Umfang erfüllt.

Ernüchterung und Enttäuschung machten sich breit. Ihre daraus gespeiste Kritik war und ist bis heute unüberhörbar. Doch scheint sich hier gerade in den Gewerkschaften ein neuer Differenzierungs- und Wandlungsprozess zu vollziehen. Andererseits ist ein Teil der sozialen Bewegungen (Sozialforum Berlin), wengleich nicht selten mit populistischen Argumenten, zum Bruch mit Rot-Rot übergegangen und betreibt zusammen mit der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) ein Abwahlverfahren gegen den rot-roten Senat.

Koalitionsferne Akteure wie die Träger von Wirtschaftsinteressen, Wirtschaftsverbänden, aber auch die vielfältigen Verbände im Gesundheitssektor sehen ihre vorgefertigten Bilder, ihre Befürchtungen weniger bestätigt und sind inzwischen zu einer sachlichen Zusammenarbeit mit dem rot-roten Senat übergegangen.

Die rot-rote Regierung muss sich künftig darauf einstellen, dass sie von den traditionell verbündeten Organisationen, Verbänden, Vereinen nur noch dann unterstützt wird, wenn sie – selbst wenn finanzielle Gründe eine Lösung nicht immer gleich ermöglichen – transparent und im Dialog die anstehenden Probleme angeht und ihre Vorschläge bzw. Entscheidungen als sozial gerecht wahrgenommen werden. Dies ist um so wichtiger, da aus Gründen der Haushaltsnotlage Rot-Rot die Forderungen der ihr nahe stehenden Organisationen und Verbände oft nicht, nicht gleich, nicht im vollen Maße wird umsetzen können.

Glaubwürdigkeit wird in diesem Sinne zum Kernproblem zu- oder abnehmender Akzeptanz von Rot-Rot und insbesondere der PDS.

Neue Akteurskonstellationen

Die Bildung der rot-roten Koalition stellte selbst einen der gravierenden Umbrüche politischer Akteurskonstellationen nach 1990 in der Hauptstadt dar. Ob und inwieweit dieser Umbruch Veränderungen im Gesamtgefüge der Akteurskonstellationen und Machtbalancen nach sich zieht, muss und wird sich erst noch zeigen. Gegenwärtig gibt es dazu keine Untersuchungen. Mit der PDS als Regierungspartei haben sich auf jeden Fall die parteipolitischen Akteurskonstellationen verändert. In Abhängigkeit davon, ob die PDS sich als linkssozialistisches Projekt etabliert, hätte das langfristige, strategische Folgen für die

Akteurskonstellationen im Parteiensystem. Ob sich darüber hinaus eine erneuerte Linke im parteipolitischen und gesellschaftlichen Akteurspektrum heraus bildet und damit die Linke auch in der SPD wieder gestärkt wird, ist heute noch nicht endgültig zu beantworten. Die Chancen hierfür sind aber mittel- und längerfristig eher größer als kleiner geworden. Auch wegen rot-roten Koalitionen in verschiedenen Bundesländern.

Für *Gewerkschaften und Sozialverbände* haben sich mit der neuen Koalition die informellen Zugangsmöglichkeiten zu Regierungsakteuren verbessert. *Bündnisse für Arbeit* werden inzwischen vom Senat wie von den Bezirken, den Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden gefördert. Zum Zwecke der Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt ins Leben gerufen, schaffen diese Bündnisse zugleich neue Möglichkeiten für Akteurskoalitionen zwischen Entscheidungs- und Verantwortungsträgern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Auch zwischen den *Medien* als außerordentlich wichtigen Institutionen der Öffentlichkeit und dem rot-roten Senat sind engere und normalere Beziehungen entstanden, was nicht ohne Einfluss auf die weitere Entwicklung der Akteurskonstellationen sein dürfte.

Eine grundlegende Veränderung des gesellschaftlichen Akteursgefüges in Berlin infolge eines rot-roten Senats und einer Regierungsbeteiligung der PDS ist noch nicht zu beobachten. Auch hat dies noch keinen Schub bei der sozialen und kulturellen Verankerung der Linken in der Gesellschaft ausgelöst.

Neue, parteiübergreifende institutionelle Formen des Dialogs der demokratischen Linken Berlins (u. a. PDS, Linke in der SPD und bei den Grünen, außerparlamentarische Bewegungen, soziale Initiativen) sind in diesem Kontext bislang nicht entstanden.

3.5. Die Folgen für die PDS

Gemessen und bewertet werden sollen diese Folgen anhand der *Indikatoren*

- *politische Handlungsfähigkeit* und
- *aktuelle Position im Wettbewerb der (Landes)Parteien.*

Die Beobachtung der Folgen von Koalitionsbildungen und Koalitionsarbeit für die jeweiligen Parteien, in diesem Falle für die PDS, sind für diese von zentraler Bedeutung. Denn so wichtig die Folgen für das Land, die Gesellschaft, die Koalitionsregierung sind, das Eigeninteresse der Partei (en) an Wählern, Einfluss, Profil und Akzeptanz ist essentiell. Regieren des Regierens wegen, auch wenn das Überlebensinteresse einer Partei darunter leidet, kann nicht das strategische Handlungskonzept einer Partei sein, gleich recht nicht das einer so kleinen Partei wie der PDS. Es geht bei der Frage Regieren oder Opposition aber nicht, wie in der PDS diskutiert, um Entweder-Oder, sondern um Sowohl-als-auch. Das freilich ist in der praktischen Politik schwer zu bewerkstelligen, schwerer z. B. als 2001 in Berlin angenommen wurde.

Wie also bekommt die Regierungsbeteiligung der PDS in Berlin? Obgleich von zentraler Bedeutung für die PDS und kontrovers diskutiert, gibt es dazu keine qualitativen Analysen, Studien und Deutungen. Auch die „Halbzeit-Bilanz“ des Landesvorstands hat diese Frage erst einmal ausgeklammert. Mit der vorliegenden Studie konnte und sollte dem Zusammenhang von Regierungsbeteiligung in Berlin und Rückwirkungen auf die PDS nicht als empirische Forschungsfrage nachgegangen werden. So wollen wir hier vor allem qualitative Aspekte benennen und problematisieren.

Politische Handlungsfähigkeit

Die PDS Berlin ist ihrem Wähleranteil gemäß mit 33 Abgeordneten im Abgeordnetenhaus Berlin (SPD 45, CDU 35, Bündnis 90/Die Grünen 14, FDP 13[15]) und mit drei Senatoren erstmals in der Landesregierung von Berlin vertreten. Die PDS, namentlich die in die Regierungsbeteiligung mittelbar oder unmittelbar involvierten Akteure – darunter die 4

BezirksbürgermeisterInnen, 13 Bezirksstadträte und die Abgeordneten der BVV – erhielten dadurch die zuvor so nicht bestehende Chance, an der politischen Gestaltung des Landes direkt mitzuwirken, damit Gestaltungskompetenzen auszubilden und Gestaltungsfähigkeit zu demonstrieren. Im Vergleich zur bisherigen Rolle als politisch-parlamentarische Opposition ergeben sich damit neue Herausforderungen.

Die Landes-PDS, die Fraktionen, die Bezirksbürgermeister, die Senatoren mussten in der Regierungsverantwortung zweifellos Lehrgeld zahlen, zumal sie konzeptionell-strategisch nur bedingt darauf vorbereitet waren. Doch sie haben diese Chance zur Gestaltung ergriffen, *Gestaltungsfähigkeit demonstriert* und *Know-how gewonnen*. Wir haben das anhand des Agierens auf verschiedenen Politikfeldern feststellen können. Bei aller Kritik an von der PDS mitgetragenen Entscheidungen des Senats wird das der PDS und ihren Senatoren von unterschiedlicher Seite bestätigt.

Die Regierungsbeteiligung bietet der PDS ferner die Chance, *Kontakte zu Gesellschaftsbereichen, Interessengruppen und Verbänden* aufzunehmen, zu denen sie als Oppositionspartei keine oder relativ wenige Beziehungen unterhielt. Dazu gehören z. B. die Industrie- und Handelskammer, die Handwerkskammer, die Unternehmerverbände, die Kommunalverbände, die Kassenärztlichen Vereinigungen, die Sozialversicherungen, der BUND. Hier ist zweifelsohne etwas in Bewegung geraten. Man redet sachlich miteinander. Die PDS gilt als normaler Ansprechpartner. Die Gespräche und Verhandlungen werden von diesen Interessenverbänden meist als recht positiv bewertet und die PDS-Senatoren als „zugänglich“, „aufgeschlossen“ und „kompetent“. Dies trägt zur Akzeptanz der PDS im Land und im Bund bei.

Über ihre Regierungsbeteiligung auf Länderebene hat die PDS auch Einfluss auf das Abstimmungsverhalten des Landes im *Bundesrat*. So hat z. B. die Ablehnung der Hartz-Gesetze durch die PDS dazu geführt, dass das Land Berlin – entgegen der ursprünglichen Absicht der SPD – diese Gesetze der SPD-geführten Bundesregierung die Zustimmung versagte. In der praktischen Arbeit im Bundesrat bzw. in den Minister- und Staatssekretärsrunden der Länder sind die PDS-Senatoren als gleichwertige Partner akzeptiert. Sie ergriffen – wie Wirtschaftssenator Harald Wolf gemeinsam mit dem Arbeitsminister von Mecklenburg-Vorpommern Helmut Holter – überregionale Initiativen und führten dabei alle ostdeutschen Fachminister zusammen, um über die Folgen der Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung für den Osten zu beraten und gemeinsame Vorschläge zu unterbreiten.

Auch der Zugang zu den *Medien* hat sich für die PDS mit der Übernahme von Regierungsverantwortung günstiger gestaltet. Die Chancen für Senatoren und Abgeordnete, ihre Vorschläge, Positionen, Ideen authentisch zu vertreten, sind damit gestiegen. Die Möglichkeiten, in der Gesellschaft ihren politischen Einfluss zu steigern, haben sich dadurch erweitert. Zumindest verringern sich so die Benachteiligungen der PDS in der Medienwelt, die zwar noch immer nicht entscheidet, was die Menschen denken, aber doch worüber sie (nach)denken. Medienpräsenz ist für eine Partei heute von strategischer Bedeutung.

Die Regierungsbeteiligung bietet der PDS mithin die Chance, ihr *Vermögen zur Gestaltung und zur politischen Kommunikation* deutlich zu erhöhen. Allerdings wird schon hier eine Ambivalenz der Regierungsbeteiligung sichtbar. In das Mitregieren ist in erster Linie eine Minderheit (Senatoren, Fraktion, Bürgermeister, Mitarbeiter) einbezogen. Oder anders formuliert: die damit verbundenen neuen Erfahrungen und Einsichten, Lernprozesse und Kompetenzgewinne betreffen zunächst nur einen relativ kleinen Kreis. Nicht die gesamte PDS und ihr Umfeld sehen sich gleichermaßen durch die Regierungsverantwortung gefordert. Daraus können und entstehen tatsächlich, wie sich gerade auch in Berlin zeigt, *Ungleichzeitigkeiten in den Erfahrungsräumen der PDS-Mitgliedschaft*.⁵⁹ Mehr noch – oft

entstehen durch die Regierungsbeteiligung erst einmal neue inhaltliche Klüfte in der Bewertung der Ergebnisse der Regierungsbeteiligung und oft auch ihres Sinns und Zwecks. Nicht selten werden in der Mitgliedschaft die Gestaltungsmöglichkeiten des kleinen Koalitionspartners über- und die Handlungszwänge und -logiken von Aushandlungsprozessen unterschätzt. Viele vermissen überdies die Einlösung von originären PDS-Positionen. Die Diskrepanz zwischen erhofften und tatsächlichen Ergebnissen der Regierungsbeteiligung führen gerade in der PDS-Basis nicht selten zu Ernüchterung und Enttäuschung. Ganz zu schweigen von der vehementen Kritik von Vertretern verschiedener sozialer Bewegungen, außerparlamentarischen Interessengruppen, die gerade viele PDS-Mitglieder in ihrer Zusammenarbeit vor Ort erleben. Damit sind PDS-intern Kommunikations- und Vermittlungsprobleme ebenso vorprogrammiert wie Auseinandersetzungen über das Ob und das Wie der Regierungsbeteiligung. In Berlin ist dieser Zustand seit langem zu beobachten. Landesvorstand und Fraktion haben durchaus Anstrengungen unternommen, um diese innerparteiliche Debatte zu qualifizieren. Jüngstes Beispiel ist die Erstellung der Halbzeitbilanz „In der Mitte, nicht über den Berg“ und die dazu geführten Diskussionen auf Basiskonferenzen, im Internet sowie auf der 3. Tagung des 9. Landesparteitages am 16. Mai 2004. Auch die Bildung eines Strategieforschums und von mehreren Arbeitsgruppen zu Themen, die zugleich in der Regierungsarbeit eine gewichtige Rolle spielen, dienen dem Zweck der besseren innerparteilichen Verständigung und demokratischen Willensbildung. Dem dient auch die Präsentation der PDS Berlin im Internet.

Entscheidend bleibt jedoch, ob und wie die PDS in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode ihr Profil in der Regierungskoalition stärken kann, indem sie deutlicher als Ideengeber bei der Definition und Ausarbeitung eines zukunftsfähigen Berlin-Konzepts auftritt und vor allem spezifische Projekte entwickelt, die sie als moderne und der sozialen Gerechtigkeit verpflichtete politische Kraft ausweist. D. h. nicht, sich auf einige Referenzprojekte zurück zu ziehen und den Koalitionsvertrag als Ganzes außer acht zu lassen. Nur ohne einige eigene, zentrale Projekte und dementsprechendes Handeln in- und außerhalb der Regierung bliebe es bei der Rolle des sozialen Korrektivs. Das aber wäre zu wenig als Nachweis von gesteigerter Gestaltungskompetenz und -fähigkeit infolge der Regierungsbeteiligung.

Position im Wettbewerb der (Landes)Parteien

Hat die Übernahme von Regierungsverantwortung die Position der PDS im Wettbewerb der Landesparteien verbessert oder verschlechtert? Vor allem in der PDS und ihrem Umfeld wird dies oft zu der Frage, an der Erfolg oder Misserfolg ganz generell gemessen werden.

Wenngleich Regierungsbeteiligung nicht allein darauf und schon gar nicht auf die aktuelle bzw. augenblickliche Position im Parteienwettbewerb reduziert werden sollte, bleibt dies ein zentraler Bezugspunkt in der jeweiligen Koalition für jede Partei. Und besonders für eine annähernd 5-Prozent-Partei im Bund.

Die Bildung der SPD-PDS-Koalition in Berlin war eine Richtungsentscheidung erster Güte. Richtungsentscheidungen wirken gewöhnlich polarisierend und mobilisierend. Es ist deshalb gerechtfertigt, zu fragen, ob der Eintritt der PDS in die Landesregierung und ihre seitherige Regierungsbeteiligung Zuwächse oder Verluste in der Mitgliedschaft und in der Mobilisierungsfähigkeit der Landespartei ausgelöst hat.⁶⁰ Auch hierzu gibt es keine speziellen Untersuchungen oder systematischen Beobachtungen im Landesverband. Was diesbezüglich m. E. festgehalten werden kann, ist folgendes:

- *Die Austritte* wegen der Beteiligung der PDS an einer von der SPD geführten Koalition hielten sich in engen Grenzen und dürften in Berlin – wie die Verantwortlichen im Landesvorstand bestätigen – nicht mehr als Hundert betragen haben. Die meisten davon bezogen sich auf die strikte Ablehnung der Präambel zum Koalitionsvertrag. Der Eintritt in

die Regierungskoalition und die Übernahme von Regierungsverantwortung haben der PDS in Berlin jedoch auch keinen *Mitgliederschub* eingebracht. Die *Mitgliederverluste* seit Ende 2001 halten vielmehr an, 2002 z. B. gab es 207 Eintritte und 426 Austritte. Sie stehen in aller Regel jedoch nicht im Zusammenhang mit der Regierungsbeteiligung. Der generelle Verlust an Mitgliedern (außer den erwähnten Austritten) erklärt sich in erster Linie aus dem natürlichen Verlust von Mitgliedern infolge der Altersstruktur der Partei (mehr als zwei Drittel im Landesverband Berlin sind älter als 60 Jahre). Die Zahl der Mitglieder verringerte sich so z. B. von 11.067 Ende 2003 auf 10.385 im Juli 2004 (SPD: 17.800, CDU: 13.500, Grüne: 3.486, FDP: 2.693).⁶¹ Mit Ausnahme der Grünen (plus 29 Mitglieder) verloren in diesem Zeitraum alle Parteien in Berlin weitere Mitglieder.

Weder die Bildung noch das Agieren der rot-roten Koalition hat mithin die Bedingungen außer Kraft gesetzt oder modifiziert, die die Bereitschaft, sich in Parteien zu organisieren, regulieren. Da die PDS die am weitesten problematischste Altersstruktur besitzt, trifft die abnehmende Bereitschaft der Menschen, sich in Parteien zu organisieren, sie besonders. Eine grundlegende Veränderung der aktuellen Position der PDS im Parteienwettbewerb ist hinsichtlich der Mitgliederentwicklung aus der Regierungsbeteiligung nicht abzuleiten.

- Die Frage nach der *Kampagne- und Mobilisierungsfähigkeit* der PDS im Kontext der Regierungsbeteiligung scheint schwieriger zu beantworten; Untersuchungen dazu liegen nicht vor. Einige Bedingungen sind ungünstiger geworden: Regierungsarbeit – noch dazu in einer Situation der Haushaltsnotlage – ist mehr denn je das „Bohren dicker Bretter“. In der Landespolitik geht es zudem selten um so genannte „Haupt- oder Staatsaktionen“, wo jeder mitreden kann, sondern vielmehr um oft recht sperrige, detailgetreue Problemlösungsangebote, Gesetzesinitiativen, Regeln, deren politische Tragweite und Bezüge zu Leitideen oder gesellschaftlichen Entwicklungstrends sich nicht immer oder sofort erschließen. Die Ergebnisse sind meist Kompromisse mit Für und Wider. Das kann statt zur zunehmenden Mobilisierung bei größeren Teilen der PDS und ihrem Umfeld eher zu Rückzug führen. Das Bild, dass die einen „spielen“ und die anderen „zuschauen“, macht in Führungsgremien der PDS Berlin die Runde. Hier hat die PDS offensichtlich an Terrain verloren. Inwiefern hier der Landesvorstand mit welchen Mitteln und mit welchen Effekten gegensteuert, konnte in diesem Kontext nicht genauer erkundet werden. Auf jeden Fall ist das politische Engagement der Promotoren, der Aktivisten im Landesverband und in der Fraktion beachtlich. Vielleicht spiegelt sich in einem tendenziellen Rückgang der Mobilisierungsfähigkeit auch nur ein Trend der letzten Jahre wider, wie er in der gesamten PDS zu beobachten war. Offensichtlich bedarf es neuer Überlegungen und Konzepte, die Mitglieder der PDS wieder stärker in die Arbeit des Landesverbandes einzubeziehen.

- Problematischer ist seit dem Wechsel der PDS von der Oppositions- auf die Regierungsbank das bereits erwähnte Verhältnis zwischen ihr und verschiedenen *außerparlamentarischen Bewegungen* geworden. Statt des früheren eher Miteinanders gibt es nunmehr nicht selten ein Gegeneinander. Beide Seiten haben Schwierigkeiten, sich auf die neue Situation, auf das Spannungsverhältnis einzustellen. Hier wären vor allem der Landesverband und die Bezirksorganisationen der PDS gefordert, die Gespräche und Kontakte mit außerparlamentarischen Bewegungen, Gruppen, Initiativen, Vereinen zu suchen und wieder zu intensivieren. Wie es einerseits nicht darum gehen kann, eine außerparlamentarische Bewegung zum Sturz der rot-roten Landesregierung zu unterstützen, so bedarf andererseits eine erfolgreiche Regierungsbeteiligung der PDS dringend der außerparlamentarischen Bewegung, der gesellschaftlichen Kritik, der verschiedenen Formen kooperativen Zusammenwirkens zwischen politischen und zivilgesellschaftlichen Handelns. In dieser Frage verweist die PDS auf eine Reihe von Beziehungen zu jenen Organisationen im Lande, die traditionell eine relativ wohlwollende Position gegenüber der PDS einnehmen, sie

jedoch durchaus auch kritisch betrachten (z. B. bestimmte Gewerkschaften, verschiedene Sozialverbände und Vereine).

Eine Verbesserung der Position der PDS im Parteienwettbewerb wird dadurch befördert, dass sie Kontakte zu neuen Gesellschaftsbereichen, Interessengruppen und Verbänden herstellen konnte.

- Für die Position im Parteienwettbewerb ist es des weiteren wichtig, wie die PDS ihr *Verhältnis zur SPD* im Land und im Bund gestaltet. Das A und O ist hierbei die eigene Glaubwürdigkeit, Kompetenz, das eigene Profil, die Präsentation von qualifizierten und in der Gesellschaft akzeptierten Personals – und nicht das beständige Messen an und das Vergleichen mit der SPD.

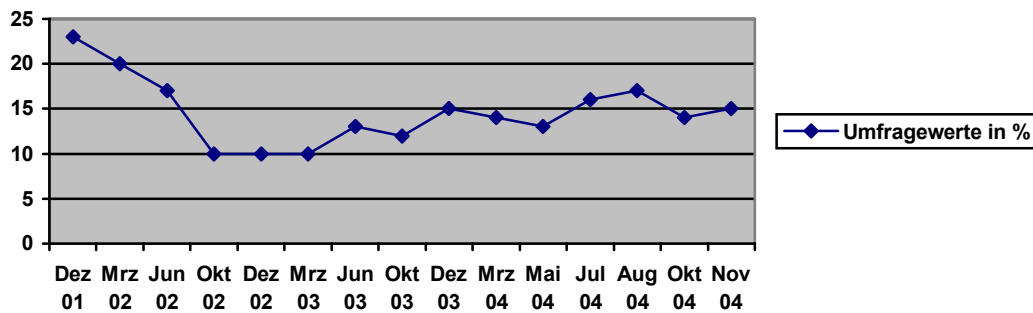
Konflikte zwischen SPD und PDS in der Koalition sind unvermeidlich. Sie erwuchsen in Berlin aus konkreten Fragen des von der PDS prinzipiell mitgetragenen Haushaltskonsolidierungskurses der Landesregierung, beim Setzen unterschiedlicher Prioritäten in bestimmten Politikfeldern (z. B. Stadtentwicklung, Verkehrspolitik) und gerade in jüngster Zeit aus bundespolitischen Entscheidungen, die von der Landes-SPD mitgetragen, von der Landes-PDS hingegen nicht. Eine gewisse Zuspitzung erfuhr die Auseinandersetzung zwischen beiden Parteien durch den Aufruf der Landes-PDS zur Teilnahme an den Montagsdemonstrationen gegen die Hartz IV-Gesetze der Bundesregierung.

Im Verhältnis zur SPD gibt es für die PDS einen Spielraum, der von Fall zu Fall auszutarieren ist: Überdehnt sie diesen Spielraum mit öffentlicher Kritik und Auseinandersetzung setzt sie die Koalition aufs Spiel. Unterschreitet sie diesen durch einseitige Anpassung verliert sie an Glaubwürdigkeit und gefährdet den Schulterchluss mit der eigenen Basis.⁶² In der Auseinandersetzung um Hartz IV hat die PDS Berlin diesen Spielraum genutzt und die SPD sowie namentlich Klaus Wowereit, die zunächst die PDS öffentlich kritisierten, zum Einlenken veranlasst.

- *Glaubwürdigkeit und Vertrauen (skapital)* sind für politische Parteien von hohem Wert. Angesichts der Ausdifferenzierungen und Umstrukturierungen in den sozialen und politischen Milieus, der abnehmenden Bindungskraft der Parteien und des zunehmenden Institutionen- und speziell Parteienmisstrauens in der Bevölkerung haben sich hier die Kontexte für Parteien beträchtlich verändert. Geht einmal errungene Glaubwürdigkeit, gewonnenes Vertrauen verloren, ist es heute viel schwerer, beides zurück zu gewinnen. Dies gilt in besonderem Maße für die PDS mit ihrer spezifischen Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte nach 1989/90. Regierungsbeteiligung bietet hier neue Chancen, enthält aber auch neue Risiken. Letzteres vor allem unter dem Aspekt der PDS-spezifischen Milieus und Stammwähler. Eine Gratwanderung ist da vorprogrammiert.

Das belegt auch der Verlauf der Zustimmung zur PDS und ihrer Politik in den Umfragewerten als ein Indikator für Glaubwürdigkeit und Vertrauen.

Die PDS Berlin in Umfragen



Quellen: Emnid, Forsa

Wie die Tabelle zeigt, erreichte die PDS Berlin 2001 ein außergewöhnliches Wahlergebnis – weit über das bis dahin erreichbare Potenzial. Dafür gab es eine Reihe Gründe, die mit der für die PDS Berlin günstigen Situation jener Zeit korrespondierten: Gesellschaftliche Wechselstimmung, Bruch der großen Koalition nach 12 Jahren, die Hoffnung vieler BürgerInnen vor allem in Ost-Berlin, mit der PDS könnte es rascher eine Veränderung der Lage in der Stadt geben, Kandidatur von Gregor Gysi.

Die Tabelle zeigt aber auch, wie rasant sich der Absturz der Umfragewerte für die PDS dann vollzog, als die ersten Maßnahmen der Regierung mit ihren Zumutungen für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen der Stadt beschlossen wurden. Erst seit Ende 2003 erhöhen und stabilisieren sich die Umfragewerte für die PDS wieder.

Bei der Europa-Wahl im Juni 2003 erzielte die PDS Berlin 14,4 Prozent (SPD: 19,2; CDU: 26,4; Grüne: 22,7). Sie verlor damit im Vergleich zur Europa-Wahl 1999 rund 28.000 Wählerstimmen, davon ca. 26.500 im Ostteil der Stadt. Die Kritiker der Regierungsbeteiligung sahen darin ein weiteres Indiz dafür, dass die Regierungsbeteiligung der PDS nicht bekommt. Tatsächlich ist die Regierungsverantwortung auf Landesebene in Zeiten der Dominanz des neo-liberalen Gesellschaftsmodells und einer Haushaltsnotlage für eine linke Partei kein Vorteil im Ringen um Wählerstimmen. Daran gemessen war das Ergebnis der EU-Wahl in Berlin für die PDS durchaus akzeptabel und brachte keineswegs die von Kritikern prophezeite bzw. im Nachhinein errechnete (vgl. zu den *Abgeordnetenhauswahlen 2001*) „Schlappe“.

Für die interviewten PDS-Repräsentanten Berlins besteht das Ziel, dem Wahlergebnis von 2001 so nah wie möglich zu kommen. Dennoch, so meinen sie, läge realistischer Weise das erreichbare Wählerspektrum der PDS in Berlin bei 16 bis 18 Prozent – und das solle auf jeden Fall wieder gewonnen werden.

- Die Regierungsbeteiligung der PDS ist nur ein, wenngleich besonders sichtbares Indiz dafür, dass sich die *Situation im Parteienwettbewerb* grundlegend geändert hat. Sie steht nun – anders als noch in den 90er Jahren – nicht mehr außerhalb der Regeln und Logiken dieses bundesdeutschen Parteienwettbewerbs. Sie wird nun bei den Wählern ebenfalls zuerst daran gemessen, welche überzeugenden Alternativen und konkreten Lösungsvorschläge sie für die die Menschen bedrängenden Probleme hat – Arbeit, soziale Sicherungen, Gesundheit, Bildung, Steuern, Rente. Und als Regierungspartei sieht sie sich mehr denn je der Frage ausgesetzt, was sie davon praktisch umzusetzen vermag. Die Erwartungen der BürgerInnen Berlins an die Landespolitik und damit auch an die PDS sind beachtlich.⁶³ Damit haben sich die Herausforderungen für eine PDS in Regierungsverantwortung bedeutend erhöht. Sie muss in Konkurrenz mit SPD, CDU, FDP und Grünen in Berlin neue Lösungsansätze und Handlungsoptionen besonders für die landespolitischen Problemlagen sowie für jene Politikbereiche entwickeln, die primär oder doch eher in die Zuständigkeit der Länder fallen

(Schul- und Bildungspolitik, Kultur und Wissenschaft, Verwaltung und Verwaltungsreform, Kommunen, innere Sicherheit, EU und Regionalpolitik). Dabei geht es auch um Leitbilder und Visionen für die Hauptstadt oder um eine Zukunftsoffensive. Hier hat die PDS Berlin mit der Regierungsbeteiligung neue Erfahrungen gesammelt, auf einigen Gebieten neue Politikangebote unterbreitet, aber noch immer ein konzeptionelles Defizit.

Die eingangs gestellte Frage, wie der Landes-PDS Berlin die bisherige Regierungsbeteiligung bekommen sei, lässt sich anhand der beiden Indikatoren vorerst nur eingeschränkt beantworten. Denn die Zeit für verbindliche Aussagen ist noch zu kurz und die beigebrachten Befunde sind noch zu schmal.

Doch einige *resümierende Aussagen*, die ein widersprüchliches Bild zeichnen, sind jetzt schon möglich:

Die Landes-PDS hat in der neuen Konstellation Lehrgeld zahlen und Federn lassen müssen. Die Erwartungen, die gerade im Umfeld der PDS an die neue Regierungskoalition und an die PDS geknüpft wurden, sind vielerorts einer Ernüchterung und Enttäuschung gewichen. Hierbei fiel auch der Rücktritt Gregor Gysis als Bürgermeister und Wirtschaftssenator ins Gewicht. Die PDS verlor infolge der Einschnitte der rot-roten Koalition in die soziale und kulturelle Infrastruktur weiter an Zustimmung. Um so mehr als die latente Krise der Bundespartei 2002 (Bundestagswahl) offen aufbrach und sich bis zum und mit dem Parteitag im Oktober 2002 in Gera weiter verschärfte. Die Regierungsbeteiligung in Berlin wurde von Teilen der Bundespartei zur Ursache des Wahlverlustes im Bund erklärt. Die sowieso schon schwierige Situation der Landespartei wurde damit noch komplizierter. Die Frage nach der Fortsetzung der Regierungsverantwortung musste sich stellen, wenn die Bundespartei den Landesverband de facto das Vertrauen entziehen oder auf Dauer einen Gegenkurs zu Berlin steuern würde. Bekanntlich wurden sowohl in der Landespartei wie später in der Bundespartei andere Schlussfolgerungen gezogen. Die konzeptionellen Defizite bei der Auswertung der Erfahrungen mit der Regierungsbeteiligung durch die Bundespartei konnten jedoch nur allmählich überwunden werden (s. Kapitel 4).

Die Folgen der Regierungsbeteiligung sind mithin nicht dergestalt, dass diese allein schon für sich sprechen würden. Die Frage nach dem Ob, inzwischen aber mehr nach dem Wie der Regierungsbeteiligung, wird in der PDS und ihrem Umfeld weiter diskutiert. Ein die Regierungsbeteiligung in Berlin stark kritisierender Antrag, eingebracht auf dem jüngsten PDS-Parteitag in Potsdam, wurde durch eine große Mehrheit der Delegierten zurückgewiesen.⁶⁴ Kritik gibt es jedoch nach wie vor, u. a. von der Kommunistischen Plattform, dem Marxistischen Forum, dem Geraer Dialog.

Es lässt sich allerdings keineswegs feststellen, dass die Regierungsbeteiligung der PDS geschadet habe. Weder ihre Politikfähigkeit noch ihre Position im Wettbewerb der Landesparteien wurden geschwächt. Die Regierungsbeteiligung hat die Handlungsfähigkeit der PDS Berlin insgesamt gestärkt. Das betrifft ihre Fähigkeit zur Mitgestaltung des Landes, die Zunahme fachlicher und politischer Kompetenz, den Zugang zu neuen Interessengruppen und Verbänden, die Möglichkeit zu bundesdeutschen Initiativen seitens der PDS-Senatoren. Die Akzeptanz ihrer Regierungsbeteiligung ist im Land und im Bund zu einer Normalität geworden. Die aktuelle Situation im Parteienwettbewerb scheint sich für die PDS in Berlin wieder zu verbessern. Vor allem wenn sie die Öffentlichkeit durch tragfähige, praxistaugliche Projekte und einen offenen und konsensorientierten Politikstil überzeugen kann, könnte sich ihre Akzeptanz weiter erhöhen.

Es kann andererseits nicht übersehen werden, dass die in mancher Hinsicht nicht unproblematische Lage der PDS in Berlin in der Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der Gesamtpartei seit 1989/90 gründet und nicht allein oder zuerst in der Regierungsbeteiligung und deren Folgen. Die Regierungsbeteiligung könnte für die PDS auch zu einer realen Chance werden, die überkommenen Grenzen ihrer politischen

Handlungsfähigkeit mittel- und langfristig zu durchbrechen. Zum entscheidenden Kriterium wird hierbei offensichtlich die Frage der Akzeptanz durch Glaubwürdigkeit im Sinne einer Politik der klar umrissenen Ziele, der Stetigkeit, der Kompetenz und Offenheit.

4. Linkssozialistische Politik in Regierungsverantwortung: Erfahrungswerte und Anregungspotenziale

Aus der Beobachtung und Analyse der Politik der PDS in Regierungsverantwortung können – unter Berücksichtigung des ehemaligen Tolerierungsmodells in Sachsen-Anhalt und der rot-roten Koalition in Mecklenburg-Vorpommern, aber auch der Regierungsbeteiligung linkssozialistischer Parteien in West- und Nordeuropa – einige Erfahrungen abgeleitet und problematisiert sowie strategische Schlussfolgerungen formuliert werden.*

1. Das Projekt „Linkssozialistische Partei und Politik in Regierungsverantwortung“ ist ein Projekt strategischen Lernens.

Im Unterschied zu den meisten anderen westeuropäischen Ländern ist für die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland die Existenz einer einflussreichen und koalitionsfähigen Partei links von der Sozialdemokratie keine Normalität. Linkssozialistische Politik in Regierungsverantwortung galt als unvorstellbar. Die PDS, hier und im folgenden idealtypisch als Synonym für eine linkssozialistische Partei bzw. linkssozialistisches Projekt verstanden**, wäre demnach der erste Ansatz, dies zu ändern.⁶⁵

Ihre Regierungsbeteiligung ist in der Bundesrepublik praktisch-politisch und theoretisch-konzeptionell Neuland und ein einmaliger gesellschaftlicher „Test“ für die Partei selbst, aber auch für die demokratische Linke, die Öffentlichkeit und die politische Kultur des Landes. Als Projekt strategischen Lernens spielt „Linkssozialistische Politik in Regierungsverantwortung“ bislang jedoch weder in der PDS und ihrem Umfeld noch in der politischen Öffentlichkeit und im politikwissenschaftlichen Diskurs eine ernsthafte Rolle. Das in diesem Projekt enthaltene Reflexions- bzw. Anregungspotenzial – z. B. zu Fragen über die heutigen Regulations- und Steuerungsmöglichkeiten, über effektive Instrumente politischer und sozialer Gestaltung angesichts der Krise des Staatskapitalismus, über alternative Handlungsoptionen, über Einstiegs- und hegemoniefähige Transformationsprojekte, über das perspektivische Zusammenwirken der demokratischen Linken – bleibt deshalb weitgehend unerschlossen.

Für die PDS bildet der Umgang mit diesem Projekt einen Prüfstein ihrer Fähigkeit zum Organisationslernen als Erfahrungslernen.

2. Die Diskussion über Regierungsbeteiligungen linkssozialistischer Parteien wurde in der Bundesrepublik bislang aufgrund der strukturellen Schwäche des Linkssozialismus zumeist als theoretische Ob- und nicht als praxisorientierte Wie-Debatte geführt.⁶⁶ Eine solche Einengung der Diskussion widerspricht der geänderten gesellschaftlichen Praxis. Regierungsbeteiligung wird wie Opposition zu einem immanenten Bestandteil der Politik einer linkssozialistischen Partei. Dies belegen nicht zuletzt die Erfahrungen linkssozialistischer und kommunistischer Parteien in Westeuropa.⁶⁷ In der heutigen

* Bei den nachfolgenden Thesen handelt es sich um erste Verallgemeinerungen, die der weiteren kritischen Reflexion bedürfen und eine mögliche Diskussion anregen sollen.

** Dabei kann an dieser Stelle nicht interessiert werden, inwieweit die PDS tatsächlich eine linkssozialistische Partei ist oder nicht.

Bundesrepublik gilt das vor allem für die neuen Bundesländer, wo die PDS sowohl im Parteiensystem wie in der Gesellschaft verankert ist.

Im politischen Wettbewerb bildet die Frage Opposition oder Regierungsbeteiligung für Parteien in Systemen parlamentarischer Demokratien keinen grundlegenden Gegensatz. Dies sollte auch für linkssozialistische Parteien gelten. Sie sind Teil dieses politischen Wettbewerbs um politischen Einfluss und Macht geworden. Zumindest dann, wenn man sich die Funktion von Parteien im parlamentarisch-politischen System der Bundesrepublik vergegenwärtigt. Regierungsbeteiligung ist für eine linkssozialistische Partei nicht einfach nur „Schadensbegrenzung“ und „notwendiges Übel“, sondern eine legitime und unter Umständen innovative Bewegungsform von Politik, von politischem Handeln.

Politische Parteien verfolgen u. a. das Ziel, ihr Programm, ihre Alternativen, also ihre Politik auch in die Realität umzusetzen. Das sich über Regierungsbeteiligung und –macht dafür prinzipiell neue Möglichkeiten bieten, ist ernsthaft nicht zu bestreiten. Obgleich Regierungshandeln in systembedingte Logiken und Sachzwänge eingebunden ist und die Spielräume auf Landesebene enger geworden sind, impliziert Regierungshandeln immer Möglichkeiten politischer Gestaltung und gesellschaftlicher Veränderung. Streben doch auch solche Parteien, die eine oppositionelle Rolle einnehmen wollen, politischen Einfluss an und versuchen im parlamentarischen Regierungssystem nicht zuletzt der Regierung ihren positiven Gestaltungswillen aufzuzwingen. Das Parlament *allein* als Bühne und als Sprachrohr außerparlamentarischen Protests zu nutzen, kann auch für linkssozialistische Parteien nicht die allein bestimmende strategische Grundorientierung sein.

Dennoch kann es für eine Partei unter Umständen eine wesentlich erfolgversprechendere Strategie sein, die Rolle der Opposition im politischen System einzunehmen.

Eine linkssozialistische Partei benötigt deshalb eine kohärente Gesamtstrategie, die das Wechselverhältnis von Opposition und Regierungsverantwortung als zwei Formen politischen Handelns sowie ihre Gemeinsamkeiten und Unterschiede neu definiert. Dazu bieten die Erfahrungen der Regierungsbeteiligung in Berlin neue Erkenntnisse.

Über die Zukunft einer linkssozialistischen Partei entscheidet jedoch nicht zuerst die Frage Regierungs- oder Oppositionspartei, sondern die Frage ihres Profils, ihrer Glaubwürdigkeit, ihrer Kompetenz und gesellschaftlichen Verankerung.

3. Ob Regierungsbeteiligung tatsächlich angestrebt oder wahrgenommen wird – dafür gibt es kein allgemein gültiges Rezept. Regierungsbeteiligung ist jeweils konkret-historisch zu entscheiden, wie nicht zuletzt die Erfahrungen linkssozialistischer Parteien in West- und Nordeuropa zeigen.

Aus den Erfahrungen Berlins und Mecklenburg-Vorpommerns können dafür drei Maßstäbe formuliert werden:

- Bestehen gesellschaftliche und koalitionspolitische Chancen für die Einleitung eines Kurs- und Politikwechsels?
- Gibt es beim Koalitionspartner Bereitschaft für einen politischen Neuanfang?
- Sind die konzeptionellen, kulturellen und personellen Ressourcen der linkssozialistischen Partei so, dass sie in Regierungsverantwortung „Eigenes“ einbringen und als selbständige politische Kraft und zuverlässiger Partner in der Koalition handeln kann?

Diese allgemeinen Maßstäbe sind in Koalitionsverhandlungen und in der Regierungspolitik jeweils konkret zu untersetzen.

Es ist aber auch ein gesellschaftlicher Zustand denkbar, wo Regierungsbeteiligung oder -tolerierung von Linkssozialisten allein deshalb erforderlich wird, um die Bildung einer ausgesprochenen Rechtsregierung zu verhindern. In diesem Sinne Regierungsbeteiligung auch dann, wenn gesellschaftliche Voraussetzungen für einen grundlegenden Kurs- und

Politikwechsel oder gar für eine gesellschaftliche Transformation fehlen und allein „Verhinderung von Schlimmeren“ das Handeln dominieren muss.

4. Für linkssozialistische Politik in Regierungsverantwortung gibt es keine Garantie des Gelingens. Regierungsbeteiligung bedeutet neue Chancen und neue Risiken zugleich. Die Frage, wie Gewinne zu maximieren und Verluste zu minimieren sind, muss deshalb das Regierungshandeln ständig kritisch begleiten.

Mögliche *Gewinne* sind auf verschiedenen Ebenen auszumachen: *Materiell*, weil Forderungen, die zu Oppositionszeiten vergeblich eingefordert wurden, nun eher Chancen der Realisierung haben. *Politisch*, weil Regierungsbeteiligung und -verantwortung die Gestaltungs- und Handlungskompetenzen der Linkssozialisten erhöht, ihnen Wege zu neuen institutionellen und gesellschaftlichen Akteuren öffnet und insgesamt die Akzeptanz der linkssozialistischen Partei zu stärken vermag. *Gesellschaftspolitisch*, weil überzeugendes Regierungshandeln einer linkssozialistischen Partei ein entscheidender Schritt sein kann zur Etablierung eines linkssozialistischen Projekts als politische Normalität in Deutschland. Das würde einen tiefgreifenden Wandel der politischen Kultur in Deutschland bewirken. Den neuen Chancen stehen neue *Risiken* gegenüber. Die systemischen Integrations- und Absorbierungstendenzen und die Erfordernisse sowie Sachzwänge in der Regierungsverantwortung können sich als „Fallstricke“ für linkssozialistische Regierungsbeteiligungen erweisen. Regierungshandeln bedeutet Einbindung in die Ambivalenzen der Systemlogik, in die Überlappung von Kapital- und Soziallogiken.⁶⁸ Die einen (Kapitallogiken) zu meiden und nur auf die anderen (Soziallogiken) zu setzen ist im Regierungshandeln innerhalb einer kapitaldominierten Ordnung kaum möglich. Um so wichtiger ist es für linkssozialistische Politik in Regierungsverantwortung, die Soziallogiken zu stärken und sich an einer Politik sozialer Gerechtigkeit und Bürgerpartizipation zu orientieren.

Angesichts der tiefen Umbrüche in der kapitalistischen Ökonomie und der zivilen bürgerlichen Gesellschaft macht sich der fehlende konzeptionelle Vorlauf über die Regulationsmöglichkeiten linken Handelns in Regierungsverantwortung, über alternative Handlungsoptionen, über die heutige Wirksamkeit keynesianischer Instrumente der Wirtschaftspolitik und die Notwendigkeit neuer besonders nachhaltig bemerkbar. Die Frage nach dem sozialistischen Profil, der sozialistischen Identität stellt sich schon deshalb auf neue Art und Weise. Kompetenzzugewinn im Regierungshandeln kann mit Profil- und Identitätsverlust des linkssozialistischen Projekts einhergehen.

Gerade der kleine Partner in einer Koalition unterliegt schnell der Gefahr, dass seine Handschrift, seine Identität in den Kompromissen der Regierungspolitik und der vielfältigen Aushandlungsmechanismen der Koalition nicht mehr (genug) kenntlich wird. Doch verfügt der kleine Koalitionspartner nicht nur über begrenzte, sondern – was zumeist übersehen wird – auch über spezifische Möglichkeiten des Handelns in einer Koalition. Vor allem dann, wenn von ihm innovative Ideen ausgehen, tragfähige Alternativen formuliert werden und dafür die politische Öffentlichkeit gesucht wird.

Linkssozialistische Parteien müssen es lernen, mit diesen Widersprüchen umzugehen und sie produktiv zu handhaben. Risiken begegnet man nicht mit Abschottung und Rückzug, sondern am ehesten durch Mobilisierung des intellektuellen und gesellschaftskritischen Potenzials. Auch in diesem Sinne ist Regierungsbeteiligung ein permanenter Lernprozess, der, kritisch reflektiert und ausgewertet, zum eigentlichen Gewinn für eine linkssozialistische Partei werden kann.

5. Um die unvermeidlichen Dilemmata linkssozialistischer Politik in Regierungsverantwortung zu begrenzen, gibt es keinen Königsweg. Mit einem Blick auf

die PDS-Regierungsbeteiligung in Berlin können jedoch einige Erfahrungen problematisiert werden:

- Vor der Regierungsbeteiligung sollten keine Erwartungen geweckt (ungedechte Versprechen) werden, die später beim besten Willen nicht eingehalten werden können und nur Enttäuschungen produzieren. Notwendig ist eine ernsthafte Analyse der wirtschaftlichen, finanziellen, sozialen Situation im Lande, eine kritische Bilanz der Vorgängerregierung und vor allem ein Aufzeigen machbarer Alternativen.
- Linkssozialistische Politik in Regierungsverantwortung erfordert, das Ziel der Regierungsbeteiligung klar und nachvollziehbar zu definieren. Erforderlich ist eine der (Regierungs-)Politik zugrunde liegende zentrale Idee und die Kommunizierung eines positiven Leitbildes, das in die Zukunft weist: Die Linke wird nur dann hegemoniefähig, wenn sie mit dem „Mühen der Ebene“ zugleich ein zukunftsfähiges und glaubwürdiges Bild von dem „Wohin“ aufzuzeigen vermag. Ein gesellschaftspolitisches Konzept also, das im Vergleich zu anderen drei Merkmale aufweisen sollte: Sozial gerechter, produktiver (innovativer), bündnisfähiger.
- Wichtig gerade für den kleineren Partner in der Koalition ist die Definition eigener, zentraler politischer Projekte. Sie sollten diese Partei als „moderne politische Kraft“ ausweisen, „milieuverträglich“ sein, innerhalb der Legislaturperiode unersetzbar sein und eine gute Wahlkampfpräsentation ermöglichen. Diese ressortübergreifenden Projekte gilt es in operative Politiktechniken zu übersetzen und mit der gemeinsamen Kraft der Senatoren und der Fraktion umzusetzen. Hier lohnt ein Blick auf die Grünen in der Bundesregierung, denen – bei aller Kritik ihrer Gesamtpolitik – dies weitgehend gelungen ist.⁶⁹
- Das Hauptproblem für linke Parteien, gerade in einer Koalition, ist offensichtlich, wie glaubwürdig ihre Politik ist bzw. wahrgenommen wird. Wie Erfahrungen zeigen, erlangt man Glaubwürdigkeit dadurch, dass sich die Politik durch Stetigkeit statt Anpassung an wechselnde Gegebenheiten und Stimmungen, durch klar umrissene Ziele und Projekte statt Beliebigkeit, durch Gerechtigkeit und Offenheit auszeichnet.

6. Das Projekt einer linkssozialistischen Regierungsbeteiligung auf Landesebene hat nur als gemeinsames Projekt von Landes- und Bundespartei eine ernsthafte Realisierungschance. Im Grunde können nur beide gewinnen oder beide verlieren.

Diese Erkenntnis bestimmte für lange Zeit nicht das Handeln der PDS. Das konflikthafte Verhältnis zwischen dem Projekt der Regierungsbeteiligung in Berlin und der Politik der Bundespartei durchlief zwischen 2001 und 2004 mehrere Phasen, die mit dem symbolischen Begriffen vom unproblematisierten „*Miteinander*“ über ein „*Gegeneinander*“ zum „*Nebeneinander*“ mit Übergängen zu einem problematisierten „*Miteinander*“ beschrieben werden können.

Mit der Regierungsbeteiligung hat der Landesverband den beschwerlichen Weg von politischem Neuland beschritten: praktisch-politisch, geistig-ideell, strategisch-programmatisch. Und dies ohne sich auf entsprechenden konzeptionellen Vorlauf in der Gesamtpartei stützen zu können. Die Schwächen der Regierungsbeteiligung widerspiegeln deshalb immer auch die Schwächen der Bundespartei.

Mit der Regierungsbeteiligung wird nun praktisch geprüft, ob und wie durch eine rot-rote Koalition in der Bundesrepublik Deutschland eine „andere Politik“ machbar ist; ob und wie Linkssozialismus in Regierungsverantwortung hierfür einen eigenen und anerkannten Beitrag leistet. Die Befürworter und aktiv Beteiligten dieser Regierungsbeteiligung stehen damit aber auch in der Verantwortung, zu beweisen, dass damit nicht nur eine Politik der Schadensbegrenzung und des „kleineren Übels“, wie ihre Kritiker mutmaßen, sondern ein Kurs- und Politikwechsel möglich wird. Die Verantwortung der Akteure dieser

Regierungsbeteiligung ist also beträchtlich. Auf die Ergebnisse dieses „Tests“ werden sich Befürworter und Gegner berufen.

Das mindeste, was die Akteure einer Regierungsbeteiligung bei ihrem „Praxistest“ von der Bundespartei erwarten können, ist eine solidarisch-kritische Begleitung und Unterstützung. Denn es liegt im Interesse der Gesamtpartei, die Prüfung dieses Experiments zu bestehen und aus den Erfahrungen zu lernen. Beim Gelingen kann sie Nutzen ziehen, d. h. Lernfähigkeit als Aneignung neuen Umwelt(Gesellschafts)wissens, Kompetenz- und Akzeptanzgewinn, Stärkung ihres politischen Einflusses in der Gesellschaft, Chancen für neue Akteurskonstellationen. Wie sie andererseits beim Scheitern die Verluste zu tragen hätte, d. h. vor allem mit den Konsequenzen und Folgen umzugehen, dass linkssozialistische Regierungsbeteiligung keine praktische Alternative zum hegemonialen neo-liberalen Gesellschaftsprojekt bietet.

Statt kritisch-solidarischer Begleitung und Unterstützung gab es seit September/Oktober 2002 vermehrt Schuldzuweisungen an die „Berliner“ und wechselseitige Blockaden. Erst mit der Wahl Lothar Biskys zum Parteivorsitzenden und der Konstituierung des neuen Parteivorstandes 2003 hat sich diese Situation schrittweise verändert. Damit trat auch ein Wandel in der offiziellen PDS-Debatte um Regierungsbeteiligungen ein.

Regierungsbeteiligung soll nun nach Vorstellungen der Führungsspitze als „immanenter Bestandteil der Politik der PDS“ verstanden und gehandhabt werden. Die Ergebnisse der Regierungsbeteiligung in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern werden inzwischen durch den Parteivorstand ausgewogen interpretiert. Der Informationsaustausch und das Zusammenwirken bei der Erarbeitung bestimmter bundespolitischer Alternativkonzepte ist, wie Insider feststellen, besser geworden. Im Juni 2004 fand das zweite Treffen des Parteivorstandes, der Landes- und Fraktionsvorsitzenden zur Regierungsbeteiligung der PDS in Berlin statt, auf dem ein sachlicher und konstruktiver Erfahrungsaustausch erfolgte.

Die Nachwirkungen der grundlegenden Differenzen in der Bewertung der Regierungsbeteiligung innerhalb der Gesamtpartei sind jedoch auf beiden Seiten noch immer spürbar. Das kann kaum überraschen. Denn die kontroverse Diskussion um die Regierungsbeteiligung der PDS hat tiefer liegende Gründe. Widerspiegeln sich hierin doch letztlich nur die unterschiedlichen Vorstellungen vom Charakter der (einer) Partei, ihrer Rolle in der heutigen Gesellschaft, ihren strategischen Orientierungen und der Wirksamkeit der verschiedenen politischen Handlungsebenen.

Der Dissens in der Beurteilung der Chancen und Risiken der Regierungsbeteiligung wird deshalb nicht so rasch zu überwinden sein. Die Frage ist, ob diese Diskussion „praxistauglich“ zu den spezifischen Gestaltungsoptionen und -ergebnissen linkssozialistischer Politik in Regierungsverantwortung geführt wird und so zu einem möglichen politischen Substanzgewinn beiträgt. Dies verlangt von den Führungsgremien der Bundespartei die Erfahrungen der Regierungsbeteiligung systematisch und unvoreingenommen auszuwerten und konzeptionell zu verarbeiten.

7. Linkssozialistische Politik in Regierungsverantwortung erfordert Dialog und Verständigung mit den sozialen Bewegungen und Gewerkschaften.

Dies ist um so dringender, als sich mit der Beteiligung einer linkssozialistischen Partei an einer Koalitionsregierung die Funktion und die Verantwortung zwischen ihr und den sozialen Bewegungen sowie Gewerkschaften weiter ausdifferenzieren. Eine linkssozialistische Regierungspartei ist nicht verpflichtet, eine außerparlamentarische Bewegung zum Sturz der eigenen Regierung zu unterstützen. Aber ohne offenen und öffentlichen Dialog mit den verschiedenen sozialen Bewegungen und Gewerkschaften, ohne gesellschaftliche Mobilisierungsstrategien ist ein Politikwechsel nicht zu schaffen und kann eine linkssozialistische Partei auf Dauer nicht überleben.

Die neuen Möglichkeiten der Regierungsbeteiligung sind zu nutzen, um die demokratische Linke sozial und kulturell tiefer in der Gesellschaft zu verankern und vor allem um die zivilgesellschaftlichen Akteure und das Bürgerengagement zu stärken. Dafür sind neue, auch institutionelle Formen, zu erkunden.

Darüber hinaus ist die Diskussion mit den VertreterInnen der Linken in der Sozialdemokratie und den Grünen sowie von Linkspartei-Initiativen zu organisieren. Ein solcher Diskurs könnte dazu beitragen, sich u. .a. über Möglichkeiten alternativer Politikgestaltung und transformatorischer Projekte zu verständigen.

8. Linkssozialistische Regierungsbeteiligung verändert das Beziehungsgeflecht zwischen den Akteuren der Partei – vor allem zwischen den Ministern (Senatoren), der Fraktion und dem Landesverband.

Wie sich zeigt, rücken unter Bedingungen der Regierungsbeteiligung die Senatoren (Minister) und die Fraktion ins Zentrum der Öffentlichkeit und der Bewertung der Partei. Auch innerhalb des Landesverbandes verschieben sich die Proportionen hin zur Fraktion und den Regierungsvertretern, deren Wissen, Fähigkeiten, Kompetenzen beträchtlich heraus gefordert sind.

Für den Landesverband ergibt sich daraus zweierlei: Er sollte zum einen die Regierungsbeteiligung solidarisch begleiten, aktiv unterstützen und auch kontrollieren. Seine Rolle ist jedoch nicht auf die einer Assistenz des Regierungshandelns und Absicherung der Regierungspolitik zu reduzieren. Er sollte im Gegenteil die Fähigkeit zur strategischen Offensive bewahren bzw. zurück gewinnen (geistige Offensive, Initiativen zur Projektformulierung, Verbindungen zu den sozialen Bewegungen, Mobilisierung der Mitgliedschaft). Zum anderen ist gerade der Landesverband berufen, eine „authentische“ (aber realistische) linkssozialistische Politik zu entwickeln und öffentlich zu diskutieren, da Regierungspolitik durch komplizierte parlamentarische Aushandlungsverfahren in aller Regel Kompromisscharakter trägt. Dies ist kein Plädoyer für eine Doppelstrategie, aber linkssozialistische Politik in unterschiedlichen Handlungsräumen nimmt unterschiedliche Formen an.

9. Die Regierungsbeteiligung einer linkssozialistischen Partei stellt auf neue Art die Frage nach dem Verhältnis zum sozialdemokratischen Koalitionspartner.

Die bisherigen Erfahrungen der PDS Berlin (wie übrigens die der PDS von Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommerns) korrespondieren mit denen, die linkssozialistische Parteien West- und Nordeuropas während der Beteiligung an sozialdemokratisch geführten Regierungen gesammelt haben:

- Weder die kritiklose Nähe zum sozialdemokratischen Koalitionspartner noch die scharfe Abgrenzung oder gar das Zusammengehen mit populistischen Kräften zum Sturz linker Regierungen haben der sozialistischen Linken Erfolg gebracht wie die Erfahrungen in Italien, Frankreich, Spanien, Schweden und Niederlande belegen. Unkritische Nähe führt zu Verlust an Identität, Glaubwürdigkeit und Wählern; scharfe Abgrenzung, opportunistisches Taktieren gegen die Sozialdemokratie gefährden das linke Regierungsprojekt, führen zu Verunsicherung (u. U. zur Spaltung) des linken Lagers, zum Machtverlust der demokratischen Linksregierung und bedeuten in aller Regel Einbußen im linken Wählerpotenzial.⁷⁰
- Notwendig ist ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Stärkung des eigenen Profils in Programmatik und praktischer Politik (Projektdefinition, Ausarbeitung von Alternativen, enge Beziehung zu sozialen und demokratischen Bewegungen, Präsenz in sozialen Brennpunkten) sowie einer vertrauensvollen, unaufgeregten Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner. Dies erfordert auf beiden Seiten zu

akzeptieren, dass der andere anders ist als man selbst und es im Grundlegenden bleiben soll.

Die Sicherung einer „strategischen Unabhängigkeit“ gegenüber der Sozialdemokratie wie gegenüber den beiden großen politisch-parlamentarischen Blöcken (Rot-Grün, Schwarz-Gelb) wird für die PDS langfristig zu einer entscheidenden Komponente ihrer Politik. Sie stellt neue Fragen im Verhältnis von parteipolitischer Kooperation und Autonomie.

10. Koalitionsbruch ist die Ausnahme und das letzte Mittel. Er ist in aller Regel nicht die Lösung der Probleme, sondern ihre Vertagung oder ihre Verschärfung.

D. h. andererseits nicht, dass das vorzeitige Verlassen einer Koalition, einer Zusammenarbeit auf Regierungsebene auf Zeit, völlig tabu sein kann: Wenn die Grundlagen der Zusammenarbeit (Koalitionsvertrag) von einer Seite aufgekündigt werden oder/und die andere Seite zur einseitigen Anpassung an den Koalitionspartner, zur Preisgabe des eigenen Profils, der eigenen Projekte veranlasst wird, ist ein Koalitionsbruch prinzipiell nicht auszuschließen.

Nach dem Eintritt in eine Koalition auf Zeit und nach einer beachtlichen politischen und personellen Investition in diese wäre der Bruch jedoch die schlechteste Variante der Politik der PDS. Die Folgen eines Koalitionsbruchs wären absehbar:

- Die Glaubwürdigkeitskrise der PDS in der Öffentlichkeit würde sich vor allem längerfristig stärker ausprägen („Eigenes Scheitern wird kaschiert“, „Verlassen des sinkenden Schiffes“, „Können es eben nicht“, „Unzuverlässigkeit“) als infolge von objektiven und subjektiven Schwächen des Regierens.
- Die PDS wäre für lange Zeit als Koalitions- und Regierungspartner ausgeschlossen.
- PDS-intern würde es als „Sieg“ der „Protest- und Oppositionsanhänger“ über die Anhänger einer „linkssozialistischen, reformgestaltenden und damit gesellschaftsverändernden Kraft“ gedeutet werden mit Langzeitwirkung für Profil und Politik der Partei.

Zustimmung bei einem, eher kleinen Kreis und möglicherweise kurzfristiger Akzeptanzgewinn in bestimmten gesellschaftlichen Akteursgruppen (in der Regel oft Partner eines linkssozialistischen Projekts), stünden in keiner Relation zu den langfristigen negativen Folgen für Glaubwürdigkeit, Ansehen, Profil, Politikfähigkeit und die gesellschaftspolitische Verankerung der PDS im Land und im Bund.

Bei allen Überlegungen zur Thematik Regierungsbeteiligung linkssozialistischer Parteien ist zu bedenken: Linkssozialistische Politik in Regierungsverantwortung ist nur *eine* Form politischen Handelns, mit spezifischen Möglichkeiten und Restriktionen. Sozialer und politischer Wandel bzw. gesellschaftliche Transformation erfordern die „Einheit und Differenz“ zwischen den *verschiedenen* Formen politischen *und* gesellschaftlichen Handelns, zwischen politischen *und* zivilgesellschaftlichen Akteuren und Projekten. Um so mehr als eine Abnahme ausschließlich staatlicher, machtpolitischer Orientierungen und eine Zunahme hegemonialer, gesellschafts-politischer Orientierungen zu registrieren sind. Ein linkssozialistisches Projekt dürfte in Deutschland jedoch nur in der Einheit *beider* Handlungs- und Orientierungsebenen eine gesellschaftliche Chance haben. Schon deswegen ist die in der PDS zu beobachtende pauschale Entgegensetzung der einen gegen die andere Ebene fragwürdig.

In diesem Sinne ist das Projekt „Linkssozialistische Partei und Politik in Regierungsverantwortung“, unabhängig von Berlin oder Mecklenburg-Vorpommern, ein politisch-zivilgesellschaftliches Projekt und zugleich ein „Projekt strategischen Lernens“ für neuen Kompetenzgewinn, für die Qualifizierung politischer Handlungsfähigkeit in der Gesellschaft.

5. Anhang

Anmerkungen

- ¹ Zitiert in: Thomas 2003: 81.
- ² Vgl. Pau 1996: 5 und Lang 2003: 115/116.
- ³ Vgl. Lang 2003: 116.
- ⁴ Ebenda: 116.
- ⁵ Vgl. Landesvorstand der PDS Berlin (Hrsg.) 1995, 1997, 1999.
- ⁶ Freundl/Wolf 2001.
- ⁷ Ebenda: 3.
- ⁸ Ebenda: 4.
- ⁹ Ebenda: 6.
- ¹⁰ Ebenda: 7.
- ¹¹ Vgl. Miteinander für Berlin. Programm der PDS Berlin zu den Wahlen am 21. Oktober 2001.
- ¹² Ebenda.
- ¹³ Vgl. Hintergrundmaterial der PDS zur Haushaltslage des Landes Berlin vom März 2001.
- ¹⁴ Siehe dazu Gysi 2003: 56 ff. und Interviews mit Teilnehmern der Koalitionsverhandlungen.
- ¹⁵ Vgl. Windhoff-Héritier 1993.
- ¹⁶ Benz 1997.
- ¹⁷ Bahr 1998.
- ¹⁸ Kleger 1996.
- ¹⁹ Ebenda: 33.
- ²⁰ Vgl. auch Schieder 1997.
- ²¹ Vgl. Berg/Koch 2000: 25.
- ²² Miteinander für Berlin (Wahlprogramm 2001).
- ²³ Landesvorstand der PDS Berlin 2004: In der Mitte, nicht über den Berg: 10.
- ²⁴ Vgl. Neues Deutschland vom 26. August 2004.
- ²⁵ Vgl. In der Mitte, nicht über den Berg 2004: 4.
- ²⁶ Miteinander für Berlin (Wahlprogramm) 2001.
- ²⁷ Koalitionsvereinbarung 2001-2006: 70.
- ²⁸ Rede des Bürgermeisters und Senators für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Harald Wolf, vor dem Abgeordnetenhaus Berlin am 18. März 2004.
- ²⁹ Vgl. PDS im Abgeordnetenhaus. Newsletter vom 15. Juni 2004.
- ³⁰ Ebenda.
- ³¹ Harald Wolf 2004 in: 926 x Für Berlin: 41.
- ³² Vgl. Berlin 2004-2014: Eine Wachstumsinitiative.
- ³³ Vgl. Statistisches Landesamt Berlin 2004.
- ³⁴ Der Tagesspiegel vom 31. August 2003: 22.
- ³⁵ PDS-Fraktion 2004: Eckpunkte kommunaler Beschäftigungspolitik.
- ³⁶ Vgl. die Eckdaten zum BIP je Einwohner 2003 in Euro im Vergleich der Bundesländer (z. B. Hamburg 44.500, Berlin 23.000, Niedersachsen 22.900, Sachsen 17.800, MVP 17.100). Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2004.
- ³⁷ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2004. Vgl. auch Berliner Zeitung vom 25./26. September 2004.
- ³⁸ Koalitionsvereinbarung 2001-2006: 40.
- ³⁹ Rede der Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz, Dr. Heidi Knake-Werner, in der 50. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin am 29. April 2004.
- ⁴⁰ Vgl. Miteinander für Berlin (Wahlprogramm 2001).
- ⁴¹ Koalitionsvereinbarung 2001-2006: 83.
- ⁴² Rede des Senators für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Dr. Thomas Flierl, in der 48. Sitzung des Abgeordnetenhauses Berlin am 18. März 2004.
- ⁴³ In der Mitte, nicht über den Berg 2004.
- ⁴⁴ Walther 2004.
- ⁴⁵ Berg 2004, Harmsen 2004, Walther 2004.
- ⁴⁶ Thomas Flierl 2004: Berlin: Perspektiven durch Kultur.
- ⁴⁷ Vgl. In der Mitte, nicht über den Berg 2004: 15.

- ⁴⁸ Vgl. Miteinander für Berlin (Wahlprogramm 2001).
- ⁴⁹ Koalitionsvereinbarung 2001-2006: 11.
- ⁵⁰ Vgl. Wiesendahl 2002: 194 f.
- ⁵¹ Vgl. Lang 2003.
- ⁵² Vgl. Berg/Koch 2000: 94.
- ⁵³ Gysi 2001.
- ⁵⁴ Liebich 2002.
- ⁵⁵ Lucke 1995: 104.
- ⁵⁶ Emnid: Juli 2004. Vgl. auch Neues Deutschland vom 2. August 2004.
- ⁵⁷ Forsa: November 2004. Vgl. auch Berliner Zeitung vom 20./21. November 2004: 25.
- ⁵⁸ Ebenda.
- ⁵⁹ Vgl. Koch 2001b: 130.
- ⁶⁰ Vgl. dazu und zu folgendem Koch 2001b: 115 ff.
- ⁶¹ Vgl. Neues Deutschland vom 9. August 2004.
- ⁶² Vgl. auch Koch 2001b: 119.
- ⁶³ Vgl. Wittich 2004.
- ⁶⁴ Siehe 9. Parteitag der PDS. 1. Tagung. 30. und 31. Oktober 2004 in Potsdam. Antragsheft: 24-29.
- ⁶⁵ Vgl. auch Hoff 2004.
- ⁶⁶ Ebenda.
- ⁶⁷ Siehe Birke 2003, Kebir 2003, Porcaro 2002, Süßner 2003.
- ⁶⁸ Vgl. Brie/Klein 2004.
- ⁶⁹ Vgl. Pasternack 2004.
- ⁷⁰ Vgl. Kebir 2003 und Endnote 67.

Quellen- und Literaturverzeichnis

- 926 x für Berlin. Zwischen Altlast und Zukunft. Eine Halbzeitbilanz der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Fraktion der PDS (2004). Berlin.
- Aleksa. Alternatives Landesentwicklungskonzept für den Freistaat Sachsen (2004). Dresden.
- Bahr, E. (1998), Der Nationalstaat: überlebt und unentbehrlich. Göttingen.
- Benz, A./Scharpf, F.W./Zintl, R. (1992), Horizontale Politikverflechtung. Zur Theorie von Verhandlungssystemen. Frankfurt a. M./New York.
- Berg, Frank/Kirschner Lutz (Hrsg.) (2001), PDS am Scheideweg, Rosa-Luxemburg-Stiftung (rls), Manuskripte 20. Berlin.
- Berg, Frank/Koch, Thomas (2000), Politikwechsel in Mecklenburg-Vorpommern? Die SPD-PDS-Koalition fünfzehn Monate nach ihrem Amtsantritt, rls, Texte 2. Berlin.
- Berg, Stefan, Senator Zwiespalt, in: Der Spiegel, Heft 4/2004. Hamburg.
- Berlin: Perspektiven durch Kultur, Kulturpolitische Positionen und Handlungsorientierungen zu einer Berliner Agenda 21 für Kultur, ausgearbeitet von Thomas Flierl, dokumentiert in: Neues Deutschland vom 14./15. August 2004. Berlin.
- Berlin 2002: Zur Wiedergewinnung der politischen Handlungsfähigkeit. Bestandsaufnahme, Perspektiven, politische Alternativen. Thesen. Regional Consulting. Berlin.
- Berlin 2004-2014. Eine Wachstumsinitiative. Entwickelt von: Gerd von Brandenstein, Präsident der Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e. V. (UVB); Rainer Eder, Präsident des Bauindustrieverbandes Berlin-Brandenburg; Stephan Schwarz, Präsident der Handwerkskammer Berlin; Dr. Eric Schweitzer, Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Berlin; Harald Wolf, Bürgermeister und Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen. Berlin.
- Berliner Landesvorstand der PDS (Hrsg.) (1995), Vergangenheit analysieren, Gegenwart verändern, Zukunft gestalten. Berlin.
- Berliner Landesvorstand der PDS (Hrsg.) (1997), PDS Berlin auf dem Weg ins Jahr 2000. Berlin.

- Berliner Landesvorstand der PDS (Hrsg.) (1999), Strategie für die Wahlen 1999. Berlin.
- Berliner Landesvorstand der PDS (2001), Hintergrundmaterial zur Haushaltslage des Landes.
- Berliner Landesvorstand der PDS (2001), Miteinander für Berlin, Wahlprogramm 2001. Berlin.
- Berliner Landesvorstand der PDS (2002), Erklärung vom 18. Oktober 2002. Berlin.
- Berliner Landesvorstand der PDS (2002), Mehr demokratisch-sozialistische Politik – Chance zur Erneuerung. Initiativantrag an den Geraer Parteitag. Berlin.
- Berliner Landesvorstand der PDS (2004), In der Mitte, nicht über den Berg. Eine Halbzeitbilanz, Antrag. Berlin.
- Berlin-Studie (1999). Hrsg. Eberhard Diepgen. Berlin.
- Berliner Zeitung 2001-2004, Berlin.
- Birke, Peter (2003), Skizze zu Geschichte, Programmatik und aktueller Politik der linkssozialistischen Parteien in Dänemark: Socialistisk Folkeparti und Enhedslisten, rls, Studie. Berlin.
- Breitenbach, Elke/Schubert, Katina (2004), Opposition und Regierung – Partei und Bewegung – Widersprüche? Überlegungen zur PDS-Strategiedebatte, in: Utopie kreativ, Heft 165/166, Juli/August 2004. Berlin.
- Brie, Michael (2003), Ist die PDS noch zu retten? Analyse und Perspektiven, in: rls standpunkte 3/2003. Berlin.
- Brie, Michael (2003), Strategische Herausforderungen für eine Neue Europäische Linke – drei Thesen, rls, Mskr. Berlin.
- Brie, Michael/Klein, Dieter (2004), Wie: Die Wege – Revolution, Reform, Transformation – marxistisch inspirierte Überlegungen, Beitrag zu den Thesen der Rosa-Luxemburg-Stiftung für das Seminar in Rio de Janeiro Juni/Juli 2004, Mskr. Berlin.
- Brie, Michael/Klein, Dieter (2004), Thesen zur Strategie der PDS, Mskr. Berlin.
- Chrapa, Michael (2003), Die PDS im Umbruch – Optionen ihrer Profilierung im Spektrum politischer Akteure, rls, Mskr. Berlin.
- Der Tagesspiegel 2001-2004, Berlin.
- Dietzel, Horst/Woop, Gerry (2003), Programmatische Erneuerung bei der PDS, in: spw 6/2003.
- Eckpunkte kommunaler Beschäftigungspolitik (2004). Beschluss der PDS-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses. Berlin.
- Eigenständige PDS-Politik in Regierung und Opposition. Treffen der PDS-Bundes- und Landesspitzen mit Minister- und Senator/innen am 17. Juli 2004 in Berlin.
- Emnid (2002-2004), Umfragedaten.
- Ende der Nachwendezeit. PDS am Ende?, in: perspektive 21, Brandenburgische Hefte für Wissenschaft & Politik, Heft 17/2002. Potsdam.
- Flierl, Thomas, Ich mach´ keinen Job, ich lebe meine Arbeit, Interview, in: Neues Deutschland vom 3./4. Juli 2004. Berlin.
- Flierl, Thomas, Einsicht im letzten Moment, Interview, in: Berliner Morgenpost vom 14. August 2004. Berlin.
- Flierl, Thomas (2004), Wissenschaft und Kultur – wichtigste Zukunftspotentiale Berlins. Rede in der 48. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin am 18. März 2004. Debatte zum Doppelhaushalt 2004/2005. Berlin.
- Forsa (2002-2004), Umfragedaten.
- Freundl, Carola/Wolf, Harald (1999), Der Zukunft zugewandt: Die PDS ist unverzichtbar für einen Politikwechsel in Berlin, Mskr. Berlin.
- Gesundheit für Berlin. Humanität, Innovation und Effizienz (2004). Beschluss der PDS-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses. Berlin.

- Gysi, Gregor (2001), Innere Einheit durch gemeinsame Zukunft, Politik für das Neue Berlin, Rede. Berlin.
- Gysi, Gregor (2003), Was nun? Über Deutschlands Zustand und meinen eigenen. Hamburg.
- Harmsen, Torsten, Die Universitätsreform fängt erst an, in: Berliner Zeitung vom 6. Juli 2004. Berlin.
- Hoff, Benjamin (2004), Linkssozialistische Politik in Regierungsverantwortung, Thesenpapier. Berlin.
- Kebir, Sabine, Das Bündnis und das Erbe, Ein Blick über Deutschlands Grenzen – Nachdenken über Wege zur Neuformierung der europäischen Linken, in: Neues Deutschland vom 20./21. September 2003. Berlin.
- Kleger, H. (1996), Metropolitane Transformation durch urbane Regime. Berlin-Brandenburg auf dem Weg zur regionalen Handlungsfähigkeit. Amsterdam.
- Klein, Dieter (Hrsg.) (2003), Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunftsbericht der rls. Berlin.
- Knake-Werner, Heidi (2004), Die soziale Balance erhalten! Rede in der 48. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin am 18. März 2004. Debatte zum Doppelhaushalt 2004/2005. Berlin.
- Knake-Werner, Heidi (2004), Verstetigung von Armutsverhältnissen muss uns Sorgen machen. Rede in der 50. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin am 29. April 2004. Berlin.
- Knake-Werner, Heidi, Rettungsraketen stets im Gepäck, Interview, in: Neues Deutschland vom 27./28. März 2004. Berlin.
- Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) Landesverband Berlin und der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) Landesverband Berlin für die Legislaturperiode 2001-2006 (2002). Berlin.
- Koch, Thomas (2001a), Die Mitte-Links-Koalition in Mecklenburg-Vorpommern. Teil 2: Parteien- und Politikstilanalysen. Mskr. 19, rls. Berlin.
- Koch, Thomas (2001b), (Wie) Ist die Regierungsbeteiligung der PDS bekommen? Politikfähigkeit und aktuelle Situation der PDS im Wettbewerb der Parteien Mecklenburg-Vorpommerns, in: Berg, Frank/Kirschner, Lutz (Hrsg.), S. 113-130. Berlin.
- Konrad-Adenauer-Stiftung (2004), Berliner Manifest. Berlin.
- Kranenpohl, Uwe (1999), Mächtig oder machtlos? Kleine Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949 bis 1994, Studien zur Sozialwissenschaft Band 205. Opladen/Wiesbaden.
- Krüger, Marian/Williges, Frank (2003), Die Finanzierung europäischer Hauptstädte im Vergleich mit Berlin. PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Heft 12/03. Berlin.
- Lang, Jürgen P. (2003), Ist die PDS eine demokratische Partei? Eine extremismustheoretische Untersuchung. Baden-Baden.
- Lederer, Klaus (2004), Transparenz in Unternehmen. PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Heft 1/04. Berlin.
- Lederer, Klaus, Halbzeit. Rot-Rot in Verantwortung und Diskussion. Anmerkungen zur Berliner Bestandsaufnahme und ihrer Reflexion in der Bundespartei, in: Disput 4/2004. Berlin.
- Liebich, Stefan (2002), Berlin beginnt. Neue Chancen für die Stadt. Berlin.
- Liebich, Stefan, Nicht euphorisch, aber optimistisch, Interview, in: Neues Deutschland vom 29. März 2004. Berlin.
- Modrow, Hans (2004), Zu den krisenhaften Erscheinungen in der PDS und den Wegen zu ihrer Überwindung, Exposé. Berlin.
- Müller, Michael (SPD-Fraktionsvorsitzender), Wir müssen andere Akzente setzen. Interview, in: Berliner Zeitung vom 15. Juni 2004.

Nelken, Michael (2002), PDS Wahlschlappe 2002, Ursachen und Perspektiven, Vorläufige Thesen. 4 Seiten. Berlin.

Neues Deutschland 2001-2004, Berlin.

Neugebauer, Gero/Stöss, Richard (1996), Die PDS. Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten. Opladen.

Nölte, Karin, Eine Kür mit vielen Stolperfallen, in: Neues Deutschland vom 14. Mai 2004. Berlin.

Pasternack, Peer (2004), Hochschulbildung zwischen Zweckfreiheit und Nützlichkeit, Theorie und Politik. Mskr. Halle/Wittenberg.

Pau, Petra (1996), Mit der PDS die konservative Hegemonie brechen, in: PDS Berlin: 5. Landesparteitag, 5. Tagung. Beschlüsse. Berlin.

Miller, Tobias, Die PDS badet in Harmonie, in: Berliner Zeitung vom 17. Mai 2004. Berlin.

PDS Berlin (1995), Ein anderes Berlin wählen: PDS. Grundsätze einer Strategie des Wahlkampfes 1995. Beschluss der 5. Tagung des 4. Landesparteitages der Berliner PDS. Berlin.

PDS Berlin (1999), Strategie für die Wahlen 1999. Beschluss der 5. Tagung des 6. Landesparteitages der Berliner PDS. Berlin.

PDS Berlin (2000): Neue Fragen brauchen neue Antworten. Politische Erklärung. Berlin.

PDS Berlin (2003), Moderne Innovationspolitik für Berlin & Brandenburg. Beschluss der Klausurtagung der PDS-Fraktion vom 14./15. Juni 2003. Berlin.

PDS Berlin (2004): In der Mitte, nicht über den Berg. Eine Halbzeitbilanz. Bilanzdebatte, Einzelbeiträge Ellen Brombacher, Tilmann Bürckstümmer, Hans Kaschade, Klaus Lederer, André Nowak, Prof. Dr. Anni Seidl, Ernst Welters. Berlin.

PDS Berlin: Landesbasiskonferenz der PDS Berlin, 7. Dezember 2002. Reden, Berichte, Beschlüsse. Berlin.

PDS Berlin: Landeskonferenz der PDS Berlin, 29. Juni 2002. Reden, Berichte, Beschlüsse. Berlin.

PDS Berlin: Landesvorstandssitzung, 22. Juni 2004. Reden, Berichte, Beschlüsse. Berlin.

PDS Berlin: Wissen schafft Stadt. Progressive Hochschulpolitik in Berlin. Hochschulpolitische Konferenz der PDS, 14. Februar 2004. Berlin.

PDS Berlin: 5. Landesparteitag der Berliner PDS, 7. Tagung, 1997. Beschlüsse. Berlin.

PDS Berlin: 7. Landesparteitag der Berliner PDS, 14./15. Juli 2001, Reden, Berichte, Beschlüsse. Berlin.

PDS Berlin: 8. Landesparteitag der Berliner PDS, 1./2. Dezember 2001. Reden, Berichte, Beschlüsse. Berlin.

PDS Berlin: 8. Landesparteitag der Berliner PDS, Außerordentliche Tagung, 12. Januar 2002. Reden, Berichte, Beschlüsse. Berlin.

PDS Berlin: 8. Landesparteitag der Berliner PDS, 2. Tagung, 2. März 2002. Reden, Berichte, Beschlüsse. Berlin.

PDS Berlin: 8. Landesparteitag der Berliner PDS, 2. Außerordentliche Tagung, 20. März 2003. Reden, Berichte, Beschlüsse. Berlin.

PDS Berlin: 8. Landesparteitag der Berliner PDS, 3. Tagung, 22./23. Februar 2003. Reden, Berichte, Beschlüsse. Berlin.

PDS Berlin: 8. Landesparteitag der Berliner PDS, 4. Tagung, 21. September 2003. Reden, Berichte, Beschlüsse. Berlin.

PDS Berlin: 9. Landesparteitag der Berliner PDS, 1. Tagung, 6./7. Dezember 2003. Reden, Berichte, Beschlüsse. Berlin.

PDS Berlin: 9. Landesparteitag der Berliner PDS, 2. Tagung, 4. April 2004. Reden, Berichte, Beschlüsse. Berlin.

- PDS Berlin: 9. Landesparteitag der Berliner PDS, 3. Tagung, 16. Mai 2004. Reden, Berichte, Beschlüsse. Berlin.
- PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus: Aktuelles. Reden im Abgeordnetenhaus von Berlin 2002-2004.
- PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus: Fraktion (2003), Bis dahin. Und schon weiter. Berlin.
- PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus: Perspektiven für eine kommunale Beschäftigungspolitik, Beschluss vom 15. Juni 2004. Berlin.
- PDS-Parteivorstand (2004), Wenn die PDS regiert..., Mskr., 3 Seiten. Berlin.
- PDS-Parteivorstand (2004), PDS: sozial – solidarisch – friedlich – selbstbestimmt, Thesen zur Strategie der PDS. Berlin.
- PDS-Parteivorstand (2004), Antragsheft. 9. Parteitag, 1. Tagung 30. und 31. Oktober 2004. Potsdam.
- Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 24/1993.
- Porcaro, Mimmo (2002), Die Partei der kommunistischen Neugründung – Traditionen, Innovationen, Perspektiven, rls. Berlin
- Programm der PDS (2003), in: Disput 11/2003.
- Reformen für Berlin: Politik für die ganze Stadt (1999). Programm der PDS Berlin zu den Abgeordnetenhauswahlen. Berlin.
- Rohe, K. (1987), Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit, in: Berg-Schlosser, D./Schissel, J. (Hrsg.): Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung. Opladen.
- Schultz, Rainer (2003), Linksdemokratische Parteien in Spanien. Facetten und Entwicklung. Studie, rls. Berlin.
- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen (2003), Wirtschafts- und Arbeitsmarktbericht Berlin 2003. Berlin.
- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen (2004), Zur wirtschaftlichen Lage in Berlin II/2004. Berlin.
- Süssner, Henning (2003), Parlamentarische Erfolge – organisatorische Krise. Die Erfahrungen der Linkspartei Schwedens, Beitrag auf dem Workshop der rls im Juni 2003. Berlin.
- Thomas, Sven (2003), Regierungspraxis von Minderheitsregierungen. Das Beispiel des „Magdeburger Modells“. Wiesbaden.
- Walter, Birgit, Ärger mit der toten Maus, in: Berliner Zeitung vom 10. Mai 2004. Berlin.
- Wiesendahl, Elmar (2002), Die Strategie(un)fähigkeit politischer Parteien, in: Nullmeier, Frank/Saretzki, Thomas (Hrsg.): Jenseits des Regierungsalltags. Frankfurt a. M.
- Windhoff-Héritier, A. (1993), Policy-Analyse. Elemente einer Kritik und Perspektiven der Neuorientierung, in: Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 24. Frankfurt a. M./New York.
- Wittich, Dietmar (2004), Widersprüche des Zeitgeistes, Problemwahrnehmung und Zukunftsvorstellungen in der öffentlichen Meinung, Studie. Berlin.
- Wolf, Harald (2004), Innovation und Nutzung der Zukunftschancen, Rede vor dem Abgeordnetenhaus von Berlin am 18. März 2004, Debatte zum Doppelhaushalt 2004/2005. Berlin.
- Wolf, Harald (2004), Zwei entscheidende Jahre. Plädoyer für die Fortsetzung der rot-roten Koalition über 2006 hinaus, Beitrag auf der Klausurtagung der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin vom 24.-26. September 2004 in Szczecin.
- Wolf, Harald, Fördern und fordern finde ich richtig, Interview, in: Berliner Zeitung vom 7./8. August 2004. Berlin.

Wolf, Harald, Es reicht nicht, auf der Protestwelle mitzuschwimmen, Interview, in: Neues Deutschland vom 12. August 2004. Berlin.

Wowereit, Klaus (2002-2004), Reden (dokumentiert in der Pressestelle des Berliner Abgeordnetenhauses), Interviews in „Berliner Zeitung“ und „Der Tagesspiegel“.

Zotl, Peter-Rudolf (2002), Zum Wahlergebnis vom 22. September 2002, Überlegungen für die Fraktionssitzung am 1. Oktober 2002, Mskr. Berlin.

Zukunftspotenzial Bildung. Integration durch Bildung als Beitrag zur sozialen Stadtentwicklung. Beschluss der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus auf der Klausur vom 24.-26. September 2004.

Interviews

PDS-Fraktion

Hoff, Benjamin; Wirtschafts- und Wissenschaftspolitischer Sprecher.

Krüger, Marian; Mitglied im Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses.

Lederer, Klaus; Rechtspolitischer Sprecher.

Liebich, Stefan; Fraktionsvorsitzender.

Simon, Ingeborg; Gesundheitspolitische Sprecherin.

Wolf, Udo; Mitglied im Innenausschuss.

Zillich, Steffen; Mitglied im Innenausschuss, Vorsitzender des PDS-Bezirksvorstandes Friedrichshain-Kreuzberg.

Zotl, Peter-Rudolf; Sprecher für Verwaltungsreform.

SenatorInnen

Flierl, Thomas; Senator für Wissenschaft, Forschung, Kultur.

Knake-Werner, Heidi; Senatorin für Soziales, Gesundheit, Verbraucherschutz.

Wolf, Harald; Bürgermeister und Senator für Wirtschaft, Arbeit, Frauen.

Landesvorstand der PDS

Gabelin, Annegret; Mitglied des Landesvorstandes.

Liebich, Stefan; Landesvorsitzender.

Schatz, Carsten; Landesgeschäftsführer (telefonisch).

Wolf, Udo; Mitglied des Landesvorstandes.

Sozialwissenschaftler (Parteienforscher)

Neugebauer, Gero, Doz. Dr.; Freie Universität Berlin.

Stöss, Richard, Prof. Dr.; Freie Universität Berlin.

Gespräche, Interviews (ohne Namensangabe)

Abgeordnete der PDS-Fraktion im Landtag von Brandenburg.

Abgeordnete der PDS-Fraktion im Landtag von Sachsen.

Abgeordnete der PDS-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt.

Mitglieder der Denkfabrik Mecklenburg-Vorpommern 2000 beim Minister für Arbeit, Helmut Holter.

Mitglieder und Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin, Brandenburg, Sachsen.
PDS-Mitglieder aus Basisorganisationen bzw. Vorständen der Bezirke Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg, Pankow, Schöneberg.
Mitglieder, Mandatsträger, Abgeordnete der SPD im Land Berlin und im Bund.
Mitglieder, Mitarbeiter, Vertreter von attac, Sozialforum von Berlin, Initiative Volksbegehren „Soziales Berlin“.
Journalisten, Wissenschaftler, Künstler Berlins.

Teilnehmende Beobachtung (Auswahl)

Humboldt Universität zu Berlin, 14. Januar 2004, Gemeinsame Veranstaltung mit den Hochschulgruppen Unabhängige Linke an der Freien Universität und Demokratische Linke an der Humboldt-Universität: Zur Verknappung von Bildung und Verdrängung linker Wissenschaftskonzepte. Ein Streitgespräch zwischen Dr. Thomas Flierl, Wissenschaftssenator Berlin; Prof. Dr. Morus Markard, Krit. Psychologie FU Berlin; Andreas Keller, BdWi.

Basiskonferenz der Bezirksorganisation der PDS Marzahn-Hellersdorf am 2. April 2004 zur Halbzeit-Bilanz des rot-roten Senats, u. a. mit Stefan Liebich und den PDS-Abgeordneten des Bezirkes im Berliner Abgeordnetenhaus.

9. Landesparteitag der Berliner PDS, 3. Tagung, 16. Mai 2004. Zum Antrag des Landesvorstandes: In der Mitte, nicht über den Berg. Eine Halbzeitbilanz. Referate, Diskussionen, Beschlüsse.

Veranstaltung der Neuen Wahlinitiative „Arbeit und Gerechtigkeit“ am 5. Mai 2004 in der Rosa-Luxemburg-Stiftung, u. a. mit Joachim Bischoff, Uwe Hicksch, Katina Schubert (PDS), Peter Wahl (attac).

Beratung zwischen dem Parteivorstand der PDS, den Landes- und Fraktionsvorsitzenden der PDS zur Regierungsbeteiligung der PDS in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern am 15. Juli 2004 im Berliner Abgeordnetenhaus.

Podium und Diskussion zwischen der Initiative Volksbegehren „Soziales Berlin“ (vertreten durch Sozialforum Berlin Michael Prütz, GEW stellv. Landesvorsitzender, GdP Vorsitzender Eberhard Schönberg) und Abgeordneten der PDS-Fraktion (vertreten durch Elke Breitenbach, Carola Freundl, Marian Krüger) am 3. November 2004 in Kreuzberg.